



# Landtag von Baden-Württemberg

68. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. Mai 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 17:20 Uhr

## INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten ..... 4769
- Begrüßung von Vertretern der Konsulate von EU-Beitrittsländern ..... 4772, 4773
- Begrüßung des Kommandeurs der 10. Panzerdivision, Herrn Generalmajor Manfred Engelhardt ..... 4829
1. Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – **Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf Baden-Württemberg** – Drucksache 13/2975 .... 4769
- Abg. Dr. Inge Gräßle CDU ..... 4769, 4774
- Abg. Rust SPD ..... 4771
- Abg. Theurer FDP/DVP ..... 4772
- Abg. Kretschmann GRÜNE ..... 4773
- Minister Dr. Christoph Palmer ..... 4775
- Beschluss ..... 4778
2. Aktuelle Debatte – **Die Kontrollaufgabe des Parlaments und die Auskunftsverweigerung des Wirtschaftsministers Dr. Döring vor dem Untersuchungsausschuss** – beantragt von der Fraktion der SPD ..... 4779
- Abg. Maurer SPD ..... 4779, 4790
- Abg. Dr. Reinhart CDU ..... 4780, 4792
- Abg. Hofer FDP/DVP ..... 4781, 4794
- Abg. Heike Dederer GRÜNE ..... 4783, 4795
- Minister Dr. Döring ..... 4784
- Abg. Birzele SPD (persönliche Erklärung) ..... 4796
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – **Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung** – Drucksache 13/2964
- Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3126 ..... 4797
- Abg. Stickelberger SPD ..... 4798
- Abg. Scheuermann CDU ..... 4799
- Abg. Dr. Glück FDP/DVP ..... 4799
- Abg. Oelmayer GRÜNE ..... 4800
- Minister Dr. Schäuble ..... 4801
- Abg. Stickelberger SPD (zur Geschäftsordnung) . 4801
- Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung) ..... 4802
- Beschluss ..... 4802
4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Neuordnung der Pflegeheimförderung** – Drucksache 13/3039
- Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 13/3128 ..... 4802
- Abg. Dr. Lasotta CDU ..... 4802
- Abg. Katrin Altpeter SPD ..... 4803
- Abg. Dr. Noll FDP/DVP ..... 4804
- Abg. Brigitte Lösch GRÜNE ..... 4805
- Minister Dr. Repnik ..... 4806
- Beschluss ..... 4808

5. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen</b> – Drucksache 13/3000	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . . 4817
	Minister Stratthaus . . . . . 4819
	Beschluss . . . . . 4820
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/3118	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Staatliche Wett- und Lotterien in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/3047 . . . . . 4809	
Abg. Margot Queitsch SPD . . . . . 4809	
Abg. Reichardt CDU . . . . . 4810	
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . . 4811	
Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . . 4811	
Staatssekretär Rückert . . . . . 4811	
Beschluss . . . . . 4813	
6. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Vermögen und Projekte der Landesstiftung Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/1219	
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Lex Landesstiftung Baden-Württemberg? Angekündigte Bundsratsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung</b> – Drucksache 13/1241 . . . . . 4814	
Abg. Dr. Scheffold CDU . . . . . 4814, 4815	
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE . . . . . 4814	
Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . . 4814, 4818	
Abg. Schmid SPD . . . . . 4816	
7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – <b>Endlagerung atomarer Abfälle</b> – Drucksache 13/1922 . . . . . 4820	
Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD . . . . . 4820, 4829	
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU . . . . . 4821, 4829	
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP . . . . . 4822	
Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . . 4823	
Minister Müller . . . . . 4824	
Beschluss . . . . . 4829	
8. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Bildungsstandards in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/2009	
b) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – <b>Bildung in Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich</b> – Drucksache 13/2325 . . . . . 4830	
Abg. Renate Rastätter GRÜNE . . . . . 4830	
Abg. Röhm CDU . . . . . 4831	
Abg. Dr. Caroli SPD . . . . . 4833	
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . . 4835	
Ministerin Dr. Annette Schavan . . . . . 4836	
Beschluss . . . . . 4840	
Nächste Sitzung . . . . . 4840	

## Protokoll

über die 68. Sitzung vom 5. Mai 2004

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 68. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Junginger erteilt.

Krank gemeldet sind Herr Abg. Braun und Frau Abg. Voss-schulte.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Köberle und heute Nachmittag Herr Minister Stächele.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist es so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Landespersonalausschusses vom 18. März 2004 – Geschäftsbericht des Landespersonalausschusses für das Jahr 2003 – Drucksache 13/3094

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 1. April 2004 – Viertel-jährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2003

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) vom 2. April 2004 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des ZDF – Drucksache 13/3117

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) vom 23. April 2004 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD – Drucksache 13/3141

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf Baden-Württemberg – Drucksache 13/2975**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der antragstellenden Fraktion fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenige Tage nach dem formalen Datum der Osterweiterung und heute am Europatag steht es diesem Haus gut zu Gesicht, die neuen Länder mit der gebührenden Freude zu begrüßen. Wir von der CDU-Landtagsfraktion freuen uns über die Osterweiterung, über den Beitritt der 75 Millionen Menschen der zehn neuen Länder. Wir sehen darin ein gutes Zeichen für Europa und ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass es mit Europa auf einem guten Weg weitergeht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Europa befindet sich auf dem Höhepunkt, und wir müssen jetzt alle dafür sorgen, dass dies nicht der Wendepunkt zu einer beispiellosen Abwärtsspirale wird.

Die Osterweiterung bietet gerade Baden-Württemberg viele Chancen. Baden-Württemberg ist als Bundesland in den Mittelpunkt dieses Europa gerückt. Wir sind im Zentrum mit einer mittelständischen Wirtschaft, die sich ganz hervorragend auf diese Osterweiterung vorbereitet hat, die in den Ländern präsent ist und dafür sorgt, dass auch wir hier von den neuen Beitrittsländern profitieren können.

Aber gerade im Europawahlkampf – und ich bin sehr viel unterwegs bei den Menschen – sehe ich, dass die Sorgen unserer Bevölkerung gewaltig sind, die Verlierer dieser Osterweiterung zu sein und darunter zu leiden, dass der Standort Deutschland eben nicht auf diese Osterweiterung vorbereitet ist, auf Billiglohnländer vor unserer Haustür und auf die Tatsache, dass für den Lohn eines deutschen Industriearbeiters fünf polnische Industriearbeiter arbeiten oder für den eines deutschen Speditionsfahrers sieben osteuropäische.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

(Dr. Inge Gräßle)

Meine Damen und Herren, wir haben ein Problem am Standort Deutschland, und die rot-grüne Bundesregierung hat dieses Problem noch nicht einmal andiskutiert.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Europawahlkampf im Landtag!)

Wir brauchen eine Steuerreform, wir brauchen bessere Wettbewerbsbedingungen für unsere Wirtschaft. Wir brauchen eine Steuerreform, die sich der Situation stellt, die wir jetzt in den Beitrittsländern antreffen, nämlich eines durchschnittlichen Körperschaftsteuersatzes von 23 % gegenüber 37 % bei uns. Wir sehen, dass die Bundesregierung auf sehr viele EU-Auflagen noch draufsattelt, sie zusätzlich verschärft und dadurch die Wettbewerbsbedingungen für unser Land weiter verschlechtert.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir lehnen dies ab und fordern die Bundesregierung auf, in Zukunft daran zu arbeiten, dass unsere Wirtschaft, dass unsere Landwirtschaft bessere und nicht schlechtere Bedingungen durch Europa erhält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Wahlbeteiligung bei der nächsten Europawahl wird zeigen, in welchem Maße es dieser Bundesregierung gelungen ist, für Europa zu werben.

(Abg. Drexler SPD: Wieso der Bundesregierung? Das ist doch nicht Aufgabe der Bundesregierung!)

Ich möchte die Bundesregierung nachhaltig darum bitten, das Votum der Bürgerinnen und Bürger und auch ihre Wünsche ernster zu nehmen, als sie das bisher tut.

(Abg. Fischer SPD: Das ist unmöglich!)

Dabei muss man vor allem auf die Zukunft der europäischen Einigung zu sprechen kommen. Mit der Osterweiterung haben wir jetzt eine völlig neue Gefechtslage.

(Abg. Drexler SPD: Aha, Gefechtslage! – Abg. Birzele SPD: Europa des Friedens!)

Wir sind jetzt dabei, wirtschaftlich sehr schwache Länder zu integrieren. Das schwächste Land, das beitrifft, Litauen, hat 15 % der baden-württembergischen Wirtschaftskraft. Das stärkste Land, das beitrifft, Slowenien, hat 47 % unserer Wirtschaftskraft. Wenn Schröder im Dezember 2004 zustimmt, dass mit der Türkei Beitrittsverhandlungen begonnen werden, dann kommt mit der Türkei ein Land –

(Abg. Drexler SPD: Das haben doch Sie immer gefordert! Helmut Kohl Originalton!)

– Herr Drexler, das ist nicht wahr. – Mit der Türkei käme ein Land in die EU, das lediglich 15 % der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs besitzt,

(Abg. Fischer SPD: Sind Sie jetzt dafür oder nicht?)

das 29 % der durchschnittlichen Wirtschaftskraft aller jetzigen EU-Länder besitzt. Wir sehen hierin eine eindeutige Überforderung der EU.

(Zurufe der Abg. Drexler und Fischer SPD)

Ich sehe noch ein Problem: Die Frustration in der Bevölkerung wird zunehmen, wenn Sie den Beitritt der Türkei forcieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Gräßle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Sehr gerne.

**Präsident Straub:** Bitte.

**Abg. Birzele** SPD: Frau Kollegin Gräßle, ist Ihnen bekannt, dass der Kommissionspräsident Hallstein im Jahre 1963 bei der Unterzeichnung des Vertrags von Ankara ausdrücklich für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union plädiert hat

(Abg. Drexler SPD: Das war seit 40 Jahren Ihre Politik!)

und dass diese Haltung von allen Regierungen – auch der Bundesrepublik Deutschland – bis heute so vertreten wurde?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Auch von Helmut Kohl! – Zurufe von der CDU)

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Herr Kollege Birzele, ist Ihnen bekannt, dass der EU-Kommissar Verheugen – in Klammern: SPD – seit 1998 einen Beitritt der Türkei äußerst kritisch bewertet und ihn ablehnt?

(Zurufe von der CDU: Aha! – Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Es gibt ein Interview der „Welt“ mit ihm zu diesem Thema. Das kann ich Ihnen gern zur Verfügung stellen.

(Abg. Drexler SPD: Kritisch, aber er lehnt es nicht ab, Frau Gräßle!)

Wir müssen den Menschen sagen, dass die Europäische Union eine andere Berufung hat, als Schwellenländer in ihre Gemeinschaft zu integrieren. Und ich glaube, dass wir alle einen großen Fehler machen, wenn wir das ursprüngliche Ziel der Europäischen Union zurückdrängen, nämlich den gemeinsamen Wirtschaftsraum herzustellen, den Binnenmarkt herzustellen, um für die weltweite Auseinandersetzung mit dem amerikanischen und dem japanischen Wirtschaftsraum gerüstet zu sein. Wir dürfen diese ursprüngliche Intention Europas nicht weiter zurückdrängen, um weiter auf einen Erweiterungskurs zu setzen. Die Osterweiterung ist gut und wichtig für den Frieden in Europa, sie ist wichtig gerade auch für Baden-Württemberg, sie ist wichtig, weil sie Chancen eröffnet. Aber ich glaube, dass wir, was die Zukunft Europas betrifft, von weiteren Erwei-

(Dr. Inge Gräßle)

terungen eindeutig absehen sollten. Wir müssen in dieser Frage eine klare Botschaft an die Bevölkerung richten. Wir sind inzwischen in einer dramatischen Situation. Ich bin jeden Tag bei den Menschen draußen.

(Abg. Drexler SPD: Wir auch! Jesses Gott!)

Ich weiß, was die Menschen denken und wie groß der Ansehensverlust Europas inzwischen geworden ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kretschmann GRÜ-NE: Man kann ihnen die Ängste nehmen oder diese verstärken! – Zuruf von der SPD: Sie schüren die Ängste!)

Ich kann die Bundesregierung nur auffordern, sich als Lokomotive an die Spitze der Bewegung zu setzen,

(Abg. Drexler SPD: Welche Bewegung?)

um ein einigeres Europa herbeizuführen, als es bis jetzt ist. Nur so werden wir alle

(Abg. Fischer SPD: Sie widersprechen sich in jedem zweiten Satz, Frau Kollegin Gräßle!)

den Erfolg haben, den wir mit Europa brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

**Abg. Rust** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gräßle, Sie haben so gut angefangen mit den Chancen, die wir in Europa sehen müssen. Herr Palmer hat kürzlich in einem Interview über die deutsche Mentalität, immer zuerst die Risiken und das Schlechte zu sehen, gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, wir sollten doch die Chancen einer Erweiterung sehen. Sie haben das anfangs gemacht und sind dann leider wieder in die übliche etwas kleinkarierte Haltung zurückgeschwenkt,

(Abg. Fleischer CDU: Realistisch!)

die Bundesregierung als Ursache alles Schlechten zu sehen. Bei Ihnen ist immer die Bundesregierung schuld. Das sehe ich nicht so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir müssen heute die Chancen sehen. Am letzten Freitag hat sich der Bundestag mit diesem Thema beschäftigt, und ich glaube, dass wir uns als Parlament einer der wichtigsten Regionen in Europa auch mit diesem Thema beschäftigen sollten, und zwar vielleicht noch etwas ausführlicher, als wir das heute tun.

Die Große Anfrage der CDU gibt uns heute Gelegenheit zur Diskussion, wengleich wir bei den vielen, vielen wichtigen Einzelfragen die historische Dimension dieser Erweiterung nicht verkennen dürfen. Bei allen berechtigten Diskussionen über die Ökonomie, über Fragen des Steuerrechts oder der Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfen wir eines nicht vergessen: Mit dieser Wiedervereinigung – „Wiedervereinigung“ trifft es eigentlich besser als „Erweiterung“ – haben

wir die einzigartige Chance, für 450 Millionen Menschen einen Raum des dauerhaften Friedens und der Freiheit zu schaffen, wie er noch nie in Europa existiert hat.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Theurer FDP/DVP)

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen auch nicht leugnen, dass die Wiedervereinigung Europas auch so manche Ängste bei den Menschen weckt,

(Abg. Fleischer CDU: Jawohl! Sehr richtig! Wie Frau Gräßle gesagt hat!)

und wir Politiker müssen auf allen Ebenen diese Ängste ernst nehmen. Wenn es nämlich nicht gelingt, Europa als ein Europa der Menschen zu schaffen, wenn Europa bei den Menschen nur mit Ängsten in Bezug auf Sicherheit und den Arbeitsplatz oder mit Bürokratie in Verbindung gebracht wird, dann ist das Projekt Europa zum Scheitern verurteilt. Darum müssen wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, über alle Parteigrenzen hinweg darauf konzentrieren, die vielen, vielen Vorteile, die Europa auch für Baden-Württemberg bringt, herauszuarbeiten und den Menschen näher zu bringen.

Wir dürfen dabei die Ängste nicht wegschieben, sondern müssen darauf eingehen. Ich möchte das in Anlehnung an die Große Anfrage in zwei Punkten kurz tun. Ich werde dann auch noch den Punkt Türkei ansprechen.

Zum ersten Punkt: Was die Verlagerung von Firmen in die osteuropäischen Länder angeht, sind die Fakten tatsächlich weniger besorgniserregend, als es von manchen Verbandsvertretern suggeriert wird. Fakt ist, dass die ökonomische Integration der Beitrittsländer in weiten Teilen bereits abgeschlossen ist. Dieser Prozess hat seinen Höhepunkt in den Neunzigerjahren gehabt und klingt langsam ab. Es gibt also keine direkte Verbindung zwischen dem Datum des faktischen Beitritts am 1. Mai 2004 und den Verlagerungsentscheidungen, die bereits stattgefunden haben und noch stattfinden werden. 95 % des Außenhandels unterlag bereits vor dem 1. Mai 2004 keinerlei Beschränkungen. Deshalb hängt das auch nicht direkt mit diesem Beitritt zusammen.

Man muss auch eines sagen: Deutschland steht bezüglich des Außenhandels mit fast allen Beitrittsländern auf Platz 1, und Baden-Württemberg nimmt innerhalb Deutschlands auch da eine herausragende Rolle ein. Das schafft Arbeitsplätze in Deutschland, und es schafft Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Experten gehen davon aus, dass schon heute etwa 1 Million Arbeitsplätze in Deutschland vom Osthandel abhängen.

Dabei werden wir uns selbstverständlich dem Wettbewerb mit den Beitrittsländern, was die Standortfaktoren angeht, stellen müssen. Wir müssen uns dabei aber auf unsere eigenen Stärken konzentrieren: auf eine hervorragende Infrastruktur, auf hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf hoch qualitative Produkte, auf Rechtssicherheit und vor allem auf sozialen Frieden.

Einen Wettbewerb um die geringsten Löhne, die geringsten Sozialabgaben und die niedrigsten Steuersätze werden wir nie gewinnen können. Diesen Wettbewerb sollten wir gar nicht erst aufnehmen.

(Rust)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Hauk CDU: Das heißt aber in der Konsequenz, nichts zu tun! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Wir müssen uns auf unsere eigenen Stärken konzentrieren und versuchen, diese noch viel mehr auszubauen.

Der zweite Punkt, auf den ich eingehen will, betrifft die Angst vor angeblich unverkraftbarer Zuwanderung von Arbeitskräften. In diesem Punkt bin ich der Bundesregierung sehr dankbar dafür, dass sie dieses Problem erkannt und durch eine vernünftige Regelung diese durchaus berechtigten Befürchtungen entkräftet hat. Sie hat die Sorge der Menschen erkannt und hat in Verhandlungen eine Übergangsfrist von sieben Jahren, also bis 2011, erreicht, in der wir auf der Basis bestehender Verträge den Zugang von Arbeitskräften regeln können. In ihrer Antwort auf die Frage 18 der Großen Anfrage hat die Landesregierung auch geschrieben, dass wir weiterhin bestimmte Arbeitskräfte brauchen.

Nun zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Fakt ist, dass die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit Unterstützung der damaligen Bundesregierung schon 1963 mit der Türkei ein Assoziierungsabkommen mit der Option einer späteren Mitgliedschaft

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

geschlossen hat. Fakt ist, dass 1996 die Europäische Gemeinschaft – wieder mit Unterstützung der deutschen Bundesregierung – eine Zollunion mit der Türkei geschlossen hat.

(Abg. Fischer SPD: Wer war das? – Abg. Hauk CDU: Das ist ja in Ordnung! – Abg. Fleischer CDU: Aber das war kein völliger Beitritt! Das ist doch Blödsinn!)

Fakt ist auch, dass 1997 der Europäische Rat in Luxemburg, wieder mit Unterstützung der Bundesregierung, beschlossen hat, eine Strategie zu entwickeln, die es der Türkei ermöglicht, der EU beizutreten. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Und damals hieß der Bundeskanzler nicht Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend sagen: Es liegt in der Natur der Sache, dass bei den Menschen das Unbekannte Unsicherheit, Skepsis und manchmal auch Ängste hervorruft. Unsere Aufgabe als verantwortliche Politiker muss es daher sein, den Menschen in Baden-Württemberg Europa näher zu bringen, auf einer sachlichen Ebene Ängste und Bedenken auszuräumen oder zu zeigen, wie wir mit den Problemen umgehen können,

(Abg. Hauk CDU: Wie viele SPDler aus Baden-Württemberg sind denn überhaupt auf der Wahlliste zum Europäischen Parlament?)

und dadurch mit den Menschen ein Europa für die Menschen zu schaffen. Die junge Generation in unserer Gesell-

schaft – als jüngstes Mitglied dieses Hauses darf ich sagen: meine Generation – wird uns ewig dafür dankbar sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Das glauben auch nur Sie!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß den Vertretern der Konsularischen Korps aus den EU-Beitrittsländern Estland und Slowakei, Herrn Honorarkonsul Helmut Aurenz, dem Vertreter der Republik Estland, und Herrn Honorarkonsul Christoph Goeser, der das Konsulat der Slowakischen Republik in Stuttgart leitet.

Meine Herren Konsuln, seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als am 30. September 1989 der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu den Botschaftsflüchtlingen in Prag reisen und ihnen die Genehmigung zur Ausreise bekannt geben konnte, haben nicht nur diese Menschen dort gespürt, dass dies der Anfang vom Ende der sozialistischen Länder in Europa war. Diese Botschaftsflüchtlinge mussten zwar bei ihrer Ausreise durch die damalige DDR hindurchfahren, aber sie wurden von winkenden Menschen verabschiedet, die noch nicht wussten, wie schnell das damalige kommunistische System in sich zusammenbrechen würde.

Meine Damen und Herren, mir kommt dieser historische Moment in der aktuellen Diskussion viel zu kurz. Wenn man kurz zurückschaut, stellt man fest, dass seither immerhin schon wieder 15 Jahre ins Land gegangen sind. Die heute 20-Jährigen waren damals gerade fünf Jahre alt und können mit Sicherheit nicht mehr am eigenen Erleben und Erfahren nachspüren, was damals in Europa passiert ist. In wenigen Jahren werden wir es hoffentlich als völlig selbstverständlich ansehen, nach Osteuropa zu fahren, genauso wie wir heute bei Straßburg über die Grenze zu fahren, ohne an die Auseinandersetzungen unserer Väter- und Großvätergeneration zu denken. Ich hoffe, dass dies in Zukunft auch in Richtung der osteuropäischen Länder so sein wird. Ich denke, dass mit dem Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten die Grundlage für die Einheit Europas gelegt worden ist und diese Einheit Europas jetzt unumkehrbar wieder hergestellt wird.

Ich empfinde dies als großes Glück, als ein historisches Geschenk, meine Damen und Herren. Ich fordere uns deshalb auf, mit größerer Begeisterung für dieses europäische Einheitswerk einzutreten und die Chancen zu erkennen, die in der Tat darin liegen. Es geht hier um die Schaffung eines gemeinsamen Raumes von Freiheit, Sicherheit und Recht, es geht aber vor allem auch um die dauerhafte Sicherung des Friedens.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der Grünen)

(Theurer)

Was mir gefällt, wenn man mit Menschen aus diesen Beitrittsländern spricht, mit unseren Freunden aus Polen, aus der Tschechischen Republik, aus der Slowakei, auch aus Ungarn, Slowenien und den anderen Beitrittsländern Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern, das ist die Jugend, die in diesen Nationen steckt. Es ist der Biss, und es ist der Hunger – der Hunger nicht nur nach wirtschaftlicher Entwicklung, sondern auch der Hunger nach Freiheit, nach Demokratie. Ich denke, davon können wir uns eine Scheibe abschneiden, weil wir doch bei uns ein Stück weit satt geworden sind. Die Jammerei in unserem Land geht einem ja nun wirklich auf den Keks.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Anstatt dass wir die Chancen erkennen, die in uns stecken, anstatt dass wir die Reformen vornehmen, die notwendig sind, jammern wir herum und haben Angst vor dieser Erweiterung.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir nicht!)

Anstatt uns an der Slowakischen Republik ein Beispiel zu nehmen, die eine Flat Tax von 19 % einführt, machen wir an unseren Steuern herum, statt eine mutige Steuerreform durchzuführen und zum Beispiel das Steuermodell der FDP umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE zur CDU: Gucken!)

Im Vergleich zu dem, was diese Länder zu bewältigen haben, sind die Einschränkungen, die wir unseren Menschen jetzt bei der Reform der Kranken- und Rentenversicherung zumuten, doch Kleinigkeiten. Ich denke, Europa kann genauso wenig Allheilmittel sein, wie es zum Sündenbock gemacht werden kann. Wir müssen zunächst einmal unsere eigenen Aufgaben in der Bundesrepublik Deutschland machen. Das hat die FDP ja auch immer gefordert.

Wir begrüßen die neuen Partnerländer in der Europäischen Union. Wir sehen große Chancen für Europa. Wir sehen aber auch große Chancen für Baden-Württemberg. Gerade unsere Automobil-, unsere Maschinenbau- und unsere Pharmaindustrie werden von dieser Erweiterung der Märkte profitieren.

Meine Damen und Herren, ich fordere uns alle auf, Schluss mit den Lebenslügen zu machen. Hören wir doch endlich auf, so zu tun, als ob Europa an allem schuld wäre. Es könnte zwar sein, dass, wenn wir nicht in der EU wären und selbst über die Agrarpolitik entscheiden würden, in diesem Bereich manches besser gemacht würde. Aber grundsätzlich würde nicht alles anders sein, meine Damen und Herren. Denn auch dann müsste unsere exportorientierte baden-württembergische Industrie Märkte suchen und Märkte erschließen. Genau deshalb wurde ja die Europäische Union gegründet und wurde der gemeinsame europäische Binnenmarkt geschaffen, meine Damen und Herren. Deshalb sollten wir auch ehrlich auf die Menschen in unserem Land zugehen und die Verantwortung in den Diskussionen nicht einfach abschieben nach dem Motto „Das haben halt wieder die Bösen in Brüssel entschieden“. Denn bei diesen angeblich Bösen in Brüssel sind ja auch unsere eigenen Kollegen aus Deutschland immer mit dabei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich fordere namens der FDP/DVP, die Chance zu nutzen, unseren eigenen Föderalismus zu beleben. Das ist hier im eigenen Haus auch Konsens. Wir können in Deutschland vieles tun. Ich hoffe, dass wir die gemeinsame europäische Verfassung auf den Weg bringen. Ich glaube und bin mehr denn je davon überzeugt, dass es richtig wäre, diese Verfassung auch einer Volksabstimmung zu unterziehen, weil das die einmalige Chance bieten würde, intensiv mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ins Gespräch darüber zu kommen, welche Vorteile die gemeinsame Union, die Europäische Union für uns alle bietet.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Hauk CDU: Sie haben ja vielleicht sonst keine Gelegenheit!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, ich darf jetzt ganz herzlich auch noch Herrn Konsul Andrzej Osiak vom Generalkonsulat der Republik Polen mit Sitz in München begrüßen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich nun Herrn Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein historisches und epochales Ereignis, und darüber sollten wir uns einfach freuen.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Wenn es in der Bevölkerung Ängste gibt, ist die Frage, ob man ihr diese Ängste nimmt oder ob man sie verstärkt, Frau Kollegin Gräßle. Ich möchte versuchen, ihr die Ängste zu nehmen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD)

Die europäische Teilung ist überwunden. Wir leben damit in einer Friedensgemeinschaft. Zehn Staaten haben sich in kurzer Zeit von Diktaturen zu lebendigen Demokratien entwickelt, in denen die Menschenrechte geachtet werden und in denen ein Rechtsstaat aufgebaut wurde. Darüber kann man sich doch nur ungeteilt freuen. Niemand hätte sich das vor 15 Jahren überhaupt träumen lassen. Wir haben heute dort marktwirtschaftliche Ökonomien. Die dortige Bevölkerung kann auf Wohlstand und Prosperität hoffen.

Wir haben in diesen neuen Mitgliedsstaaten aber auch eine sich entwickelnde Zivilgesellschaft. Wir können dies heute sehen, wenn uns junge Menschen aus diesen Ländern besuchen, wenn wir feststellen, mit welchem Optimismus und mit welcher Euphorie sie an dieses europäische Projekt glauben. Wir hatten bei uns in der Fraktion und im Landesvorstand solch junge Menschen aus Slowenien. Es war ein Vergnügen und hat einem im Herzen gut getan, zu sehen, mit welcher Aufbruchstimmung diese Länder nach Europa gehen. Die neuen Länder haben durch ihre Beitrittsfähigkeit in allen wesentlichen Teilen das Gemeinschaftsrecht erfüllt und sind damit in die Gemeinschaft der Rechtsstaaten gerückt.

(Kretschmann)

Ich möchte einmal – was sollte ein Grüner anderes tun? – am Beispiel der Ökologie sagen, was sich eigentlich schon geändert hat. Wir haben auf diesem Gebiet einen Nachhaltigkeitsschub von unglaublicher Wirkung gehabt. Wir erinnern uns an die massive Umweltzerstörung in den ehemaligen Ostblockstaaten. Es hat uns mit großer Sorge erfüllt, dass die Flüsse reine Kloaken und die Industriegebiete so verpestet waren, dass die Leute dort nicht mehr leben konnten. Inzwischen sind 60 bis 80 % der Luftschadstoffe, 50 % der toxischen Metalle sowie 80 % der Schadstoffe im Wasser eliminiert. Das sind doch wirklich hervorragende Bot-schaften.

Die neuen Beitrittsländer werden noch 50 bis 80 Milliarden € in ihre Infrastruktur im Umweltbereich investieren müssen. Das ist für diese Länder eine unglaubliche Chance, aber auch für unsere Wirtschaft, die dort mit ihren innovativen Umwelttechnologien aufwarten kann und einen Markt ungeahnten Ausmaßes vor sich hat.

(Beifall bei den Grünen)

Das zeigt Chancen über Chancen. Wir müssen sie nur nutzen.

Die Angst vor den Problemen, die jetzt allenthalben vor allem durch Beiträge von Unionspolitikern in den Vordergrund rücken, die Angst vor einer Zuwanderungswelle und davor, dass hier Arbeitsplätze en masse und ganze Betriebe in diese Länder verlagert werden,

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

ist bei näherem Hinsehen völlig unbegründet.

(Zuruf von der SPD: Das ist Pessimismus pur!)

Alle Experten sagen uns, dass die Rate der aus diesen Ländern zu erwartenden Zuwanderung maximal 1 % beträgt. Das sind – bei einer EU-Bevölkerung von 450 Millionen – 200 000 Menschen; das sind junge Menschen mit Hochschulausbildung. Wenn sie hier herkommen, kann man sich nur freuen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Diese jungen Menschen werden hier unternehmerisch tätig sein. Einige werden zurückgehen und in ihren Heimatländern Betriebe aufbauen. Davor braucht man überhaupt keine Angst zu haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir exportieren schon heute mehr in die EU-Beitrittsstaaten als in die USA, ein traditionelles Zielland für unsere Exporte. Welche Ängste soll man da eigentlich haben? Das ist doch die Chance für unsere Wirtschaft. Wenn wir bei den Betriebsverlagerungen genau hinschauen, stellen wir fest, dass bis zu 30 % – das steht ja in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage – wieder nach Deutschland zurückkommen, weil hier die Infrastrukturen natürlich immer noch besser sind.

Das heißt für uns: Wir müssen uns mehr anstrengen, mehr in Bildung, Forschung und Entwicklung investieren. Dann

brauchen wir vor diesen Herausforderungen keine Angst zu haben. Wir werden sie vielmehr annehmen. Der Reformdruck, der dadurch entsteht, wird uns allen hier nur gut tun; ihn möchten wir überhaupt nicht missen. Wir können diese Herausforderungen wirklich gelassen annehmen, weil die Vorteile gegenüber den Risiken bei weitem überwiegen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– In der zweiten Runde werde ich noch auf Sie und auf die Türkei-Frage eingehen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Lassen Sie mich nur so viel sagen: Wir hatten nach dem Krieg das Wunder vom Rhein, als sich Frankreich und Deutschland versöhnt haben. Das hat mit den Grundstein für die europäische Einigung gelegt. Wir hatten vor 15 Jahren das Wunder an der Oder. Da wurde der Grundstein für ein großes, demokratisches, friedliches Europa gelegt.

Auch das Wunder vom Bosphorus ist möglich. Auch diese Chance sollten wir beim Schopf ergreifen. Wir sollten der Türkei eine Beitrittsperspektive eröffnen, wenn sie die Menschenrechtskriterien erfüllt, wenn sie die demokratischen und die wirtschaftlichen Kriterien erfüllt. Denn eine solche Beitrittsperspektive wird diejenigen Kräfte in der Türkei stärken, die dort die Reformen für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie entschlossen angehen. Wir sollten ihnen die begründete Hoffnung machen, dass sie dann, wenn sie die Idee weiterverfolgen, sich in die europäische Freiheitsgeschichte einzureihen, in dem Europa der Demokratie, der Menschenrechte und des Wohlstands herzlich willkommen sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

**Abg. Dr. Inge Gräßle CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat noch nie etwas gebracht, den Überbringer einer schlechten Nachricht zu erschießen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wer hat geschossen?)

– Abg. Theurer FDP/DVP: Die Todesstrafe ist abgeschafft! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir müssen uns schon fragen, weshalb dieses große und historische Ereignis in breiten Schichten der Bevölkerung nicht als solches empfunden und begangen wurde. Genau so war es. Wir hatten wunderschöne Feste im Fernsehen, aber vor Ort, muss ich sagen, habe ich davon bisher noch nichts gespürt.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir müssen uns fragen: Warum haben die Sektkorken eigentlich nicht geknallt, oder warum haben sie nur dort geknallt, wo auf Partys eingeladen wurde und wo es den Sekt umsonst gab?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo waren Sie denn vor Ort? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Unruhe)

(Dr. Inge Gräßle)

Wir müssen den Menschen schon sagen, dass der Beitritt der osteuropäischen Länder eine große Sache ist – gerade für die Demokratie, gerade für die soziale Marktwirtschaft, gerade für unser politisches und wirtschaftliches System,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

für das wir gegen die Kreml-Herren jahrzehntelang gekämpft haben. Aber wir müssen jetzt unserer eigenen Bevölkerung auch sagen, dass die Hausaufgaben – lieber Kollege Kretschmann, Sie haben es ja angesprochen – eben nicht gemacht worden sind. Sie haben gesagt, der Reformdruck würde uns gut tun. Dazu muss ich sagen: Offensichtlich bewegt sich diese Bundesregierung ohne Druck überhaupt nicht. Sie ist „hilflos, ratlos und kopflos“,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

wie die „Stuttgarter Zeitung“ heute schreibt.

In Sachen Steuerpolitik, in Fragen der Mindeststeuersätze, in Fragen der Mindestrichtlinien begehen wir Verbrechen gegenüber unserem eigenen Wirtschaftsstandort. Die EU hat zum 1. Januar 2004 eine Energiesteuerrichtlinie erlassen, die eine Mindestbesteuerung von 30 Cent pro Liter Mineralöl vorsieht. Bei uns liegt diese Besteuerung schon heute bei 47 Cent. In den Beitrittsländern wird sie verständlicherweise noch niedriger liegen. Nur: Was bedeutet das für unseren Wirtschaftsstandort? Um diese Frage muss es heute doch auch gehen. Es muss um die Frage gehen, welche Antworten wir unter diesen neuen Wettbewerbsbedingungen eigentlich gegeben haben. Da kann man Ihnen nur ein Zeugnis ausstellen, nämlich „ungenügend“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.  
Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Sakellariou SPD:  
Begeisterter Beifall!)

Der Kollege von der SPD hat davon gesprochen, wir bräuchten uns vor Zuwanderung nicht zu fürchten. Ich habe das Wort „Zuwanderung“ nicht einmal in den Mund genommen. Deswegen möchte ich Ihnen schon sagen: Es gibt EU-Länder, die keine Übergangsfristen haben, die den osteuropäischen Ländern nicht sagen: „Wir wollen euch nicht“ – so, wie die Deutschen das tun. Die Niederlande und Irland zum Beispiel haben keine Übergangsfristen. Warum haben sie keine Übergangsfristen? Weil sie ihre Hausaufgaben gemacht haben,

(Abg. Schmiedel SPD: Wofür sind Sie?)

weil sie florierende Arbeitsmärkte haben, eine boomende Wirtschaft, weil sie die Menschen aus Osteuropa brauchen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses Argument ist wirklich ein Rohrkrepiere.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Marianne Wonnay: Der einzige Rohrkrepiere ist Ihre Rede!)

Das ist im Grunde der eindeutige, der eindrückliche Beweis dafür, dass die Bundesrepublik nicht wirklich vorbereitet ist.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann  
SPD: Vorsicht, EU, die Gräßle kommt! – Zuruf des  
Abg. Rust SPD)

Wir sind in Baden-Württemberg noch gut dran. Monat für Monat verliert Deutschland 40 000 Arbeitsplätze. Im Jahr 2003 war in Baden-Württemberg die Zahl der Insolvenzen am niedrigsten in der ganzen Republik. Wir sind im Verhältnis noch gut dran. Aber ich kann Ihnen nur sagen: Nutzen Sie die Zeit! Nehmen Sie die Entwicklung in die Hand! Denn nur so werden wir eine weitere Entfremdung der Bevölkerung von diesem Europa vermeiden können.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Aber doch nicht mit solchen Reden, Frau Gräßle! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Solche Abgeordnete wie Sie braucht das Europäische Parlament! – Glocke des  
Präsidenten)

Heute Mittag um 12 Uhr findet jenseits der Bannmeile eine Demonstration gegen die Ausweisung von FFH-Gebieten statt.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann nur sagen: Dieses Europa muss anders in die Hand genommen werden als bisher, sonst werden wir mit den Widerständen in der Bevölkerung irgendwann nicht mehr zu recht kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist ja gut, dass Sie da hingehen! – Abg. Fischer SPD: Das ist eine reine Hetzrede dagegen, aber doch nicht zur Integration!)

Von Gesundheitserei, liebe Freunde, halte ich gar nichts. Wenn das Ihr einziges Rezept ist, dann gute Nacht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von  
der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE –  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Gräßle, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rust?

**Abg. Dr. Inge Gräßle** CDU: Es ist doch vorbei, oder?

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Rust  
SPD: Sie hat Angst!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch mir geht es so, dass ich mitunter schon ein wenig ins Grübeln komme, wenn uns der Kleinmut und die Ängstlichkeit der öffentlichen Diskussion überwältigen, wenn wir ein so großes, epochales Ereignis wie die Erweiterung der EU um Osteuropa, die wir immerhin seit gut 50 Jahren im Munde geführt haben, erleben.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Frau Gräßle!)

Diese Diskussion wird übrigens nicht nur in Deutschland und in Westeuropa geführt, sondern die nämliche Diskussion der Sorge, der Zurückhaltung, auch der Ängste beobachtet.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

ten wir auch in Osteuropa. Es ist ein gesamteuropäisches Phänomen.

Deshalb ist es wichtig – ich will da ausdrücklich auch dem Kollegen Kretschmann in diesem Punkt Recht geben –, sich immer wieder der historischen Dimension dieser Erweiterung zu versichern, sich darüber klar zu werden, dass wir über Jahrzehnte unverhältnismäßig höhere Kosten in dieser künstlichen, gewalttätigen Spaltung Europas hatten. Mitten durch Europa ging die Demarkationslinie. Da sind Millionen von hochgerüsteten Soldaten gestanden. Wäre diese Osterweiterung nur mit dem Ziel angegangen worden, endgültig auf diesem Kontinent Frieden zu schaffen, allein dann wäre diese Erweiterung schon ein großer Gewinn für die Europäer und für die ganze Menschheit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die historische Dimension dieser Erweiterung dürfen wir also wirklich nicht aus dem Auge verlieren.

Wir dürfen uns auch nicht, so notwendig die Debatten über wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen, über Zuwanderung sind – da bin ich schon der Auffassung, Herr Kretschmann, dass Sie das Bild der Chancen ein wenig zu einseitig gezeichnet haben –, dieser Grundtatsache der großen historischen Dimension der Erweiterung verschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich ein paar Überlegungen über die Risiken und die Chancen der Erweiterung anstellen.

Ich beginne mit den Problemen. Ich sehe überhaupt nur zwei Bereiche, wo wir ernste Schwierigkeiten zu gewärtigen haben. Das eine ist, dass wir durch die Reformgeschwindigkeit der Osteuropäer, durch den Eifer, den sie in die Veränderung ihrer politischen und ihrer Sozialsysteme legen, in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aber auch in Frankreich, also in den beiden Ländern, die in Europa hier hinterherhängen, schon gewaltig unter Reformdruck geraten.

Es kann überhaupt niemand im Ernst wegdiskutieren, dass ein Konzept wie das der Slowakei mit Steuersätzen, die generell 19 % betragen, in Europa hochattraktiv sein wird, weil wir ja in Osteuropa – das ist das Einzige, was der Kommunismus nicht vernichtet hat – ein hohes Bildungsniveau haben. Wir haben ganz hungrige junge Leute, alle dreisprachig, leistungsorientiert, bereit, die Chancen anzunehmen, die sie durch die europäische Erweiterung zum ersten Mal in ihrem Leben – ihre Eltern hatten die Chancen nicht – haben.

Deshalb kann überhaupt niemand im Ernst wegdiskutieren, dass wir in der Reform unseres Steuersystems, in der Reform der sozialen Sicherungssysteme, in der Reform des Arbeitsmarkts durch die Erweiterung unter zusätzlichen Druck geraten. Das muss man ganz realistisch sehen.

Das zweite Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist: Natürlich ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen keine Entwicklung, die mit dem Stand 1. Mai 2004 beginnt, sondern der Prozess hält seit 10, 15 Jahren, eben seit der Öffnung der Grenzen, an. Aber klar ist, dass wir jetzt den

Acquis communautaire, einen einheitlichen Gerichtsstand haben, dass wir jetzt eine einheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsgrundlage für das europäische Wirtschaften und dass wir kurze Wege haben. Deshalb kann auch niemand im Ernst wegdiskutieren, dass unsere Wirtschaft unter zusätzliche Herausforderungen gerät und sich diesen Herausforderungen – weiteren Verlagerungen von Arbeitsplätzen nach Osteuropa – auch stellen muss.

Diese zwei Herausforderungen sind in der Tat realistisch, und ich bin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch dagegen, sie zu beschönigen. Wir brauchen eine höhere Reformgeschwindigkeit in Deutschland; dazu gibt es überhaupt keine Alternative.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir glauben nicht, dass wir in Deutschland mit den Arbeitskosten von Osteuropa produzieren könnten. Das ist doch überhaupt nicht die Alternative. Es ist die Frage, ob wir in den genannten Bereichen unsere Hausaufgaben machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte es für nicht zulässig, dass man deutschen Unternehmern, wenn sie zur Markterschließung oder zur Sicherung von inländischen Arbeitsplätzen mit Teilen ihrer Produktion nach Osteuropa gehen, unpatriotisches Verhalten vorwirft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Das ist nicht gut,

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und das war im Übrigen volkswirtschaftlich Unsinn,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

weil die Verflechtung der Volkswirtschaft viel weiter ist, als der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundeswirtschaftsminister mit diesen Äußerungen zum Ausdruck gebracht haben.

Wie ist es denn in der Praxis? Der Kabelbaum für das Automobil wird schon nicht mehr in Ungarn oder in Polen produziert, weil dort die Lohnkosten bereits zu hoch sind, sondern die Kabelbaumproduktion hat sich nach Moldawien oder Rumänien verlagert. Aber es ist doch klar, dass die technologisch hochwertigen Motoren und vielleicht auch der Dieselmotorkatalysator, wenn wir bei der Arbeitszeit etwas tun, in Feuerbach gebaut werden können. Nur dann, wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den Arbeitszeiten etwas tun, sind wir mit den Hightechprodukten konkurrenzfähig. Für einfache Produkte gilt das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb haben wir nicht pauschal Unternehmen und Unternehmern zu bescheinigen, sie seien unpatriotisch, sondern müssen wir uns mit einer Verflechtung der Wirtschaft vertraut machen. Drüben wird produziert, und hier wird endmontiert. Es wird munter hin- und hergefahren. Selbstverständlich haben wir diese Entwicklung auch schon in den

(Minister Dr. Christoph Palmer)

vergangenen Jahren gehabt, aber sie wird sich beschleunigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen die Probleme, auch die Herausforderungen offen benennen, dürfen aber auch die Chancen nicht vergessen. Ich glaube, wenn man mit einem solchen ehrlichen und realistischen Ansatz vor die Menschen tritt, dann werden sie auch verstehen, dass es zu dem Projekt der Osterweiterung keine Alternative gibt.

Lassen Sie mich einige dieser Chancen benennen und damit deutlich machen, warum ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg für die Herausforderungen gut gerüstet sind.

Der erste Punkt: Kein Land in Europa ist so forschungsintensiv und hat einen so hohen Anteil an Hochtechnologiearbeitsplätzen wie Baden-Württemberg. Meine sehr verehrten Damen und Herren, verlagert wird jetzt unter dem Kostendruck das einfachere Produkt. Die Hochtechnologie gerät als Letztes unter Druck. Deshalb ist es ein Segen, dass die Hochtechnologiearbeitsplätze diesen hohen Anteil – 23 % der baden-württembergischen Arbeitsplätze – ausmachen. Das macht uns immuner als andere Volkswirtschaften in Europa gegenüber Arbeitsplatzverlagerungen, aber es schützt uns nicht auf Dauer, weil mittlerweile selbstverständlich ein hoher Stand bei Bildung, Wissenschaft und Forschung auch in Osteuropa, zumindest in den Kernbereichen, vorhanden ist. Nehmen Sie die Universitäten in Budapest oder in Warschau. Nehmen Sie Prag. Wer also glaubt, dass wir uns auf der Hochtechnologie ausruhen könnten, der springt zu kurz. Auch dort wird Druck entstehen. Aber wir sind zumindest für die nächsten Jahre erst einmal sicherer als andere Länder.

Ein zweiter Punkt, warum ich glaube, dass in dieser Erweiterung viele Chancen liegen: Osteuropa mit seinen attraktiven Investitionsbedingungen braucht jetzt die Produkte, die wir in Baden-Württemberg herstellen. Wir haben dort einen Nachholeffekt. Da wird jetzt investiert. Da kommen jetzt Werkzeugmaschinen, da kommt jetzt Anlagentechnik, da kommt jetzt Umwelttechnik, da kommt Systemtechnik, da kommen die „embedded systems“, die eingebetteten Systeme.

Unsere Schlüsselkompetenz, dass wir die verschiedenen Technologien zusammendenken, wird in den nächsten zehn Jahren für die Umwandlung der osteuropäischen Wirtschaft, für die Investition in die osteuropäische Wirtschaft benötigt. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Angebotspalette und die Angebotsstruktur der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der baden-württembergischen Wirtschaft und Industrie wie der Schlüssel zum Schloss auf die Nachfragestrukturen der Übergangs- und der Investitionsgesellschaften Osteuropas passen. Darin liegen die Chancen für unsere Unternehmen. Deshalb sind sie in Osteuropa auch unterwegs, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das kann man ja nicht nur projektieren und prognostizieren, sondern man kann auch auf Zahlen verweisen. Kein Land in Deutschland und in Europa ist so exportintensiv wie Baden-Württemberg. Wir haben in den Jahren 1999 bis 2003 ein

Wachstum der Exporte nach Osteuropa um 45 % gehabt. In Westeuropa wächst im Augenblick ganz wenig. Anders sieht es auf den asiatischen und den amerikanischen Märkten aus. Aber das Wachstum, das in Europa im Export stattfindet, ist ein Wachstum, das in den vergangenen vier Jahren im Export nach Osteuropa stattgefunden hat.

Neben diesen wirtschaftlichen Aspekten, die man angesichts der Lage in Deutschland natürlich in den Mittelpunkt einer Betrachtung stellen muss, darf man doch nicht vergessen, dass es auch große Chancen in der Kultur, in der Sprache, in der Begegnung, im Tourismus, im Zusammenkommen der Menschen in Europa für unser Land, für Deutschland, aber auch insbesondere für Baden-Württemberg gibt.

Damit wir nicht nur eine wirtschaftspolitische Debatte führen, lassen Sie mich an dieser Stelle einen Aspekt auch einmal hervorheben: Meine sehr verehrten Damen und Herren, an vielen Orten der Welt wird nicht mehr Deutsch als erste Fremdsprache gesprochen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das gibt es nicht mehr. Deutsch ist nicht mehr die Lingua franca. Wo dieses Land noch Chancen in der kulturellen und in der sprachlichen Begegnung hat, ist Osteuropa. Jeder in Westeuropa sieht das so. Jeder westeuropäische Politiker sagt: „Ist doch klar, die Osterweiterung ist euer Projekt, denn ihr seid in der Mittellage Europas, ihr werdet davon profitieren.“ Die ersten Schulen und Hochschulen, in denen Deutsch Unterrichtssprache ist, entstehen – das ist nach 1945 ja ein Wunder – wieder neu in Osteuropa. Ich kann an alle, die Verantwortung tragen, nur appellieren, die Gelder, die die Goethe-Institute für Sprachförderung ausgeben, nicht in der Welt zu verläppern,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

sondern einen Schwerpunkt, eine Konzentration auf Osteuropa vorzunehmen und eben auch die Chancen in der kulturellen Zusammenarbeit, die für unser Land in dieser Erweiterung liegen, zu sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will heute ankündigen, dass wir uns jetzt nicht zurücklehnen und sagen, die Erweiterung zum 1. Mai sei erfolgt, jetzt sei die Hausaufgabe getan, jetzt werde alles von selbst laufen. Nein, wir müssen Mittel- und Osteuropa vonseiten der Landesregierung und des Parlaments noch viele Jahre lang im Fokus unseres Einsatzes haben. Es geht jetzt erst los.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Die Angleichung der Lebensverhältnisse wird 10, 15, 20 Jahre brauchen. Wer dort oder hier glaubt, das gehe auf Knopfdruck, der irrt sich. Wir müssen den Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa im Auge behalten. Deshalb will ich betonen, dass wir im Staatsministerium gerade an einer Gesamtkonzeption für die Erschließung Osteuropas, für die Intensivierung der Kontakte zwischen Baden-Württemberg und Osteuropa in wirtschaftlicher, in kultureller, in sprachlicher Hinsicht arbeiten. Ich kann zum Beispiel nicht verstehen, dass wir bis zum heutigen Tag an keiner baden-würt-

(Minister Dr. Christoph Palmer)

tembergischen Hochschule einen interdisziplinären Schwerpunkt Osteuropa haben.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen alle miteinander die jetzige Erweiterung als Zwischenetappe betrachten. Aber wir müssen Osteuropa auch in den kommenden Jahren mit großer Aufmerksamkeit im Auge behalten und dafür gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ganz realistisch und ohne Übertreibung sagen: Die Schere zwischen Arbeitskosten und Produktionsbedingungen hier und dort wird sich in den kommenden Jahren schließen. Diese Entwicklung haben wir auch in Südeuropa – in Spanien, Portugal und Griechenland – beobachten können. Wer jetzt also mit den letzten Sorgen an die Entwicklung herangeht, sollte sich auch dies bewusst machen.

Bleibt der letzte Punkt, der hier in der Debatte auch angesprochen wurde und auf den ich gerne noch eingehe: Das ist die Frage nach den Grenzen der Erweiterung. Ich empfehle, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ein bisschen Ruhe einkehren zu lassen. Wir werden – ich habe es gerade gesagt – unglaublich beschäftigt sein, die Integration von West und Ost dieses Gesamteuropas in den kommenden Jahren zu bewältigen. Vieles ist zu tun.

Dann steht die nächste Erweiterungsrunde vor der Tür. Ich weiß nicht, ob das schon 2007 der Fall sein kann. Die Rumänen fallen in der Entwicklung leider Jahr für Jahr, Monat für Monat deutlich zurück, während die Bulgaren eher aufholen. Ich will auch darauf hinweisen, dass die Kommission vor zwei Wochen – wofür wir immer eingetreten sind – Kroatien die Einladung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen hat. Wir müssen uns realistischerweise darauf einstellen, dass die nächste Erweiterungsrunde mit diesen drei Ländern stattfindet – mit auch nicht geringen Problemen, insbesondere wenn ich an die Größe und die wirtschaftliche Situation Rumäniens und Bulgariens denke.

Wer in dieser Situation der Türkei falsche Versprechungen macht, der dient nicht den Menschen in der Türkei und auch nicht den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern der streut den Menschen Sand in die Augen. Es wird über einen sehr langen Zeitraum keine Perspektive für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich plädiere dafür, das ehrlich zu sagen. Die Franzosen haben eine Kurskorrektur ihrer nationalen Politik vorgenommen. Das Bruttoeinkommen in der Türkei beträgt 23 % des europäischen Durchschnitts, nicht des deutschen Durchschnitts. Inklusive der osteuropäischen Länder, die jetzt den Durchschnitt herabsetzen, liegt das Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei bei 23 % des europäischen Durchschnitts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hätten ein Land in der EU, das uns durch die Dimension der Probleme dann endgültig in eine Freihandelszone zurückführen und

uns Abschied nehmen lassen würde von dem Ziel, von der gemeinsamen Überzeugung eines politisch handlungsfähigen und integrierten Europas, einer Europäischen Union, die in vielen Bereichen über das rein Wirtschaftliche hinaus zusammenarbeitet.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Deshalb kann ich nur sagen: Das einzig Realistische, was wir in den kommenden Jahren in Europa diskutieren können, ist eine privilegierte Partnerschaft – ohne Schaum vor dem Mund, mit Respekt vor der Türkei, einer großen Nation mit einer großen Kultur, mit einer großen geopolitischen und geostrategischen Bedeutung, auch mit Respekt den Menschen gegenüber, aber eben mit dem realistischen Ansatz, dass es auf lange Zeit nur ein besonderes Verhältnis zwischen der Europäischen Union und der Türkei geben kann.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend, Herr Birzele, noch auf Ihre Zwischenfrage einzugehen. Was Sie über 1963 und Walter Hallstein gesagt haben, ist alles richtig. Aber: Walter Hallstein, das war 1963,

(Abg. Birzele SPD: Kinkel, Genscher!)

und bei der Inaussichtstellung der Erweiterung der Europäischen Union um die Türkei war die EWG eine Freihandelszone, eine Zollunion, aber nicht eine Europäische Union, die politisch zusammenarbeitet und die Missverhältnisse im Wirtschaftlichen durch Direkttransfers ausgleicht.

(Zuruf von der SPD: 1997 nicht mehr!)

Sie können doch nicht im Ernst die Situation des Jahres 2004 mit der Situation des Jahres 1963 vergleichen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, realistischer Blick: Die Chancen überwiegen, aber wir müssen uns am 5. Mai, am Europatag, an dem heute im Übrigen der ungarische Staatspräsident bei uns in Stuttgart zu Gast ist, was ich auch für ein bedeutendes Signal in die Zivilgesellschaft, die Sie angesprochen haben, hinein halte, vor allem bewusst machen, dass wir die Bevölkerung mitnehmen und die historische Dimension dieser osteuropäischen Erweiterung nicht verkennen, Probleme offen ansprechen, wie es geschehen ist, und bei allem doch deutlich machen, dass die Chancen und der Optimismus in dieser Diskussion und bei der Bewältigung der europäischen Einigung überwiegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Große Anfrage ist damit erledigt.

Punkt 1 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

(Präsident Straub)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Die Kontrollaufgabe des Parlaments und die Auskunftsverweigerung des Wirtschaftsministers Dr. Döring vor dem Untersuchungsausschuss – beantragt von der Fraktion der SPD**

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir es im Zusammenhang mit der Aufklärung der Vorgänge um FlowTex mit einem in der Verfassungsgeschichte des Landes beispiellosen Vorgang zu tun haben.

Wir haben es damit zu tun, dass zunächst das Fragerecht der Fraktion der Grünen gegenüber Herrn Döring mit dem Hinweis auf den Untersuchungsausschuss unterbunden wurde. Anschließend machte Herr Minister Döring vor dem Untersuchungsausschuss von seinem Auskunftsverweigerungsrecht als Beschuldigter in einem Strafverfahren Gebrauch. Jetzt stehen wir vor der Situation, dass das Parlament von einem Mitglied der Landesregierung, bei dem der Anschein besteht, dass mit der Ausübung von Amtsgeschäften Vorteile einhergingen, keinerlei Rechenschaft einfordern kann.

Das ist ein beispielloser Vorgang in der Nachkriegsgeschichte des Landes. Ich will das so deutlich markieren: Es kann nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in einer Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger darauf vertrauen können müssen, dass die Amtsgeschäfte der Regierung nur nach sachgemäßem Ermessen ausgeübt werden, das Parlament seine Kontrollaufgabe gegenüber dieser Regierung nicht mehr erfüllen kann. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir haben natürlich einmal nachgesehen. Es gibt zwei Beispiele für ähnliche Geschehnisse: Das eine betrifft Roland Koch, das andere Ronald Schill.

(Unruhe bei der FDP/DVP – Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP: Das ist eine Unverschämtheit!)

Aber in Baden-Württemberg hat es das bisher nicht gegeben.

In den letzten Wochen hatten wir allerdings eine heftige Kommunikation des Ministers mit der Öffentlichkeit – nicht mit dem Parlament. Wir haben insgesamt fünf Versionen. Die erste Version lautete: „Habe zu keinem Zeitpunkt über Umfrage gesprochen oder mit Dritten verhandelt.“ Das war nach dem Brief des Herrn Hunzinger. Wir hatten die zweite Version: „Mein Ministerium war Auftraggeber der Umfrage selber, aber der Minister habe mit niemandem telefoniert oder korrespondiert. Wer bezahlt habe, wisse er nicht. Die FDP habe mit der Umfrage nichts zu tun.“ Wir haben weiterhin die Version: „Das Ministerium war nicht der Auftraggeber der Umfrage. Bei den 10 000 DM für die Umfrage könne es sich um eine Parteispende gehandelt haben.“ Wir haben dann den Widerspruch der Landes-FDP: „Keine

Parteispende.“ Dann gibt es die Version: „Der Minister war doch mit der Umfrage befasst, habe sechs bis sieben Namen genannt – auch den von Frau Morlok –, die die 10 000 DM bezahlen könnten.“ Fünfte Version: „Ich war darüber informiert, dass Frau Morlok die 10 000 DM bezahlen wollte. Wer bezahlt hat, weiß ich aber nicht.“

Das ist die Kommunikation, die mit der Öffentlichkeit geführt wurde. Deswegen wollen wir nach diesen fünf Versionen heute von dem verantwortlichen Minister – der hier im Parlament allerdings nicht unter der Wahrheitspflicht steht – wissen

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Deswegen ist der Anwalt ja auch nicht dabei! – Abg. Hauk CDU: Wollen Sie etwas unterstellen? – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– das ist doch keine Unterstellung; das ist eine Feststellung –, präzise wissen: Welche Aktivitäten hat das verantwortliche Mitglied der Landesregierung zugunsten der Firma FlowWaste oder der Firma FlowTex in den zurückliegenden Jahren unternommen, und welche Vorteile hat er gegebenenfalls von diesen Unternehmen angeboten erhalten bzw. entgegengenommen? Wir wollen wissen, welchen Charakter die Beziehung zu Herrn Hunzinger gehabt hat. Das ist eine durchaus parteiübergreifende Frage. Wir wissen ja, dass Herr Hunzinger in seinem Rennstall schwarze, gelbe, rote und grüne Pferdchen hatte. Aber wir wollen das wissen.

(Abg. Wieser CDU: Interessant! Rote auch, Herr Kollege!)

– Ja natürlich. Was Sie nicht begreifen, ist: Es handelt sich hier nicht um den Fall klassischer Parteienauseinandersetzung, sondern um den Fall, dass in einer Demokratie, in der eh schon hohe Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger besteht, jederzeit Klarheit darüber bestehen muss, ob Amtsgeschäfte unbeeinflusst wahrgenommen werden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich weise Sie darauf hin, dass der Präsident der Bundesbank zurückgetreten ist oder zum Rücktritt gedrängt wurde, obwohl bei ihm nicht die Rede davon war, dass er irgendwelche Aktivitäten zugunsten derer, die ihn eingeladen haben, unternommen hätte. Er ist zurückgetreten. Darauf weise ich Sie hin.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist ein bisschen ein anderer Fall!)

Deswegen wollen wir erneut den Versuch machen, heute hier Klarheit zu erhalten: Für wen hat der Minister was getan? Von wem hat er Vorteile angeboten bekommen oder erhalten? Und wie waren seine Beziehungen zu Herrn Hunzinger?

Ich werde mich dann in der zweiten Runde gegebenenfalls mit den Antworten beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Titel der heutigen Aktuellen Debatte lautet: „Die Kontrollaufgabe des Parlaments und die Auskunftsverweigerung des Wirtschaftsministers Dr. Döring vor dem Untersuchungsausschuss“. Herr Maurer, auch in Ihrem Beitrag von eben vermitteln Sie den Eindruck, das Verhalten des Ministers wäre etwas Ehrenrühriges oder Rechtswidriges. Beides ist nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Selbst der Ausschussvorsitzende hat den Minister im Untersuchungsausschuss zunächst darüber belehrt, dass es ihm freistehe, Angaben zum Sachverhalt zu machen, und hinterher hat er genau das kritisiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: In öffentlicher Sitzung hat er es kritisiert!)

Herr Maurer, Sie bringen hier mit größter Besorgnis ein, dass diese Geschichte die Parteiverdrossenheit erhöhen könnte. Wissen Sie, die Art und Weise, wie Sie mit diesem Thema umgehen, erhöht die Parteiverdrossenheit.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Verehrter Herr Drexler, ich empfehle Ihnen – –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was ist denn eigentlich nach Ihrer Ansicht Aufgabe der Opposition?)

– Darauf komme ich zu sprechen, Herr Kretschmann. Die Kontrollrechte des Parlaments sind klar definiert und verfassungsrechtlich festgelegt. Zu der Frage, welche Fragerechte vor einem Plenum oder an anderer Stelle bestehen, haben wir gesetzliche und verfassungsrechtliche Bestimmungen. Da hat sich der Landtag sogar ein Untersuchungsausschussgesetz gegeben. In diesem Gesetz ist geregelt, wie ein Verfahren abzulaufen hat.

Wir als Kontrollorgan haben die Regierung zu kontrollieren. Das ist wahr und richtig.

(Abg. Drexler SPD: Also, dann machen Sie es doch!)

Artikel 34 der Landesverfassung sieht auch das Recht, Regierungsmitglieder herbeizuzitieren, vor. Daraus folgt auch die Pflicht, Rede und Antwort zu stehen, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Aber nicht auf Jahre hinaus!)

Die Landesverfassung sieht aber auch das Recht vor, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Wenn beides konkurriert, ist genau der Untersuchungsausschuss die zuständige Stelle, an der die Fragen gestellt werden müssen.

(Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Das findet seine Grenzen in den in der Verfassung garantierten Rechten eines Betroffenen.

Deshalb zeigt das, was Sie hier vorführen, ein merkwürdiges Verfassungsverständnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie wollen das Parlament ausschalten! Sie schalten das Parlament aus!)

– Herr Drexler, das Parlament wird gerade nicht ausgeschaltet, sondern das Parlament – –

(Abg. Drexler SPD: Das Parlament soll warten!)

– Nein, es arbeitet zum einen durch seinen von ihm selbst eingesetzten Untersuchungsausschuss.

(Abg. Drexler SPD: Und wenn der nicht weiterkommt?)

– Dazu will ich Ihnen etwas sagen. Sie sagen hier: „Nicht der Staatsanwalt, sondern der Landtag kontrolliert die Regierung.“ – Das ist so weit völlig richtig.

(Abg. Drexler SPD: Aber Sie machen es nicht!)

Aber auch Kontrollrechte haben natürlich ihre Grenzen in den Verfassungsrechten des Einzelnen, der Person des Ministers. Das ist der eine Teil.

(Abg. Drexler SPD: Für die Privatperson stimmt das! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber nur als Privatperson!)

– Lieber Herr Drexler, ich komme gleich auf Ihre Pressemitteilung. – Der zweite Teil ist, dass die Staatsanwaltschaft – und das ist eben die Ausnahme, die hier vorliegt – genau in dieser Sache tätig ist. Es gibt eine Stelle, die für Sachverhaltsaufklärung in dieser Frage zuständig ist, und das ist die Justiz in Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und die handelt derzeit.

(Abg. Drexler SPD: Nur für den strafrechtlichen Teil, aber nicht für den anderen!)

– Dazu will ich Ihnen sagen: Auch bei dem anderen Teil sind wir derzeit sehr wohl dabei, Sachverhalte aufzuklären.

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

Deshalb empfehlen wir, zunächst Sachverhalte zu ermitteln und diese erst hinterher zu bewerten, also nicht nach dem Motto zu verfahren, den Rücktritt des Ministers schon zu verlangen, bevor der Sachverhalt überhaupt überprüft bzw. aufgeklärt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wissen Sie, das ist doch eine durchsichtige Methode, immer nach dem Motto „Semper aliquid haeret“, „Es wird schon etwas hängen bleiben“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Pfister FDP/DVP: Genau so ist es!)

Das ist doch Ihr Ziel dabei. Sie wollen hier ein öffentliches Tribunal veranstalten.

(Abg. Drexler SPD: Nein, wir wollen wissen, wie es abgelaufen ist!)

(Dr. Reinhart)

Ich will Ihnen sagen: Wir haben Kontrollrechte, und die üben wir aus.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zum Untersuchungsausschuss: Der hat zwei Jahre lang eine sehr sachliche, gute und kooperative Arbeit geleistet. Aber der Untersuchungsausschuss hat die ganze Zeit nichts erbracht – außer Spesen nichts gewesen. Und Sie sind hungrig.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Nun haben Sie den Eindruck, bei einer derartigen Geschichte könnten Sie endlich

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nektar saugen!)

Honig daraus saugen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist doch der Punkt, der zeigt, dass im Untersuchungsausschuss im Grunde genommen bisher nicht viel dabei herausgekommen ist.

(Abg. Drexler SPD: Was wissen Sie eigentlich? – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat denn diesen Brief ins Gespräch gebracht?)

– Herr Drexler, man sollte sich zunächst mit dem Sachverhalt befassen.

(Abg. Drexler SPD: Immer!)

Sie sagen in Ihrer Pressemitteilung vom 26. April 2004, es mache schon stutzig, dass ausgerechnet Dörings Brief an Haider bei den Unterlagen des Untersuchungsausschusses FlowTex fehle. Das ist eine Suggestion. Jetzt will ich Ihnen sagen:

(Abg. Drexler SPD: Den gibt es wahrscheinlich gar nicht!)

Ich selbst habe Frau Morlok im Ausschuss dazu befragt.

(Abg. Oettinger CDU: Ui!)

Sie hat gesagt: 1997 gab es Kontakte, auch briefliche Kontakte, mit dem Wirtschaftsminister, der sich für viele Firmen, auch für ihre Firma FlowWaste, eingesetzt hat. Auf meine Nachfrage: „War das der Brief an Haider?“ antwortete sie wörtlich: „Ja, das war der Brief an Haider.“ – Wenn Sie mal nachschauen, dann stellen Sie fest, dass Haider erst im April 1999 zum Landeshauptmann gewählt wurde.

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört!)

Wenn Sie einmal sauber und mit aller Gelassenheit diese Dinge betrachten, dann will ich Ihnen sagen –

(Abg. Drexler SPD: Können Sie den Brief vorlesen?)

– Deshalb sage ich ja: Ich habe bisher im Untersuchungsausschuss gar keinen solchen Brief gesehen.

(Abg. Drexler SPD: Ich auch nicht!)

Wenn es aber gar keinen Brief gibt, dann sollten wir auch keine Vorverurteilungen in diesem Punkt aussprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die Frau sagt, es gibt gar keinen Brief!)

Das ist meine Bitte an Sie.

Insoweit, meine Damen und Herren, rate ich uns allen zu großer Gelassenheit.

(Abg. Drexler SPD: Ja, ja, wie immer! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich rate uns allen dazu, die Ermittlungen, auch die der Justiz, in Ruhe abzuwarten.

(Abg. Drexler SPD: Monatelang!)

Ich rate uns allen, uns auch nach Abschluss des Verfahrens – wir werden alle Zeugen bereits am nächsten Mittwoch vernehmen –

(Abg. Drexler SPD: Die sagen doch nichts!)

an die eigenen Gesetze zu halten. Wenn Herr Maurer die Demokratie anspricht, dann sage ich, dass zur Demokratie auch das Rechtsstaatsprinzip gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja, klar!)

Und zum Rechtsstaatsprinzip gehört eben auch das gleichrangige Recht auf Aussageverweigerung.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nur wenn man weiß, dass man etwas zu verbergen hat!)

Ich weiß nicht, was der Herr Minister jetzt antworten wird. Aber eines will ich Ihnen abschließend sagen: Wenn er hier Angaben macht, dann ist das ein freiwilliger Verzicht auf eigene Rechte, die auch ihm zustehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ach was!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine Vorbemerkung machen. Wer ein öffentliches Amt bekleidet, der muss größten Wert darauf legen, im Großen wie im Kleinen korrekt zu sein. Der muss auch versuchen, sich vor Missinterpretationen zu schützen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wem sagen Sie das jetzt?)

Ich kann Ihnen sagen, dass ich nach 25 Jahren Oberbürgermeisterzeit auch weiß, wie schnell man selbst bei gut gemeinten Dingen ins Gerede kommen kann. Das ist die eine Seite.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Die andere Seite ist, dass die Unschuldsvermutung ein rechtsstaatlicher Grundsatz ist, wie wir alle wissen. Sie ist sogar ein wichtiger verfassungsmäßiger Grundsatz. Diese Unschuldsvermutung ist völlig unbestritten, sie ist rechtlich klar. Dass sie in der Praxis häufig anders gehandhabt wird,

(Hofer)

ist genauso klar. In der Öffentlichkeit wird diese Unschuldsumutung nicht so behandelt, wie sie eigentlich rechtlich zu behandeln wäre. Das sind Punkte, bei denen ich sogar noch sage: Daran muss sich ein Politiker in Gottes Namen auch gewöhnen. Das ist nun einmal so. Das ist leider so, aber es ist nun einmal so.

Woran man sich aber nicht gewöhnen muss, Herr Maurer, ist die Art und Weise der Verdächtigungen und Heruntermachungen, die Sie in jeder Sitzungspause permanent unter die Leute streuen. Daran muss man sich nicht gewöhnen. Ich sage das so freimütig als einer, für den im Leben politische Betätigung zwar sehr wichtig ist, in dessen Leben aber noch manches andere vor der politischen Betätigung kommt. Gegen diese Verdächtigungen muss man sich wehren. Schon das, was Sie einleitend gesagt haben, war meines Erachtens entlarvend. Da wird beiläufig, völlig unabsichtlich natürlich, einmal der Name Ronald Schill gestreut. Da wird von „sizilianischen Verhältnissen“ – das habe ich auch schon einmal gehört – gesprochen. Auf gut Schwäbisch bezeichnet man das als ein „saudummes Geschwätz“, um das einmal so zu sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Göschel und Carla Bregenzer SPD)

Dabei darf man sich ab und zu auch wundern, dass dafür immer wieder in der Öffentlichkeit Plattformen geboten werden.

Eine dritte Vorbemerkung – das habe ich auch in öffentlicher Sitzung im Untersuchungsausschuss gesagt –: Ich persönlich tue mich schwer damit – das hat Herr Reinhart angeschnitten; ich wiederhole es –, einen Zeugen Dr. Döring erst einmal in aller Ausführlichkeit auf sein verfassungsmäßiges Recht hinzuweisen und dann im gleichen Atemzug, wenn er dieses Recht auch nur teilweise und/oder zunächst wahrnimmt, von einem „beispiellosen skandalösen Verhalten“ zu sprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Blenke CDU: Und das als Vorsitzender des Ausschusses!)

Damit, muss ich sagen, tue ich mich schwer. Ich stelle fest, dass der Vorsitzende dieses Untersuchungsausschusses sich damit überhaupt nicht schwer getan hat. Das halte ich für erstaunlich und befremdlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – Bravo!)

Zum Ermittlungsverfahren: Sie von der Opposition haben darauf gedrungen, dass ganz schnell ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren her muss, unbedingt, schnell, ohne schuldhaftes Zögern und vor allem ohne Ansehen der Person. Damit haben Sie Recht. Das gestehe ich Ihnen zu: ohne Ansehen der Person. Ich stelle fest, dass Sie – kaum, dass das nun eingeleitet worden ist – jegliches Interesse an diesem staatsanwaltschaftlichen Verfahren verloren haben.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Die Wirkung an sich – sie ist da – genügt Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Alle Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, bedeuten nichts. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, und das sollte man auch einmal anmerken.

(Abg. Kiefl CDU: Sehr gut!)

Im Übrigen stelle ich auch fest, wie unscharf da formuliert wird. Aber es ist ja auch Absicht, da solche Unschärfen hineinzubringen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das ist immer das Gleiche!)

Da wird gesagt: „Der Minister bricht sein Schweigen, vielleicht heute.“ Er hat aber als Einziger aller jemals als Zeugen – und es gab viele – im Untersuchungsausschuss Vernommenen, bei denen es ein Ermittlungsverfahren gab, zum Inhalt und zum Gegenstand dieser Ermittlungen eine Stellungnahme abgegeben. Als Einziger!

Das Einzige, was er nicht gemacht hat –

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das war sehr umfangreich. Ich nehme an, er wird es heute in gleicher Weise wieder tun

(Zuruf von der SPD)

und all das, was an zusätzlichen Dingen kam, auch mit aufnehmen. Er hat allerdings zunächst einmal – dazu haben ihm nicht nur sein Anwalt, sondern auch andere geraten – gesagt, er stelle das Rede- und Antwortspiel vor diesem Ausschuss zurück, um zu sammeln, was vorgeworfen wird. Dies war auch zu seinem Schutz; denn jede falsche und nuancierte Aussage wird ja sofort als Kehrtwendung interpretiert. Ich werde nachher in der zweiten Runde darlegen, dass dies durchaus ein geradliniger Gang ist.

(Zurufe von der SPD)

Man muss sich doch erst einmal darüber informieren, was einem vorgeworfen wird, um sinnvoll Auskünfte geben zu können. Jetzt werden darüber Krokodilstränen vergossen, dass der Minister dem Ausschuss nicht mehr zur Verfügung stünde.

(Zurufe von der SPD)

Natürlich wird er dem Ausschuss zur Verfügung stehen – der Minister wird erst einmal hören, was gefragt wird –, wahrscheinlich schneller, als wir denken, und das ist richtig.

Das Einzige, was Ihnen in diesem Ausschuss entgangen ist, ist der so genannte Vorführeffekt. Ich kann sagen, dass dieser Ausschuss – da stimme ich zu – gute Arbeit geleistet hat. Ich unterstelle jedem Mitglied dieses Ausschusses, dass es die Wahrheit sucht. Wer aber wollte bestreiten, dass dieser Ausschuss auch ein Gemälde parteipolitischer Leidenschaften darstellt?

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

(Hofer)

Ich kann Ihnen nur sagen – damit möchte ich in der ersten Runde aufhören –, dass dies auch verständlich ist; denn für den einen oder anderen in diesem Gremium lohnt sich politische Zurückhaltung nicht. Und Fehlanzeigen sind bekanntlich keine guten Meldungen, jedenfalls nicht interessant. Das haben wir in diesem Ausschuss erlebt.

Ich werde nachher sagen, dass ich es zumindest zu diesem Zeitpunkt unanständig finde – ich mache es ganz formal, so wie Sie, Herr Maurer –, zu fragen, von wem Dr. Döring Vorteile bekommen habe. Genau das unterstellen Sie. Das ist genau so, wie wenn ich Sie fragen würde, wann Sie Ihre Schwiegermutter umgebracht haben. Damit habe ich schon einmal unterstellt, dass Sie sie umgebracht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Diese perfide Art ist nicht in Ordnung. Man sollte Sie länger reden lassen, damit entlarven Sie sich selbst.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erhält Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Rede des Kollegen Reinhart konnte man den Eindruck gewinnen, als ginge es hier um einen 08/15-Zeugen und nicht um einen Zeugen, der in diesem Land Minister ist und politische Verantwortung zu tragen hat.

(Zuruf von der FDP/DVP)

Herr Kollege Hofer, es sind nicht die SPD und die Grünen, die hier Unschärfen hereinbringen, sondern diese Debatte findet heute einzig und allein deswegen statt, weil Ihr Minister Döring in dieses ganze Thema Unschärfen gebracht hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Minister Döring hat nämlich gegenüber Öffentlichkeit und Parlament in zweierlei Hinsicht die Unwahrheit gesagt: zum einen in Bezug auf die Sachfragen – also wer die Infas-Umfrage tatsächlich bezahlt hat –, zum anderen in Bezug auf die Verfahrensfrage, wie er gedenkt, dem Parlament als Kontrollorgan der Regierung Rede und Antwort zu stehen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich nenne ganz kurz die wichtigsten Vorgänge. Es gab den Briefwechsel mit Herrn Hunzinger und eine erste Stellungnahme vor Journalisten, in der Herr Minister Döring behauptet hat, die 10 000-DM-Umfrage von FlowWaste habe nichts mit der 30 000-DM-Umfrage von Herrn Hunzinger zu tun, nach der die gelbe Wirtschaftspolitik über den schwarz-gelben Klo gelebt, Klee gelobt wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

Das war jetzt ein Freud'scher Versprecher.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Er sagte, er erinnere sich zwar an irgendwelche Fragen, er wisse aber nichts mehr vom Zustandekommen und über die Hintergründe der Umfrage. Erst nachdem seine Büroleiterin, Frau Haussmann, durch eine Aussage bei der Polizei seine Erinnerung wieder ein bisschen aufgefrischt hat, merkt er plötzlich doch, dass er irgendetwas mit den 10 000 DM zu tun hatte und dass er selbst sogar Frau Morlok als potenzielle Spenderin genannt hatte.

Am 25. März behauptete er noch vor der Presse: „Ich bin in keiner Weise mit der Durchführung oder Bezahlung der Umfrage befasst gewesen.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stimmt doch!)

Heute wissen wir doch: Im Beisein von Minister Döring ist im Wirtschaftsministerium über die Finanzierung dieser 10 000 DM gesprochen worden. In Absprache mit Herrn Minister Döring ist über die Möglichkeit einer Finanzierung durch eine Parteispende gesprochen worden. Und: Minister Döring hat die Schmider-Vertraute Morlok ins Gespräch gebracht. Meine Damen und Herren, was ist denn hier „in keiner Weise befasst“? Herr Minister, Sie sind unglaublich!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Was uns maßlos ärgert – Sachaufklärung war hier ja auch schon ein Thema –: Da wird aus Dr. Döring plötzlich „Dr. Salamtaktik“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir kennen das ja: Herr Schmider hat das genauso gemacht.

(Abg. Wieser CDU: Das Niveau sollten wir halten, Frau Kollegin! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein unglaublicher Satz! – Weitere Zurufe, u. a.: Pfui! – Abg. Fleischer CDU: Das war ein bisschen klo-artig!)

Herr Schmider hat auch immer nur das zugegeben, was man ihm nachweisen konnte. Ja, meine Damen und Herren, ein Krimineller kann sich das vielleicht leisten, aber nicht ein Minister dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, mit diesem Zickzackkurs und mit diesen taktischen Spielchen brüskiert der Wirtschaftsminister das Parlament in einer Art und Weise, wie es bisher ohne Beispiel ist. Meine Mündlichen Anfragen werden nicht zugelassen, weil der Untersuchungsausschuss hier im Haus streng als Exklusivorgan betrachtet wird.

(Abg. Oettinger CDU: Völlig zu Recht! – Zurufe der Abg. Hauk CDU und Hofer FDP/DVP)

Natürlich ist es richtig – Herr Reinhart hat es ja auch schon gesagt –, Herrn Döring im Untersuchungsausschuss als Zeugen zu befragen. Natürlich ist der Untersuchungsausschuss der richtige Ort, weil wir dort auch nachfragen können. Herr Minister Döring lässt sich aber nicht befragen

(Heike Dederer)

und gibt nur einseitig eine Erklärung ab. Stattdessen will er heute nicht kneifen,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

in einer Debatte, in der wir als Abgeordnete nur eine begrenzte Redezeit haben und Detailfragen nicht stellen können. Wie soll ich denn da meiner in der Verfassung verbürgten Kontrollfunktion als Abgeordnete nachkommen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Im nächsten Ausschuss können Sie wieder fragen! – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Selbstverständlich kann Herr Minister Döring von seinem verfassungsmäßigen Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch machen. Aber es ist doch keine Frage:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das können Sie im nächsten Ausschuss machen!)

Wenn er damit seiner Rechenschaftspflicht als Minister gegenüber dem Parlament nicht nachkommt, kann er eben kein Minister mehr sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Es ist mir auch ein Rätsel, dass die Abgeordneten von FDP/DVP und CDU ihrer Kontrollfunktion nicht nachkommen.

(Abg. Fleischer CDU: Eine Frechheit! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Gerade Sie müssten auf Rechenschaft bestehen, denn es ist schließlich Ihr Minister. Aber vielleicht unterbleibt das auch mangels personeller Alternativen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Witzle gemacht! – Abg. Fleischer CDU: Das war der Gipfel des Niveaus! Wieder Kloniveau! – Zuruf des Abg. Wieser CDU – Unruhe)

Meine Damen und Herren, letztendlich schaden Sie durch Ihr Verhalten – auch Sie, Herr Ministerpräsident – der Regierung. Das könnte mir als Vertreterin der Opposition egal sein.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Aber Sie schaden durch diesen Vorgang auch dem gesamten Parlament, und das ist unerträglich.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, das ist unerträglich!)

Meine Damen und Herren, wenn es das Staatsverständnis von CDU und FDP/DVP ist, dass man gegen einen Minister nur ein Ermittlungsverfahren einzuleiten braucht und das Parlament damit schon kaltgestellt ist, dann ist es hier mit der politischen Kultur und auch mit dem politischen Anstand nicht mehr weit her.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch Quatsch! – Abg. Wieser CDU: Unglaublich! – Abg. Fleischer CDU: Haben Sie einmal Gemeinschaftskunde gehabt? – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– Verehrter Kollege Fleischer, im Gegensatz zu Ihnen kenne ich die Landesverfassung und meine Rechte.

(Abg. Fleischer CDU: Dann benützen Sie sie auch! – Zurufe der Abg. Dr. Reinhart und Wieser CDU)

Dieser Vorgang ist nämlich das Aus für die politische Gewaltenteilung, die seit Montesquieu zum Selbstverständnis unseres Staates gehört. Wir werden es nicht hinnehmen, dass diese Regierung unsere parlamentarischen Rechte mit Füßen tritt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Fischer SPD zu Abg. Drexler SPD: Guck mal, was der Akten bringt! Einen ganzen Haufen!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei den Fraktionsvorsitzenden Oettinger und Pfister und den Rednern Wolfgang Reinhart und Jürgen Hofer für ihre Unterstützung in den vergangenen Wochen. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei der SPD für die Beantragung dieser Debatte. Es ist für mich wichtig und auch wertvoll, dass ich – ganz selbstverständlich – vor dem Parlament Auskunft erteilen und mich gegen eine ganze Reihe von unerträglichen Vorwürfen, die in den vergangenen Wochen erhoben worden sind und gegen die ich mich bis auf den heutigen Tag nicht rechtfertigen konnte, wehren kann.

Frau Dederer, die Parallele zu Schmider ist ungeheuerlich. Sie ist ungeheuerlich!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Frau Dederer, diese erbärmliche Scheinheiligkeit von Ihnen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

hier hinzustehen, von politischer Kultur zu sprechen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl!)

und mich in die Nähe eines Milliardenbetrügers zu stellen, ist eine unglaubliche Unverschämtheit, Frau Dederer. Eine unglaubliche Unverschämtheit!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Vielleicht lässt sich in diesem Zusammenhang auch einmal ein bisschen über die Dimensionen sprechen.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das wäre gut! –  
Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Da ist der verurteilte – im Übrigen, freundliche Grüße: verurteilte – Milliardenbetrüger, und da ist eine 5 100-€-Frage. Und da stellen Sie Parallelen her. Sie stellen das auf eine Stufe. Das zeigt, dass Sie an Aufklärung überhaupt nicht interessiert sind. Sie sind an Aufklärung überhaupt nicht interessiert!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Zurufe von der FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie doch auch nicht!)

Sie sind ausschließlich an Verurteilung

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ich bemühe mich seit Wochen um Aufklärung, und Sie beantworten meine Fragen nicht!)

und schlimmstenfalls, Frau Dederer, sogar nur an Vorverurteilung interessiert.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie beantworten meine Fragen nicht!)

– Nein, das sind keine Ablenkungsmanöver. Wissen Sie,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben meine Fragen nicht beantwortet!)

Frau Dederer, Sie können nicht – genauso wenig wie Herr Maurer – hergehen und sagen:

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

„Jetzt soll der mal endlich hier Stellung nehmen.“ Jetzt habe ich drei Sätze gesagt und mich gegen einen ungeheuerlichen Vorwurf gewehrt, und jetzt plärren Sie schon wieder heraus: „Der beantwortet meine Fragen gar nicht.“

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist denn das für eine niveaulose Diskussion?)

Jetzt müssen Sie sich schon ein bisschen die Zeit nehmen und mir die Zeit für eine Erklärung einräumen, die Sie seit Wochen von mir fordern.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Die haben Sie ja unbegrenzt genutzt!)

Ich will aber noch zu Ihrem Aufklärungsimpetus, auch dem von Herrn Maurer – endlich Aufklärung, politische Kultur, Parlament – sagen: Sie haben doch schon Rücktrittsforderungen erhoben, bevor der Untersuchungsausschuss überhaupt getagt hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Nein!)

Da sind doch schon die Rücktrittsforderungen von Ihnen gekommen.

(Abg. Fischer SPD: Nein! Sie sollten das Amt ruhen lassen!)

So viel zu Ihrem Rechtsstaatsverständnis. So viel zu dem Thema Unschuldsvermutung.

(Zurufe)

– Nein, das ist kein Quatsch. Das können Sie nachlesen.

Die da oben haben auch eine Menge geschrieben. Darauf komme ich nachher auch noch.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der SPD – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer und Abg. Drexler SPD: Alle sind schuld!)

– Alles in Beantwortung dessen, was Sie gerne wissen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Herr Drexler, entweder wollen Sie heute Auskunft, oder Sie wollen keine.

(Abg. Drexler SPD: Doch, ich will!)

Ich meine, heute gibt es Auskunft. Gut.

Herr Maurer hat ja präzise gefragt

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– wie immer unendlich fair und offen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrter Herr Kollege Maurer: Ich fühle mich an jeder Stelle der Wahrheit verpflichtet.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Den Hinweis hätte es nicht gebraucht. Ich mache keinen Unterschied zwischen Aussagen im Parlament oder im Untersuchungsausschuss oder an einer anderen Stelle.

Ich fange mit der Frage an: „Welche Vorteile hat er angenommen?“ Ich sage Ihnen: Ich habe mir keine Anzüge bezahlen lassen. Ich habe auch keinen Privatkredit angenommen. Ich habe mir auch nicht anlässlich einer Silvesterfeier die Rechnung für vier Tage Hotelaufenthalt begleichen lassen. Ich habe nichts von all dem getan. Ich finde es wiederum bezeichnend,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

dass Sie fragen: „Was hat er eigentlich angenommen?“

(Abg. Göschel SPD: Jetzt erzählt er erst einmal, was er nicht gemacht hat!)

Wissen Sie: Seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, steht fest, dass ich von all dem, was mir FlowWaste angeboten hat, nichts, aber auch gar nichts angenommen habe. Nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich habe Ihnen das im Untersuchungsausschuss gesagt, und es ist mehrfach bestätigt worden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Aber Sie schieben es immer wieder, immer wieder nach.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Ich habe mir keine Urlaubsreisen zahlen lassen. Das wissen Sie – es wurde mehrfach bestätigt –, aber es wird trotzdem immer damit operiert, obwohl das mehrfach bestätigt wurde.

Ich habe nicht irgendwelche Flüge von Ettlingen nach München angenommen. Auch das wurde mehrfach bestätigt. Es wird trotzdem immer wieder geschoben: „Der wird doch da irgendwas angenommen haben.“

Ich habe mir nicht irgendein Catering ins Krankenhaus kommen lassen. Nichts! Ich habe diese ganzen privat angebotenen Dinge zu keiner Zeit – zu keiner Zeit! – angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die Rede auf „FlowTex, Wirtschaftsministerium, Vorzugsbehandlung, besonderer Einsatz“ kommt, dann lese ich Ihnen einmal zum Stichwort FlowTex-Unterstützung vor – Söllingen, Baden-Airpark –, was mir der damalige Chef des Baden-Airparks – das war wohl im Jahr 1997; jawohl, am 12. März 1997 – mitgeteilt hat: Er äußert erheblichen Unmut über Schikaniererei, Bürokratismus, Misstrauen des Landes durch das Wirtschaftsministerium. Er schreibt, er habe die Gesellschafter über die Ergebnisse seines Gesprächs mit Herrn Minister Dr. Döring informiert, was bei dreien dieser Gesellschafter – Schmider dabei – helle Empörung ausgelöst habe. Sieht so Vorzugsbehandlung und Unterstützung aus, wenn die, die unterstützt werden wollen, helle Empörung äußern, dass sie sich überhaupt nicht oder zumindest unzureichend unterstützt fühlen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich lege allergrößten Wert darauf: Es gab von mir gegenüber FlowTex an keiner Stelle – an nicht einer einzigen Stelle! – irgendeine Sonder- oder Vorzugsbehandlung. Wir haben äußerst korrekt gehandelt. Wir haben so korrekt gearbeitet, dass ich mich mit Vorwürfen überziehen lassen musste, dass ich eben nicht in irgendeiner Weise entgegenkommend, sondern dass ich nach bürokratischen Vorschriften und nach Recht und Gesetz – wie allen anderen gegenüber auch – gehandelt hätte.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kommen wir zu etwas anderem: Ich sage etwas zu den Damen und Herren da oben. Das wurde natürlich von Ihnen blindwütig übernommen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich lese da einen Zeitungsartikel:

*Wirtschaftsminister Walter Döring hat sich beim österreichischen Landeshauptmann Jörg Haider für ein Bauprojekt der Firma FlowWaste in Kärnten eingesetzt.*

Das ist der eine.

Der andere „Held“, der nicht ruhig schlafen kann, wenn er nicht morgens einen vor der Flinte hat:

(Vereinzelt Heiterkeit)

*Also schrieb der Wirtschaftsminister Briefe. Mindestens einer ging an den FPÖ-Politiker Jörg Haider, in den FlowWaste große Hoffnungen setzte . . .*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigen Sie mir diesen Brief von mir an Haider!

(Unruhe)

Zeigen Sie ihn! Auch die von den Medien: Zeigen Sie diesen Brief! Zeigen Sie diesen Brief, von dem Sie, Herr Drexler, gesagt haben: „dieser belastende Brief an Haider“.

(Abg. Drexler SPD: Wollen wir sehen!)

Wo ist der belastend? Es gibt ihn nicht! Das ist die Tatsache!

(Abg. Drexler SPD: Die Zeugenaussage sagt das!)

Es gibt ihn nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Wir gehen sieben Jahre zurück, durchwühlen sämtliche Registraturen im Keller. Es gibt im Wirtschaftsministerium keinen Brief in diesem Zusammenhang. Wir rufen bei dem Büro Haider an – klasse, da anzurufen und zu sagen: „Können Sie mal einen Brief von mir suchen!“ –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

die jagen durch den Keller und bestätigen uns an unterschiedlichen Stellen, dass sie den Brief nicht finden können.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Aber es geht über Wochen durch die Zeitung, bundesweit!

(Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie aber schon früher sagen können!)

– Nein, konnte ich eben nicht! Das ist doch Unfug. Das ist doch erst vor wenigen Tagen aufgetaucht. Das auch zu dem Thema: Der gibt scheinbar irgendwie etwas zu.

Da kommen Vorwürfe! Ich konnte ja gar nicht ahnen, dass Sie Briefe gegen mich ins Feld führen, die es gar nicht gibt!

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und der FDP/  
DVP – Zuruf: Salamitaktik!)

Das erfordert hellseherische Fähigkeiten, über die ich nicht verfüge. So einfach ist das!

Deswegen sage ich: Nach unserem Kenntnisstand, nach bestem Wissen und Gewissen gibt es diesen Brief an Haider nicht. Wenn ihn einer hat,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der soll ihn zeigen!)

(Minister Dr. Döring)

der damit ständig gegen mich operiert und mich in irgendeine Nähe schiebt, dann muss er ihn herzeigen! Der muss ihn herzeigen!

Heute Morgen noch ruft einer von denen, die da herumgeschrieben haben, den Brief gäbe es, bei uns in der Landesgeschäftsstelle an und sagt: „Können Sie nicht mal den Haider-Brief g'schwind hergeben?“

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Das nenne ich saubere Arbeit, saubere Pressearbeit! Gute Recherche! Donnerwetter!

Nächster Punkt: Ich will Ihnen gern etwas zu diesem Brief an Haider sagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE und Abg. Carla Bregenzer SPD: Den es gar nicht gibt!)

– Herr Kretschmann, darf ich? – Es gab einen Brief – – Ich komme noch zu dem Brief. Nein, ich fange mit dem Brief an, weil Sie auch gesagt haben: Der Döring setzt sich gegenüber dem Ministerpräsidenten und gegenüber Herrn Kinkel für FlowWaste ein. Unbestritten! Ich habe dem Ministerpräsidenten auf Wunsch eines Unternehmens in Baden-Württemberg geschrieben, von dem vor sieben Jahren niemand „igittigitt“ gesagt hat. Im Gegenteil, Sie haben sich der Reihe nach „rangeschmissen“. Ich nicht.

(Abg. Drexler SPD: Wer? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wer hat sich „rangeschmissen“?)

Ich habe geschrieben: „Kann man doch unterstützen.“ Dann bekomme ich vom Ministerpräsidenten bzw. vom Staatsministerium die Auskunft, dass es da einen Mitbewerber aus dem Land gebe. Was mache ich, nachdem ich aus dem Staatsministerium die Auskunft, dass es einen Mitbewerber gebe, erhalten habe? Ich schreibe Frau Morlok: „Frau Morlok, es tut mir Leid, es gibt einen Mitbewerber aus dem Land. Ich kann da nichts für Sie machen.“

(Abg. Hofer FDP/DVP: Okay!)

Ja, wo besteht denn jetzt ein Gegensatz zwischen dem Ministerpräsidenten und mir? Ich setze mich – wie für viele Hundert andere Firmen aus dem Land auch – ein und frage, ob man da etwas machen könne. Ich bekomme eine wohl begründete Aussage, dass man nichts machen könne, weil es einen Mitbewerber aus dem Land gebe. Ich schreibe dem, der von mir Unterstützung haben will, dass es einen Mitbewerber aus dem Land gebe und wir deswegen nichts machen könnten. Da schreien Sie: „Skandal!“

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Machen Sie das jedes Mal? Schreiben Sie jedes Mal? – Zurufe von der CDU)

– Ja.

Ich zitiere Ihnen, verehrte Frau Haußmann – – Ich lese Ihnen nachher ein paar Briefe Ihrer SPD-Kollegen vor.

(Zurufe von der SPD)

Dann ist da der Brief an Herrn Kinkel. Dazu heißt es dann: „Setzt sich sogar bei Kinkel ein.“ Zeitungsmeldung: „Kinkel weist Döring zurück“. Bumm!

In dem Brief an Herrn Kinkel, abgesandt am 26. Mai, wohl 1997, steht: „Mir geht es nur um einen fairen Wettbewerb, der nach den in dem Schreiben vorliegenden Informationen hier nicht gewährleistet erscheint. Können Sie helfen? Mit freundlichen Grüßen.“

Reaktion: „Skandal!“, „Rücktritt!“ – Was ist eigentlich los? Schauen Sie sich einmal an – –

(Abg. Hofer FDP/DVP zur Opposition: Wo leben Sie denn? – Abg. Drexler SPD: Das war doch nicht der Punkt! – Gegenrufe der Abg. Hofer und Pfister FDP/DVP)

– Doch, doch, doch. Es geht doch darum, Ihre Frage ist doch darauf gerichtet: Hat der irgendwo eine Vorzugsbehandlung gewährt?

Jetzt sage ich Ihnen ein Weiteres dazu: Kärnten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat die Umfrage bezahlt?)

– Ich komme zu allem, keine Sorge. – Es kommt die Frage nach Kärnten. Aufgrund der Auskünfte aus dem Staatsministerium und aus dem Außenministerium habe ich wiederum Frau Morlok geschrieben und gesagt: „Da geht nichts.“ Sie schreibt mir, sie sei aber sehr enttäuscht, sie habe sich Mittelstandsförderung anders vorgestellt. So viel wiederum zum Stichwort Sonderbehandlung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Ein paar Wochen später hat sie geschrieben und gefragt, ob ich ihr freundlicherweise bestätigen könnte, dass FlowWaste zu den 20 wichtigsten Firmen in Baden-Württemberg gehöre. Sie wollte also eine Art Empfehlungsschreiben an sie – nicht an Haider –, mit dem sie dann irgendwo herumgehen könne. Wir haben das bei mir im Haus geprüft. Wir haben nicht geschrieben, dass die Firma zu den 20 größten Unternehmen im Land gehöre. Wir haben den Wunsch nach diesem Brief nicht so erfüllt, wie es gewünscht war. Wiederum: Sonderbehandlung?

(Zuruf von der SPD: Wie denn?)

Wenn sich der Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg – wer auch immer, einer meiner Vorgänger oder ich – an einen ausländischen Regierungschef oder ein Regierungsmitglied wendet, meine Damen und Herren, gehört es zu seiner selbstverständlichen Pflicht, sich weltweit für die Unternehmen des Landes Baden-Württemberg einzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das bestreitet niemand!)

Und genau dies geschieht. Ob das im Iran, in Israel, in China, in Kuba oder wo auch immer ist: Dazu liegen sackweise die Briefe vor, weil es doch unsere Aufgabe ist, in diesem Zusammenhang tätig zu werden. Deswegen verstehe ich

(Minister Dr. Döring)

überhaupt nicht, wie man aus diesen wenigen Kontakten irgendeine Sonderbehandlung zimmern kann.

Auf die erste Frage nach meiner Rückkehr aus Brüssel hat nie jemand etwas bestritten – ich überhaupt nicht. Da sind Sie gleich aus dem Ausschuss herübergesprungen und haben gesagt, im Ausschuss sei gerade von einer Umfrage die Rede gewesen: „Wissen Sie davon?“ Ich habe gesagt: „Ja, davon weiß ich.“ Das habe ich nie in Abrede gestellt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Es gab im Jahr 1999, im Mai, ein Gespräch mit Hunzinger. Das ist meiner Meinung nach auch nicht verboten. Mit dem Hunzinger saßen wir zusammen und haben gesagt: „Was macht man eigentlich so? Was machen Sie eigentlich so, wenn Sie –“

(Große Heiterkeit – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:  
Ein Gespräch unter Männern! – Abg. Drexler SPD:  
Das würde uns jetzt interessieren: Was hat der  
Hunzinger gesagt?)

– Ich sage es Ihnen ja gleich.

(Zuruf von der SPD: Gute Zeiten, schlechte Zeiten!)

Das Thema war da. Übrigens: Sie haben Kollegen, die da viel besser Auskunft geben können, die viel länger mit dem Kontakt hatten als ich. Das ist ja wohl unbestritten.

Auf die Frage „Was war da?“ sage ich Ihnen: Da hat man – das war 1998/1999, meine zwei Glanzjahre in der Vergangenheit – gesagt: Jetzt müssen wir mal schauen, dass man den ein wenig poliert. Was kann man da machen?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn man es selber nicht schafft!)

Dann hat er erzählt – Sie können eine halbe Regierung durchgehen, die sich da Rat holt. Niemand gibt so viele Gutachten in Auftrag wie ihr. Also da mal Ruhe!

Dann haben wir gefragt: Was geht da vor? Dann hat er erzählt: Also wir machen dieses und jenes.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was hat das mit der Umfrage zu tun?)

Übrigens, wenn wir mit Umfragen irgendwo unterwegs sind, dann hängen wir da auch für Ministerien oder für Minister Fragen an. Das war einer von verschiedenen Punkten, die da angesprochen worden sind.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

– Es hat doch nie jemand etwas anderes gesagt. Jetzt entdecken Sie schon wieder: „Aha!“

(Abg. Fleischer CDU: Schon wieder: „Aha“!)

Jetzt hören Sie den Namen Hunzinger, und dann plärren Sie schon wieder: „Skandal!“ Das ist abenteuerlich! So sind Sie an Aufklärung interessiert.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So geht es die ganze Zeit!)

Dass wir damals das Gespräch hatten, ist ja gar kein Thema. Das war 16:30 Uhr nachmittags, eine Stunde. Da war überhaupt nichts vereinbart worden, überhaupt nichts!

(Abg. Kretschmann GRÜNE: An was er sich gut und an was er sich schlecht erinnert!)

– Sie können mich nachher fragen, woran ich mich schlecht erinnere, wenn Sie irgendetwas nicht wissen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: An Uhrzeiten von Gesprächen! Das ist sehr beachtlich!)

– Da staunen Sie, gell? Ich staune manchmal auch.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Dann war eine Weile nichts. Dann gab es wohl einen Anruf, in dem es hieß: Wir sind da gerade unterwegs – nicht zu mir –; wollt ihr euch da anhängen? Ich lege größten Wert darauf, das auch noch einmal zu sagen: Ich habe weder mit Herrn Hunzinger noch mit infas über diese Umfrage gesprochen.

(Zurufe von der SPD)

– Nichts „mhm“! Ich habe weder mit Hunzinger noch mit infas über diese Umfrage gesprochen oder gesagt: die und die Fragen. Das habe ich nicht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ihr habt nur über das Wetter gesprochen!)

Es hieß am Anfang – das hat mir meine damalige Büroleiterin mitgeteilt –: „Das könnt ihr machen, wie es bisher üblich ist; das kostet nichts.“ Da freut sich der Schwabe und sagt: „In Ordnung.“

(Heiterkeit)

Dann hat man – das wissen Sie, und das hat niemand bisher jemals anders dargestellt – gesagt: Jetzt werden wir da ein paar Fragen zusammenstellen. Das hat der damalige Pressesprecher gemacht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch alles bestätigt!)

Das ist doch bisher alles völlig unstrittig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Dann kam wiederum meine damalige Büroleiterin, Frau Dr. Haussmann, und sagte: „Jetzt wollen die doch Geld.“

(Lachen bei der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD:  
Na so was!)

Da sag auch!

(Abg. Braun SPD: Was sind denn das für Geschäftspartner?)

Dann hat man gesagt: Da muss man schauen, wie das finanziert wird. Klar war sofort – das sagt Herr Bruns bis heute –, dass das aus dem Wirtschaftsministerium nicht bezahlt wird.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Jetzt – da gibt es gar nichts abzuziehen – stehen 10 000 DM im Raum. Da muss man schauen, wer es kann. Dann nenne ich fünf, sechs Namen. Das sind jetzt „italienische“ oder „sizilianische Verhältnisse“, wenn ich dann Namen nenne, bei denen man einmal anruft und fragt: „Seid ihr bereit, bei den 10 000 DM etwas zu machen, für Döring etwas zu machen?“ Was ist denn daran unanständig? Daran kann ich bis jetzt überhaupt nichts Unanständiges finden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, was ist daran unanständig?)

Wir müssen Spenden sammeln. Wir haben keine Gewerkschafter, die uns die Millionen aufs Konto legen, damit wir Wahlkampf machen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP  
– Zuruf von der SPD: Jetzt ist aber der Gipfel erreicht!)

Wir müssen laufen. Ich muss nach jeder Spende laufen. Das ist so.

(Abg. Göschel SPD: Wir auch!)

– Jetzt warte ab! – Dann hat man diese gefragt. Darunter war auch der Name Bettina Morlok.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum?)

– Was „warum“?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum war der Name dabei?)

– Wissen Sie, Herr Palmer, wenn ich eine Spende einwerben will, dann rufe ich Bekannte an.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nicht den Herrn Palmer!)

Ich kann mich ja nicht auf die Königstraße stellen und sagen: „Hast du mal einen Euro für mich?“

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen doch dann mit denen reden, bei denen wir davon ausgehen können, dass sie womöglich im liberalen Umfeld auch mit einer Unterstützung tätig sein wollen. Das ist doch das Normalste von der Welt!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch das Normalste von der Welt!)

Jetzt kommt der Punkt, an dem man mir einen Vorwurf machen kann – und den mache ich mir selbst am meisten –: Wiederum kam meine Büroleiterin, Frau Dr. Haussmann, und sagte: „Frau Morlok übernimmt das; Spende.“ Okay, erledigt. Jetzt könnte man mir den Vorwurf machen, dass ich nicht hinterhergelaufen bin und gefragt habe: Wann ist die Spende eingegangen? Ist sie ordnungsgemäß verbucht? Gibt es eine Spendenbescheinigung? – Eingeräumt.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Carla Bregenzer SPD)

Kann man mir vorwerfen, dass ich einer Spendenzusage, von der ich über Dritte höre, nicht hinterherlaufe und für die detaillierte, genaue Abwicklung Sorge?

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn ja, dann ist das der Punkt, an dem ich mir einen Vorwurf machen lassen muss. Ihre Zwischenfrage „Warum dort?“, Herr Palmer, zielt doch wieder in Richtung einer Sonderbehandlung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich! Immer das Gleiche!)

Bei den Spenden müssen Sie doch eines sehen – –

(Zurufe von der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Nein, wir reden doch jetzt nicht darüber. Lassen Sie mich das mit den Spenden sagen. Wissen Sie: Wenn Sie das so sehen, dann kann ich doch nie mehr irgendwo eine Spende einwerben oder annehmen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe von der SPD und des Abg. Walter GRÜNE – Gegenruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn heute eine Spende eingeworben wird, soll ich dann wissen, ob ich in den letzten acht Jahren irgendwann einmal etwas für diese Firma getan habe? Weiß ich etwa, ob ich von einer Firma, für die ich etwas tue, womöglich vor drei Jahren einmal eine Spende bekommen habe? Lassen Sie die Kirche doch im Dorf!

Schauen Sie sich den Betrag doch einmal an. Das muss mir einmal einer erklären: Was gäbe es denn bei 5 100 € – damals 10 000 DM – überhaupt für einen Grund, irgendetwas vertuschen zu wollen? Bis 20 000 DM musste nichts offen gelegt werden.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Es gibt doch gar keinen Grund, etwas vertuschen zu wollen. Das begreife ich bis heute nicht: Was macht man denn da für einen Vorwurf?

(Zurufe der Abg. Heike Dederer und Theresia Bauer GRÜNE)

Ich hätte an irgendeiner Vertuschung Interesse gehabt? Überhaupt nicht! Das sehen Sie doch jetzt auch im Ablauf. Wenn das – wie erhofft und wie von Frau Haussmann und mir auch angenommen – ordnungsgemäß abgelaufen wäre, würden wir uns heute überhaupt nicht darüber unterhalten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Also habe ich doch gar keinen Grund, etwas vertuschen zu wollen. Was soll das denn? Den Zusammenhang bekomme ich gar nicht hin.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wegen drei Briefen! Wegen drei Kontakten?

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind doch Wirtschaftsminister! War das eine Spende an das Wirtschaftsministerium?)

– Ja, ich bin der Wirtschaftsminister. Und ich bleibe es übrigens auch, zu Ihrer Information, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Minister Dr. Döring)

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Fortgesetzt wird ja irgendeine Sonderbehandlung unterstellt. Es gibt eine Firma – ich nenne den Namen nicht –, mit der es 60 Kontakte gibt. Bei FlowWaste gab es vier oder fünf Briefe. Ich nenne eine andere Firma – aus Westhausen –: 30 Kontakte. Es gibt weitere Firmen mit 25 oder über 30 Kontakten. Meine Damen und Herren, wer wegen vier oder fünf Briefen, harmlosen Briefen, meint, einem Minister einen Vorwurf machen zu müssen, der beweist doch nur, was der Unterschied ist zwischen dem Nichtstun auf Ihrer Seite und dem Einsatz für die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg. Das ist der Kern der Auseinandersetzung, um den es ganz offensichtlich geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Zusammenhang mit dieser Reise wird konstruiert – – Man muss sich das einmal vorstellen! Wenn Sie so mit Leuten umgehen, die an Wirtschaftsdelegationsreisen teilnehmen, schaden Sie der Wirtschaft ganz gewaltig, weil die Leute sagen: Darf ich denn überhaupt noch bei einer Wirtschaftsdelegationsreise mitfahren, wenn mir nachher dann ein Strick daraus gedreht wird?

In meiner Amtszeit haben bisher nahezu 600 Unternehmensvertreter an Wirtschaftsdelegationsreisen teilgenommen, auch Frau Morlok. Mehrere von diesen nahezu 600 Personen waren vier- oder fünfmal bei Reisen dabei. Wo ist denn da eine Vorzugsbehandlung für FlowWaste? Frau Morlok war bei der Ägyptenreise dabei – weil Sie es offensichtlich noch einmal hören wollen –, aber nicht herausgehoben in der Ministerdelegation, sondern in der ganz normalen Unternehmerdelegation, ebenso wie 18 andere. Sie hat bezahlt wie alle anderen auch. Worin liegt denn da die Vorzugsbehandlung?

Ich war bei einer Vertragsunterzeichnung dabei. Ich stelle mir vor, was für ein Bild es gewesen wäre, wenn die ägyptische Umweltministerin zu einer Vertragsunterzeichnung mit einem baden-württembergischen Unternehmen kommt, während sich der ebenfalls in Ägypten befindliche baden-württembergische Wirtschaftsminister im Hotel an den Swimmingpool legt und nicht zu dieser Vertragsunterzeichnung geht. Da hätte ich Sie einmal hören wollen! Es ist doch das Normalste der Welt, dabei anwesend zu sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist auch nicht das einzige Mal, dass ich bei einer solchen Vertragsunterzeichnung anwesend war. Wenn dies gewünscht wird, bin ich selbstverständlich dabei. Ich bin auch dabei, wenn ausländische Gäste zu baden-württembergischen Firmen kommen, und ich war auch bei dem besagten Frühstück, morgens um 9 in Karlsruhe, in Ettlingen.

Ich biete bei allen Messebesuchen und bei allen Unternehmensbesuchen ganz selbstverständlich an, meine Damen und Herren: „Wenn Sie meinen, dass es für die Exportaktivitäten in irgendeiner Weise förderlich ist, wenn ein Mitglied der Landesregierung dabei ist, wenn ausländische

Gäste empfangen werden, dann komme ich selbstverständlich.“ Es ist meine Pflicht und Aufgabe, dies anzubieten und auch tatsächlich zu machen. Wenn ich Messestände besucht habe, schreibe ich danach in der Regel – das macht nicht jeder, das kann ich mir schon vorstellen, das kann auch nicht jeder – einen freundlichen Brief und schreibe darin auch: Wenn Sie meinen, dass ich Ihnen in irgendeiner Weise behilflich sein kann, lassen Sie es mich wissen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch klar!)

Ich bin dann selbstverständlich behilflich. Das wird in den Medien als Beleg für eine Vorzugsbehandlung dargestellt und dafür, dass eine entsprechende Bezahlung hierfür geleistet worden sei. Abenteuerliche Konstruktionen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, und ich sage das wie auch im Untersuchungsausschuss: Ich habe in dieser Angelegenheit ein absolut reines Gewissen. Ich habe mir persönlich in dieser ganzen Angelegenheit nichts zuschulden kommen lassen. Ich weise die Vorwürfe zurück. Ich werde dies in aller Klarheit und Präzision weiter an den Stellen belegen, wo Sie es wollen und wo es die Staatsanwaltschaft haben will. Aber das, was in den letzten sechs Wochen abgelaufen ist, ist unerträglich. Meine sehr geehrten Damen und Herren, politische Kultur! Gegen das, was da war, ist jede Hetzjagd ein Sonntagnachmittagsspaziergang. Ich wünsche das niemandem.

Aber ich habe nur eine kleine Bitte. Dass einem Minister keinerlei Sonder- und Vorrechte eingeräumt werden, ist eine pure Selbstverständlichkeit, aber dass er dieselben Rechte wie jeder andere in der Bundesrepublik hat und diese ihm auch eingeräumt werden, das ist alles, was ich gern haben möchte.

Ich sage Ihnen auch: 16 Jahre Landtag von Baden-Württemberg, acht Jahre Vorsitzender der FDP/DVP-Fraktion, acht Jahre Mitglied einer der erfolgreichsten Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland führen auch dazu, dass man sich nicht wehren kann, wenn man so beschädigt wird. Aber Sie können mich nicht treffen, Sie können mich nicht brechen, und ich werde weitermachen.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Minister Döring, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Ich weiß jetzt von Ihnen, dass Sie erklären, von FlowTex keine Flüge und kein Catering angenommen zu haben, von Hunzinger kein Darlehen und keine Klamotten. Das war nicht meine Frage. Ich stelle das nur ganz schlicht und ohne Wertung in den Raum. Ich wollte von Ihnen nicht wissen, was Sie nicht angenommen haben.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt geht es schon wieder weiter! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt geht es wieder los!)

(Maurer)

– Nein, Fragen kann man beantworten, in diesem Fall mit einem ganz einfachen Satz. Ich hätte gern den ganz einfachen Satz des Herrn Ministers gehört: Ich habe im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Minister von keinem Unternehmen in Baden-Württemberg Vorteile angenommen, die mir angeboten oder nicht angeboten wurden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das hat er doch deutlich gesagt!)

– Nein, er hat gesagt, er habe kein Catering und keine Flüge angenommen, keine Klamotten und kein Darlehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch unglaublich!  
– Abg. Hofer FDP/DVP: So geht es nicht! So machen Sie es immer!)

– Er kann es doch erklären, Herr Kollege Pfister. Es ist doch blitzschnell erledigt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe doch auch zugehört!)

Er kann das hier erklären.

(Abg. Drexler SPD: Das kann er nicht!)

Damit ist das erledigt.

Ich erlebe seit Wochen, dass immer nur auf das reagiert wird, was irgendwo gerade in den Ermittlungsakten auftaucht. Ich will jetzt einmal eine freimütige Erklärung, dass nichts war, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen Satz, und den kann er hier erklären.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zweiter Punkt:

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

– Langsam. Es gibt ja auch Dinge, die schon klar sind.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So machen Sie es immer!)

– Herr Kollege Hofer,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So geht es immer mit Ihnen!)

an Ihre Adresse:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, gerne!)

Die Tatsache, dass das Treiben des Herrn Schmider über viele Jahre hinweg begleitet war von einem lokalen Beziehungsgeflecht und ermöglicht wurde durch ein beispielloses Versagen von Behörden des Landes, ist unstrittig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das bestreite ich nicht!)

Und das in dem Kontext kleinzureden ist ein Scherz, den Sie hier getrieben haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, nein! Es geht um den Brief!)

Ich will Ihnen nur sagen: Wer ist Herr Morlok? Wer ist Herr Eidenmüller? Wer ist die Nichte von Herrn Morlok? Ist das ein Beziehungsgeflecht,

(Abg. Drexler SPD: Alles FDP!)

oder ist das kein Beziehungsgeflecht, lieber Herr Kollege Hofer?

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Beate Fauser und Pfister FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Wir kommen auch noch dran!)

Und jetzt, Herr Minister Döring, in der Tat: Ich habe Sie nicht verglichen mit Herrn Schmider und seinen Milliarden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! – Abg. Blenke CDU: Nur den Anschein erweckt! – Abg. Hofer FDP/DVP: Nur mal den Namen fallen gelassen!)

Aber ganz schlicht: Die finanzielle Größenordnung dieser Umfrage liegt um ungefähr 2 500 DM über der finanziellen Größenordnung der Bewirtungskosten des Bundesbankpräsidenten – wenn Sie einen Vergleich haben wollen. Sie wollten ja einen Vergleich haben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, wo bleibt er denn?)

Diesen Vergleich liefere ich Ihnen jetzt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist aber ein schlechter Vergleich! – Zurufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Was will uns der Dichter damit sagen? – Abg. Hofer FDP/DVP: Wenn er seine Bewirtungskosten ordnungsgemäß bezahlt hat, ist es ja kein Problem!)

Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, zitiere ich den Herrn Ministerpräsidenten, dem ich vollumfänglich zustimme. Er hat in seiner Pressekonferenz geäußert, es gebe zwei legitime Möglichkeiten, eine Umfrage zu finanzieren. Wenn sie im Interesse des Landes sei, werde sie auch vom Land bezahlt. Wenn sie im Interesse einer Partei oder eines Politikers gemacht werde, sei dies Sache der Partei: „Das muss dann schon über die Partei laufen,“ bekräftigte der Premierminister.“

(Abg. Drexler SPD: Beides ist nicht passiert!)

Jetzt wollen wir uns doch einmal anschauen, was wir jetzt wieder gehört haben.

(Abg. Drexler SPD: Beides ist nicht passiert!)

Es gibt ein Treffen mit dem Herrn Hunzinger; der Herr Hunzinger stellt großzügig in Aussicht, dass eine große Umfrage gemacht werde, an der man sich beteiligen könne.

(Zurufe der Abg. Veronika Netzhammer CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Wir kennen ja die Fragen. Diese Fragen waren hochgradig parteipolitischer Natur.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Maurer)

Es waren klassische Fragen, wie man sie für die eigene Performance und die Performance der Partei stellt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das gibt Herr Hunzinger in Auftrag. Das lerne ich jetzt alles in diesem Kontext.

Dann fragt in einem Wirtschaftsministerium, nämlich im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg – das wissen wir jetzt von dem damaligen Chef der Pressestelle –, der Minister seinen Pressesprecher, ob eigentlich noch Geld im Etat der Pressestelle des Ministeriums sei, um diese Umfrage zu bezahlen. Das halten Sie für normal?

(Abg. Hofer FDP/DVP: So hat er es nicht gefragt!)

– Doch, die Aussage gibt es, werter Herr Kollege. Da waren Sie dabei.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Der Pressesprecher hat gesagt, er habe damals erklärt, er habe kein Geld mehr. Daran ist es gescheitert.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Dr. Reinhart CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ja!)

Daran ist das gescheitert. Das halten Sie für eine normale Gepflogenheit?

Und dann sagt ein Minister zu seiner persönlichen Mitarbeiterin: „Ruf doch mal die Frau Morlok an, ob die das bezahlen kann.“ Das halten Sie für normal? Ich will Ihnen einmal sagen, was ich für normal halte.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sechs, sieben Namen!)

Für normal halte ich Folgendes: Wenn eine Partei ihre Performance und die ihres Spitzenmannes vor einem Parteitag testen will – da wurde dies ja eingesetzt; darauf zielte es ja ab –, dann gibt die Partei einen Auftrag an ein Meinungsforschungsinstitut. Vielleicht finanziert sie das über Parteispenden; das ist dann in Ordnung. Aber man trifft sich nicht in einem Ministerbüro und klärt erst einmal, ob es der Pressesprecher aus seinem Etat bezahlen kann. Man lässt dann, wenn dies nicht der Fall ist, nicht jemanden anrufen, der diese Kontakte zu diesem Imperium hat. Dieser Kontaktperson hat man dann auch noch die Adresse von infas gesagt. Man hat nicht gesagt: „Mach uns eine Parteispende!“, sondern man hat gesagt: „Ruf mal bei denen an; die wollen Geld haben.“

Das halten Sie für normal? Ich will Ihnen sagen, was das ist. Das ist eine unglaubliche Verquickung von Aufgaben einer Partei mit den Aufgaben eines Ministeriums und seinen Zuständigkeiten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Das sehe ich nicht so! – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie das alles für normal halten – –

**Präsident Straub:** Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Maurer SPD:** Ich höre jetzt sowieso auf.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist gut!)

Wenn Sie das alles für normal halten, was kein Mensch für normal halten kann, dann beschweren Sie sich nicht darüber, dass man Ihnen Fragen über Ihr sonstiges Gebaren stellen muss. Beschweren Sie sich nicht darüber; denn Sie tun Dinge, die nicht normal sind.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Oh, ist das heuchlerisch!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Kollege Maurer, ich hätte mir in der Replik auf den Minister von Ihnen

(Abg. Hofer FDP/DVP: Mehr gewünscht!)

eine andere Stellungnahme gewünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

– Das will ich Ihnen sagen, Frau Haußmann: Ich unterstelle zugunsten des Kollegen Maurer, dass seine Stellungnahme weit unter seinen Fähigkeiten liegt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und Sie sind an der Obergrenze Ihrer Fähigkeiten!)

Ich will Ihnen das auch begründen. Sie zitieren hier aus dem Untersuchungsausschuss.

(Abg. Gaßmann SPD: Auch den Ministerpräsidenten!)

– Auch den Ministerpräsidenten. – Fangen wir einmal damit an. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie der Vollständigkeit halber etwas dazu sagen, wann eigentlich von wem die Subvention für den Baden-Airpark beschlossen wurde.

(Abg. Drexler SPD: Was hat das mit Infratest zu tun?)

Ich sage Ihnen das Datum: Es war der 18. April 1994.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Der Wirtschaftsminister hieß damals, wenn ich mich recht entsinne, Dr. Spöri.

(Abg. Fleischer CDU: Guter Mann! – Abg. Blenke CDU: Sehr gut! Welcher Partei gehörte der an?)

Selbst bei der Vernehmung des Herrn Dogmoch sind wir dieser Frage nachgegangen. Ich komme jetzt auch zum Thema infas, Herr Drexler, und zum Thema Hunzinger, weil das angesprochen wurde. Es ist richtig, es gibt eine Divergenz in den Angaben von Frau Haussmann und Herrn Bruns auf der einen und Herrn Hunzinger und Herrn Smid

(Dr. Reinhart)

auf der anderen Seite. Dem gehen wir nächsten Mittwoch weiter nach.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Aber eines will ich Ihnen sagen: Es ist nicht legitim, wenn man Herrn Hunzinger, der Herrn Özdemir beraten hat, der übrigens auch den jetzigen Außenminister, Herrn Fischer – so hat er es auf den Gängen verkündet –, berät oder beraten hat, der im Übrigen auch Herrn Scharping beraten hat –

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Ausgestattet hat!)

Bleiben wir jetzt einmal ganz nüchtern beim Thema. Wenn Herr Hunzinger – und so hat er es dargestellt – ebenso wie Herr Smid sagt: „Ich bin immer von der kostenlosen Anhänger-/Omnibusumfrage ausgegangen“,

(Abg. Drexler SPD: Das war doch keine Anhängerumfrage!)

dann wird zu klären sein, warum dann irgendjemand von infas – das wissen wir nicht – gesagt hat: „Wir wollen doch 10 000 DM.“ So weit, so richtig. Jetzt sage ich Ihnen aber einmal: Den Verdacht, den Vorwurf der Vorteilsannahme, der bisher immer mit dem Haider-Brief begründet wurde, sollten Sie heute hier zurücknehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist doch eine Frage der Staatsanwaltschaft!)

Das sollten Sie nach der Erklärung des Ministers tun. Sie sollten sich für diese Vorwürfe, die heute ins Leere zusammengebrochen sind, entschuldigen. Das wäre charaktervoll. Ich sage Ihnen auch, weshalb.

(Abg. Drexler SPD unterhält sich mit Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Abg. Hofer FDP/DVP.)

– Herr Drexler, hören Sie in diesem Zusammenhang vielleicht einmal zu!

(Abg. Drexler SPD: Ich höre gerade Herrn Hofer zu!)

Ich sage Ihnen auch, weshalb: weil im Grunde genommen in der ganzen Rechtsprechung ab 1997 die Korruptionsdelikte erweitert worden sind. Das ist wahr. Es gibt einen Fall, der beim BGH anhängig ist. Er betrifft den Oberbürgermeister von Wuppertal, einen SPD-Oberbürgermeister, der erstmals eine Spende von 500 000 DM für ein Factory-Outlet-Center in der Zeit damals angeblich erhalten hat. Der Spender wurde verurteilt, der OB wurde freigesprochen. Warum? Weil das Gericht gesagt hat, der Empfangende habe wegen des Privilegs des Parteiengesetzes durchaus die Möglichkeit, Spenden einzuwerben. Das will der Gesetzgeber. Deshalb sollten wir alle – alle Parteien – das nicht kriminalisieren, wenn es um das Einwerben von Spenden geht. Auch das sollte hier einmal übereinstimmend festgehalten werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Nun erwarte ich von Ihnen, Frau Dederer, eine Stellungnahme zu Ihrem Vorhalt,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Entschuldigen Sie sich mal!)

dass CDU und FDP/DVP ihr Kontrollrecht im Untersuchungsausschuss nicht ausübten, dass sie ihrem Kontrollrecht nicht nachkämen. Dieser Vorwurf ist ungeheuerlich. Nehmen Sie einmal die Protokolle her. Schauen Sie einmal, wer wirklich sachgerecht, an der Sachverhaltsfrage entlang gefragt hat. Lesen Sie einmal, bitte schön, Frage für Frage nach, was wir in diesen zwei Jahren im Untersuchungsausschuss entlang des Sachverhalts gefragt haben, und zwar ohne Ansehen von Person, Partei oder sonst jemandem. Und Sie, die Sie im ganzen Ausschuss gerade einmal ein paar Minuten etwas eventuell Unwesentliches gefragt haben, stellen sich hierher und sagen, wir würden dem Kontrollrecht nicht nachkommen. Das ist eine Ungeheuerlichkeit. Das will ich an dieser Stelle wirklich einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Reinhart, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Ja, danke, Herr Präsident.

Deshalb bitte ich Sie erstens, wirklich aufzuhören, mit Vorverurteilungen zu arbeiten, auch zukünftig im Untersuchungsausschuss, und erst Sachverhalte zu ermitteln. Dann werden wir im Ausschussbericht die Bewertungen vornehmen.

Zweitens darf ich Sie bitten, im zuständigen Ausschuss, in den das Thema verfassungsrechtlich gehört, konstruktiv mitzuarbeiten.

(Abg. Drexler SPD: Dann war es richtig, dass wir heute die Debatte geführt haben!)

Ich bitte Sie, dort mitzuarbeiten und solche Vorhaltungen zurückzunehmen.

Frau Kollegin Dederer, ich bitte Sie erst recht, den Minister nicht immer mit dem Milliardenbetrüger Schmider, der die Behörden in ungeahnter Weise jahrelang beschäftigt, in Verbindung zu bringen und einmal eine Ex-ante-, nicht immer eine Ex-post-Betrachtung anzustellen.

1997, 1994 – Ich habe vorhin mit Herrn Fischer darüber gesprochen. Auch in Mittelbaden war die Firma FlowTex jahrelang eine anerkannte Firma. Ex ante betrachtet, wäre es, glaube ich, vorzuwerfen, wenn sich jemand, wie es Herr Döring dargestellt hat, nicht für alle Firmen – auch für die Firma FlowTex – eingesetzt hätte. Aus dem, was er getan hat, Schlüsse auf ein rechtswidriges Verhalten zu ziehen ist nicht angebracht. Nach der Stellungnahme des Ministers – wir wussten nicht, ob er Stellung nimmt – meine ich, dass es an der Zeit ist, die Sache etwas tiefer zu hängen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Maurer?

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Ja, klar.

**Präsident Straub:** Herr Abg. Maurer, bitte.

**Abg. Maurer** SPD: Weil Sie gerade das Schmankerl mit der damals anerkannten Firma gemacht haben: Stimmen Sie mir zu, dass es sich bei den Firmen, die den Herrn Bundesbankpräsidenten bewirten haben, um anerkannte deutsche Firmen handelt?

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Kollege Maurer, ich denke, das ist eine rhetorische Frage, zu der ich am besten sage: Si tacuisses, philosophus mansisses!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine solche öffentliche Aussprache hat auch den Vorteil, dass sich das geneigte Publikum selbst seinen Reim darauf machen kann, wie hier gefragt wird.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Maurer, ein erstes Beispiel: Der Herr Minister hat gerade jedem, der zuhören kann und will, klar gemacht, dass er FlowWaste, Bettina Morlok, nicht den geringsten Vorteil gewährt hat. Sie sagen, er hätte nichts gesagt, er hätte es zu allen Firmen sagen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Fragen Sie nach allen Firmen! Aber schieben Sie nicht immer etwas nach!

Und zu Ihrem Vorwurf „scheibchenweise“: Sie schieben immer scheibchenweise etwas nach.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Zweitens: Es ist immer etwas unanständig, Dinge wie jetzt zu vermengen. Sie behaupten, wir wüssten schon vor Abschluss der Beratungen des Untersuchungsausschusses, dass daran gar nichts sei.

(Abg. Drexler SPD: Versäumnisse?)

– Natürlich hat es meiner Meinung nach Versäumnisse

(Zuruf von der SPD: Oder wie Sie es nennen wollen! Nennen Sie das härtere Wort!)

– wie Sie wollen; nennen Sie es härter – von Behörden gegeben. Aber hier ist nach dem Minister gefragt worden. Sie verwechseln das alles miteinander. Wir werden darüber einen Bericht abgeben. Darin wird einiges Kritische stehen. Es geht hier um den Minister.

Eines muss ich Ihnen auch sagen: Einige Unternehmen sagen übrigens schon: „Eigentlich spenden wir jetzt am besten gar nichts mehr.“ Das gilt übrigens auch für Spenden an Sie. Da wir schon beim Eingemachten sind und Sie von

Verflechtungsbereichen sprechen: FlowTex hat auch munter an die SPD gespendet.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP)

– Ja, natürlich. FlowTex hat auch munter an SPD-Bürgermeister gespendet. Sie wissen das alles vom Ausschuss her. Nur: Das ist keine sensationelle Nachricht, deshalb liest man sie so selten.

Das erste Gespräch für eine Kreditgewährung ist über die Mannheimer Stadtparkasse geführt worden – das haben wir beim letzten Mal festgestellt –, und zwar im Beisein des dortigen Oberbürgermeisters.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Das alles ist nicht verboten. Aber Sie sollen das nicht einseitig vorhalten.

Ich will Ihnen an dieser Stelle noch etwas sagen: Ich habe in der Zeitung gelesen, schon bei der ersten Delegationsreise nach Indonesien hätte sich Bettina Morlok an die Fersen des Ministers geheftet, und da hätte der ganze Schlamm begonnen.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie wissen, dass bei solchen Reisen immer zwei Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses mitfahren. Ich hatte das Vergnügen, bei dieser Reise dabei zu sein. Das war übrigens keine Vergnügungsreise. Auch Abgeordnete fahren nur deshalb mit, um nichts anderes zu tun, als Türen zu öffnen. Andernfalls dürften sie gar nicht mitfahren. Ihr ehemaliger Kollege Wettstein ist damals mit mir gereist. Ich habe übrigens erst nachträglich gelesen, dass Frau Morlok dabei gewesen sei – so wenig ist sie damals aufgefallen. Fragen Sie einmal Herrn Wettstein, ob ihre Teilnahme aufgefallen ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie war nicht Ihnen auf den Fersen, Herr Hofer!)

– Ich weiß, jetzt sagen Sie, „an die Fersen“ könne man auch anders verstehen. Der Minister ist damals mit seiner Frau gefahren und hat die Reise für sie ordnungsgemäß bezahlt. So sieht es aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Zum Schluss will ich nur noch einen Appell an Sie richten, weil man schon so viel gesagt hat. Eigentlich genügt das, was der Minister gesagt hat. Im Übrigen, Frau Dederer, wird er sicherlich in einer der nächsten Sitzungen des Untersuchungsausschusses aussagen – davon gehe ich aus –, wenn die Fragen in Bezug auf die Vorwürfe erst einmal geklärt sind. Sie werden doch eine Woche oder notfalls einen Monat warten können. Das ist doch überhaupt kein Problem.

Ich möchte noch einmal sagen: Von einem Minister, der sich – das glaube ich voll und ganz –

(Hofer)

(Abg. Boris Palmer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– einen kleinen Moment! – nichts vorzuwerfen hat, was irgendeine Vorteilsgewährung anbelangt, dessen Angaben durch Mitarbeiter im Ausschuss samt und sonders vollinhaltlich bestätigt worden sind, erwarte ich, dass er es als seine Pflicht betrachtet, standzuhalten, auch wenn sicherlich noch einige Jagdszenen stattfinden und ein fröhliches Halali gemacht wird. Er darf auch davon ausgehen, dass wir zu einem solchen Minister stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir stehen genauso zu ihm, wie Sie ihn angreifen.

Außerdem wissen wir alle, dass es gar nicht so selten vorkommt, dass dem Minister dann, wenn einmal ein halbes Jahr oder ein Dreivierteljahr verstrichen ist und man die Dinge geklärt hat – dort, wo nichts drin ist, kommt auch nichts heraus;

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

das müssen Sie wissen –, in der öffentlichen Meinung das gleiche Verhalten plötzlich als Stärke und Standfestigkeit attestiert wird. So wird es kommen; ich halte jede Wette.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt aber! Jetzt will ich eine Entschuldigung hören! – Abg. Drexler SPD: Zur Spende hat er wieder nichts gesagt! – Zurufe der Abg. Dr. Reinhart und Reichardt CDU)

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich gibt es hier eine selektive Wahrnehmung.

(Zurufe von der FDP/DVP: Bei wem? – Abg. Blenke CDU: Das stimmt! Auf der linken Seite!)

Ich habe nicht Herrn Minister Dr. Döring mit Herrn Schmider verglichen. Ich habe seine Salamtaktik bei seinen Aussagen mit der Salamtaktik des Herrn Schmider bei dessen Aussagen verglichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Eindruck ist jedenfalls erzeugt! – Abg. Fleischer CDU: Sie reiten sich ja immer weiter hinein! – Abg. Herrmann CDU: Unerhört! – Unruhe)

Das ist ein Unterschied.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Man erkennt die Absicht und ist verstimmt!)

Nach der Aussage von Herrn Minister Dr. Döring wissen wir ja jetzt, wie es im Leben eines Wirtschaftsministers zugeht. Allerdings ist die Frage nicht beantwortet, wer die Umfrage auf welchem Weg bezahlt hat.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dann machen wir weiter! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet; sie ist auch durch die Aussage des Wirtschaftsministers vor dem Parlament nicht beantwortet worden.

(Zurufe der Abg. Hofer FDP/DVP und Dr. Reinhart CDU)

Eines ist klar geworden, Herr Minister Dr. Döring: Sie haben ein ernsthaftes Problem, Ihre Ministerialangelegenheiten von Parteiangelegenheiten zu trennen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das zeigt sich schon daran, dass Sie zunächst einmal abklären, ob diese Umfrage von infas über das Wirtschaftsministerium bezahlt werden kann. Das klappt nicht, und dann fragt man eben einmal bei der Partei nach, ob sie es finanzieren kann.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist doch richtig so!)

Ihnen fehlt jegliches Bewusstsein für die Trennung von Partei- und Ministerangelegenheiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, selbst wenn Herr Minister Döring in der Annahme gehandelt hat, dass es die Partei, die FDP/DVP, bezahlt:

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Unter der Umfrage – das können Sie nachlesen – steht „Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg“. Da wird doch der ganze Widerspruch offensichtlich.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Letztendlich ermittelt auch aus diesem Grund die Staatsanwaltschaft, weil nicht sauber getrennt ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! Die ermittelt wegen Vorteilsannahme!)

– Wegen Vorteilsannahme. – Egal, ob ich mir durch Frau Morlok diese Umfrage bezahlen lasse

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wissen Sie wieder mehr als andere?)

oder ob ich von Herrn Hunzinger die Durchführung einer kostenlosen Umfrage annehme:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sind Sie wieder anonym angerufen worden?)

Es ist eine Vorteilsannahme.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Woher wissen Sie das?)

Deswegen ermittelt die Staatsanwaltschaft.

(Heike Dederer)

(Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Woher wissen Sie das, Frau Dederer? Sagen Sie doch mal! – Abg. Pfister FDP/DVP: Auch Sie sind im Parlament zur Auskunft verpflichtet! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Nein! – Abg. Pfister FDP/DVP: Doch! Dann soll Sie es sagen!)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Grund, warum Herr Minister Döring bisher nicht im Untersuchungsausschuss ausgesagt hat:

(Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

weil gegen ihn wegen Vorteilsannahme ermittelt wird; das hat er selbst im Untersuchungsausschuss gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Frau Abg. Dederer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Bitte.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Frau Dederer, Ihnen ist ja sicherlich bekannt, dass wir alle die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft bekommen haben. Dort ist nichts von dem drin, was Sie gerade gesagt haben. Darf ich Sie fragen: Haben Sie vielleicht wieder einen anonymen Anruf erhalten, sodass Sie mehr wissen?

(Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Dann würden wir Sie gerne einmal in den Zeugenstand rufen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, finde ich schon!)

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Herr Kollege Hofer, ich empfehle Ihnen, Ihren Minister Dr. Döring zu bitten, in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses dem Parlament Rede und Antwort zu stehen und uns darüber Aufklärung zu geben.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Genau! Wo sind die hingeflossen? Das muss er doch wissen! – Unruhe bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir erwarten das von Herrn Minister Dr. Döring, nachdem er sich heute hier erklärt hat.

(Abg. Göschel SPD: Es sind nur Fragen beantwortet worden, die keiner gestellt hat!)

Wir erwarten von ihm eine scharfe Trennung seiner Partei- und seiner Ministerangelegenheiten.

Im Übrigen erwarte ich auch von Herrn Minister Dr. Döring, dass er noch einmal Stellung zu seinem Aussageverhalten im Untersuchungsausschuss nimmt, das ich unglaublich für einen Minister finde.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hofer FDP/DVP: Im Gegenteil! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das war absolut richtig!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 88 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Birzele.

(Zuruf von der CDU: Es wird auch Zeit! – Abg. Drexler SPD: Jetzt kriegt er einen über die Rübe, dass er nicht mehr stehen kann! Dann geht seine Krawatte wieder ab! – Heiterkeit des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Abg. Birzele** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weise die gegen mich erhobenen Vorwürfe, was meine Amtsführung als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses betrifft, sowie den von Herrn Kollegen Hofer mit auf mich bezogenen Vorwurf der Vorverurteilung mit aller Entschiedenheit zurück.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir nehmen es zur Kenntnis!)

In der Sitzung des Untersuchungsausschusses am 24. März 2004 hat Herr Kriminalhauptkommissar Schimmel uns von einem Vorgang berichtet, der für uns alle erstaunlich war.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Überraschend!)

Daraufhin sind sofort Beweisanträge gestellt worden. Wir sind einvernehmlich übereingekommen, so schnell wie möglich, in der nächsten Sitzung des Untersuchungsausschusses am 21. April 2004, diesen Sachverhalt aufzuarbeiten,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

gerade weil ich es für unerlässlich halte, dass in der Öffentlichkeit erhobene Vorwürfe schnell und umfassend abgeklärt werden.

(Abg. Reichardt CDU: Das Taschentuch liegt bereit, wenn Ihnen die Tränen kommen! Frisch gebügelt!)

Ich habe die Mitarbeiter des Ausschusses gebeten – die Mitglieder des Untersuchungsausschusses wissen das –, sofort beim Ministerbüro von Herrn Dr. Döring anzurufen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das habe ich ihm gar nicht vorgeworfen!)

ihm mitzuteilen, dass vorgesehen sei, in der nächsten Sitzung am 21. April diese Sachverhalte zu klären,

(Abg. Hauk CDU: Worüber reden Sie eigentlich? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Vorwurf!)

und habe ihm empfohlen, es zu ermöglichen, bei dieser Sitzung als Zeuge zu erscheinen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt melde ich mich zu Wort!)

weil er ursprünglich nach seinem Terminkalender erst am 12. Mai erscheinen wollte. Ich habe Minister Dr. Döring am 3. April noch persönlich darauf angesprochen. Minister Dr. Döring hat mir zugesichert, er werde selbstverständlich kommen, es werde selbstverständlich in vollem Umfang aufgeklärt.

(Birzele)

(Abg. Alfred Haas CDU: Ministeranklage! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Oh Haas! – Abg. Göschel SPD: Das ist ein Schwätzer!)

– Herr Kollege Haas, Sie haben noch nie erkannt, dass es für Sie viel besser wäre, Sie würden überhaupt keine Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Auch nicht im Präsidium!)

Ich stelle fest: Ich habe mich darum bemüht, dass alle diejenigen, die in der Öffentlichkeit mit Vorwürfen konfrontiert worden sind, im Untersuchungsausschuss die Gelegenheit haben, alles umfassend abzuklären, aufzuklären, Fragen zu beantworten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Um das ging es doch gar nicht!)

Nun zu dem Vorgang im Untersuchungsausschuss.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja! Das war mein Vorwurf!)

Herr Minister Dr. Döring hat nach seiner Stellungnahme um Verständnis dafür gebeten – ich zitiere –,

*dass ich nach dieser Stellungnahme von meinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch mache und die Aussage auf diese Stellungnahme beschränke.*

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Daraufhin – und das waren vorhin die weiteren Vorwürfe –

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

habe ich gesagt – ich zitiere –:

*Herr Dr. Döring, diese Aussage erstaunt mich kolossal. Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass Sie sich als Abgeordneter und Minister auf das Auskunftsverweigerungsrecht berufen – das Ihnen selbstverständlich zusteht; damit da gar kein Irrtum besteht.*

(Unruhe – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was denn nun?)

*Aber Politiker sind aus meinem Verständnis verpflichtet, Sachverhalte, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, offen darzulegen, soweit sie ihre Amtsführung betreffen.*

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

*Und hier geht es um solche Sachverhalte und um Ihre Amtsführung. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.*

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sie haben doch die Zeitung gelesen!)

Ich stehe uneingeschränkt zu dieser Erklärung.

(Abg. Hauk CDU: Das hat doch mit einer persönlichen Erklärung nichts mehr zu tun!)

– Aber natürlich!

(Abg. Hauk CDU: Überhaupt nicht! Sie reden zu Vorwürfen, die gegen Sie überhaupt nicht erhoben worden sind! – Gegenrufe von der SPD: Doch! – Unruhe – Abg. Hauk CDU: Dann bitte formal bleiben!)

– Herr Hauk, es hat immer noch der Präsident die Sitzungsleitung und nicht Sie.

Es ist gegen mich der Vorwurf erhoben worden, ich hätte meine Pflichten als neutraler Vorsitzender verletzt,

(Abg. Drexler SPD: Genau, das war der Vorwurf! – Abg. Dr. Reinhart CDU: So ist es! – Abg. Blenke CDU: Genau das haben Sie getan! – Unruhe)

und deshalb habe ich den Ablauf dessen geschildert, was ich als Vorsitzender getan habe und welche Ausführungen ich gemacht habe.

(Abg. Drexler SPD: Das ist korrekt! – Abg. Blenke CDU: Ihr Vortrag ist ein Beleg dafür, dass der Vorwurf richtig ist!)

Zum Schluss sage ich: Ich bin für eine faire Aufarbeitung der Sachverhalte im Untersuchungsausschuss,

(Abg. Blenke CDU: Getroffene Hunde bellen!)

und dies ist im Untersuchungsausschuss – trotz gegenteiliger Äußerungen heute hier – bisher immer gewährleistet gewesen.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Dazu ist allerdings unerlässlich, dass im Ausschuss Fragen gestellt und beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Beantwortet werden! Das ist der Punkt!)

Deshalb: Wenn Minister Dr. Döring erklärt, er berufe sich nicht mehr auf sein Auskunftsverweigerungsrecht, wird er in die nächste Sitzung geladen, damit die Sachverhalte wirklich umfassend abgeklärt werden können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung – Drucksache 13/2964**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 13/3126**

**Berichterstatter: Abg. Heinz**

(Präsident Straub)

Die Redezeit für die Allgemeine Aussprache beträgt fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stickelberger.

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.  
– Abg. Hofer FDP/DVP diskutiert mit Abg. Fleischer CDU. – Stellv. Präsident Birzele übernimmt den Vorsitz. – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte Platz, Herr Hofer, nehmen Sie bitte Platz, damit Herr Abg. Stickelberger mit seinen Ausführungen beginnen kann.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Da oben auf der Presse-tribüne, da hinten, die machen die Unruhe!)

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Gemeindeordnung, mit dem wir die Bürgerrechte in der direkten Demokratie auf Gemeindeebene stärken wollen, möchte ich in einer Vorbemerkung auf einige Punkte eingehen, die bereits in der ersten Lesung eine Rolle gespielt haben.

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben wiederholt angekündigt, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Der kommt noch!)

Darauf warten wir noch. Ich habe den Ausführungen des Kollegen Scheuermann in der ersten Lesung erfreulicherweise auch entnommen, dass über diese Gesetzesänderung in vielen zentralen Fragen im Großen und Ganzen Einvernehmen besteht. Das war ein deutliches Signal, Herr Scheuermann. In der Beratung des Innenausschusses ist das wiederum deutlich geworden.

Wir liegen in der Sache also nicht weit auseinander. Wir wollen das Quorum für Bürgerentscheide senken. Wir wollen den Katalog der Aufgaben, die wir einem Bürgerentscheid unterstellen können, auf Gemeindeangelegenheiten erweitern, die der Entscheidung des Gemeinderats unterliegen.

Eine Bemerkung noch, Herr Scheuermann: Sie hatten in der ersten Lesung bemängelt, wir hätten möglicherweise den Negativkatalog vergessen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Der war nach wie vor drin. In unserem ursprünglichen Gesetzentwurf von vor zwei Jahren war dieser Negativkatalog auch noch erweitert.

Diese inhaltlichen Regelungen werden dem Grunde nach auch von den kommunalen Landesverbänden im Wesentlichen geteilt. Ich komme noch darauf, Herr Kollege Heinz.

Der Herr Staatssekretär hat in der ersten Lesung auch deutlich gemacht, dass man in der Ausführung der Koalitionsvereinbarung diesen Weg gehen will und weitgehend, soweit dies der Negativkatalog nicht ausschließt, für alle An-

gelegenheiten, die der Gemeinderat beschließen kann, die Möglichkeit eines Bürgerentscheids schaffen will.

Sowohl vor zwei Jahren als auch in der ersten Lesung wurde immer wieder einmal ins Feld geführt, die Gemeinden hätten bei der derzeitigen Finanzlage andere Sorgen.

(Abg. Schneider CDU: Sehr gut!)

Das ist richtig, Herr Schneider, sie haben Sorgen. Aber gleichwohl sollte doch der vielfache Wunsch von Verbänden und Bürgerinitiativen, hier eine gesetzliche Änderung herbeizuführen, nicht unterschlagen werden. Vielleicht ist das an dem einen oder anderen von Ihnen in den letzten Jahren vorbeigegangen. Wir haben diese Gespräche geführt. Ich glaube auch, das wäre ein Beitrag, außerhalb von Wahlen Mitwirkungsrechte der Bürger zu stärken.

Dass dies kein Allheilmittel ist, um einer Parteien- und Politikverdrossenheit vorzubeugen, wissen wir alle. Aber es ist ein Ansatz, ein Angebot an die Bürger, auf gemeindliche Entscheidungen vermehrt Einfluss zu nehmen.

Herr Dr. Glück, Sie haben uns ja in der ersten Lesung eine gewisse Schau vorgeworfen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Zu Recht, oder? – Gegenruf von der SPD: Na, na, na, Herr Kollege!)

Sie haben auf ein Stillhalteabkommen verwiesen. Wir haben uns nie dem Argument verschlossen, dass man eine Revision der Gemeindeordnung nicht punktuell, sondern für viele Bestimmungen gemeinsam machen sollte. Das haben Sie angekündigt. Sie sind dann wieder vorgeprescht, Ihr Fraktionsvorsitzender ist vorgeprescht. Es kann nicht sein, dass Sie in der Öffentlichkeit eine Änderung des Gesetzes groß verkünden, die Stärkung der direkten Bürgerrechte vor Ort ankündigen, sich aber hier im Parlament, wenn es um die Abstimmung geht, einer Abstimmung verweigern. Dann müssen Sie schon auch stillhalten. Dann arbeiten wir gemeinsam an einer Revision der Bestimmungen, die aus Ihrer Sicht wichtig sind.

Der bisherige Positivkatalog – darin sind wir uns einig – soll gestrichen werden. Das ist einhellige Auffassung. Über den Negativkatalog muss man sich unterhalten. Er ist bisher im Gesetz enthalten. Wir haben ihn auch wieder im Gesetzentwurf. Wenn Sie den Entwurf mit unserem letzten Gesetzentwurf vergleichen, stellen Sie fest, dass dieser Negativkatalog noch erweitert wurde. Darüber kann man mit uns sprechen. Sie haben bisher keine Änderungsanträge eingebracht – vielleicht kommen die noch –, um unseren guten Gesetzentwurf zu optimieren.

Ich weiß auch, dass die Grünen, Herr Oelmayer, damals bezüglich der Einbeziehung von Bebauungsplänen in den Negativkatalog gewisse Bedenken geäußert haben. Darüber kann man reden. Es gibt Dinge, die sicherlich nicht einem Bürgerentscheid unterstellt werden können: die Rechtsverhältnisse des Gemeinderats und des Bürgermeisters, Satzungen über Beitragspflichten etc. All dies muss natürlich ausgenommen werden. Das sehen die kommunalen Landesverbände auch so. Nur einige wenige Punkte sind klärungsbedürftig. Sie sollten sich zu einer Klärung durchringen und

(Stickelberger)

diesen Gesetzentwurf gemeinsam mit uns verabschieden, nachdem doch auch nach Ihrer Auffassung schon sehr viel Konsens besteht. Geben Sie sich also einen Ruck, oder sagen Sie uns, welche Bestimmungen Sie bei einer Revision der Gemeindeordnung noch gravierend ändern wollen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Jetzt warten Sie doch bis zum Sommer!)

Oder sagen Sie uns verbindlich – bei Ihnen, Herr Scheuermann, und auch im Ausschuss ist es angeklungen –, wann wir dieses Gesetz, hinter dem das Haus offensichtlich insgesamt steht, in diesem Jahr verabschieden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: In diesem Jahr!)

„In diesem Jahr“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist gesagt worden!)

ist gesagt worden. Ich nehme das auf und verlasse mich auf diese Zusage.

Mich wundert nur, warum man bei diesem Gesetz, das ja eigentlich von allen von der Sache her mitgetragen wird, so lange braucht und die Verwaltungsreform, ein riesiges Reformwerk, in wenigen Wochen im Schnellgang durch dieses Parlament durchpeitschen wird. Da frage ich Sie: Ist es Ihnen wirklich ernst damit, diese Bestimmungen zugunsten von mehr Bürgerbeteiligung ändern zu wollen, oder wollen Sie uns nur verträsten? Deshalb wäre ich Ihnen für eine verbindliche Zusage dankbar. Über Einzelheiten kann man bei grundsätzlichem Konsens sicher sprechen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Stickelberger, in aller Freundschaft, nach der ersten Lesung und der Beratung im Ausschuss heute zum dritten Mal: Wir sind uns einig über die Senkung des Quorums auf 25 %.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir sind uns einig, dass der Positivkatalog ersatzlos gestrichen wird. Wir sind uns einig, dass wir einen Negativkatalog brauchen. Sie haben selber gesagt, dass man mit Ihnen reden könne. Für uns ist noch ein gravierender Punkt beim Negativkatalog die Frage: Wie behandeln wir Bebauungspläne? Werden diese in irgendeiner Form in den Negativkatalog aufgenommen oder nicht? Da sage ich ganz ehrlich: Unsere Haltung ist eher, dass wir etwas über den Bebauungsplan in den Negativkatalog aufnehmen müssen, als dass wir dies nicht tun müssten.

Jetzt ist nur noch die Frage: Wie bringen wir diese Gemeinsamkeiten formal in die Gemeindeordnung, in das entsprechende Gesetz? Da haben wir jetzt auch schon mehrfach erklärt – mit „wir“ meine ich die Koalitionsfraktionen –: noch dieses Jahr. Ich würde mir außerordentlich schäbig vorkommen, wenn wir diese Zusagen nicht einhalten würden.

Jetzt, Herr Stickelberger, könnte ich Ihnen ja einen Rat schlag geben und könnte sagen: Wenn das so ausdrücklich von den Koalitionsfraktionen erklärt wird, dann könnte man sich ja auch bei der Opposition einmal überlegen, ob man nicht sagt: Wenn das dieses Jahr noch passieren soll, dann stellen wir die Abstimmung über unseren Gesetzentwurf zurück.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Jetzt werden Sie mir entgegenen – und das ist Ihr gutes Recht –: Überlassen Sie bitte uns selber, wie wir unseren Gesetzentwurf behandelt haben wollen. Darauf sage ich Ihnen wiederum in aller Kollegialität: Überlassen Sie es den Regierungsfractionen selber, in welchem Zusammenhang sie das, worüber wir einig sind, im Gesetz behandelt haben wollen.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Jetzt kann ich nur noch einmal sagen: Wir planen ein größeres Paket, nicht nur die Erleichterung von Bürgerentscheiden, sondern auch noch andere Regelungen. Ich sage noch einmal zum Abschluss: Noch dieses Jahr wird dieses Paket in den Landtag eingebracht und vom Landtag verabschiedet werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stickelberger, jetzt machen wir halt diesen dritten Akt, dieses Schauspiel noch einmal.

(Abg. Fischer SPD: Das ist kein Schauspiel! – Abg. Stickelberger SPD: Herr Pfister hat es doch wieder angekündigt!)

Nach der ersten Lesung und nach der Beratung im Innenausschuss heute dritter Teil, egal, ob jetzt Komödie oder Tragödie.

Herr Stickelberger, wenn Sie sich jetzt darauf beziehen, dass Sie den Gesetzentwurf deshalb eingebracht hätten, weil unser Fraktionsvorsitzender, Herr Pfister, in der Zeitung erklärt habe, dass wir das wollten, dann ist das an den Haaren herbeigezogen. Es ist doch unser bekannter Wunsch, dass wir die Quorumsabsenkung wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das steht in der Koalitionsvereinbarung!)

Dass der Fraktionsvorsitzende das auch in der Zeitung kundtut, ist doch ein ganz normaler Vorgang.

Herr Stickelberger, Sie wissen auch, dass schon vor geraumer Zeit der Kollege Heinz und bei der ersten Lesung und heute noch einmal der Kollege Scheuermann klar erklärt hat: In diesem Jahr wollen wir ein Gesamtpaket, das sowohl die Gemeindeordnung als auch das Wahlrecht betrifft, diskutieren.

(Dr. Glück)

Ich bin ausgesprochen dankbar dafür – da sind jetzt alle Zweifel ausgeräumt –, dass Herr Scheuermann das heute wieder gesagt hat: Es wird noch in diesem Jahr sein.

(Abg. Fischer SPD: Aber die Reaktion seiner Fraktion zeigt ein anderes Bild! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Glück, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stickelberger?

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Aber selbstverständlich.

**Abg. Stickelberger** SPD: Herr Kollege Dr. Glück, Sie haben eben – wie der Kollege Scheuermann – auf das Gesamtpaket verwiesen. Können Sie mir sagen, welche wesentlichen Elemente – über die Bestimmungen, die wir jetzt diskutieren, hinaus – nach Ihrer Auffassung ebenfalls geändert werden sollen?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das gibt Überraschungen!)

**Abg. Dr. Glück** FDP/DVP: Es geht unter anderem um die Kompatibilitätsfrage bei Verwandten. Aber mich verwundert Ihre Frage ein bisschen, Herr Stickelberger, denn genau das haben wir mit Ihnen im Vorfeld besprochen, und wir haben Sie eingeladen, mit uns gemeinsam zu diskutieren, dieses gesamte Paket durchzuarbeiten und einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen. Das soll noch in diesem Jahr geschehen. Herr Scheuermann, ich will es noch einmal sagen: Ich bin dankbar, dass Sie es noch einmal so klar formuliert haben, aber da stand kein Zweifel im Raum.

Herr Stickelberger, ich kann Ihnen den Vorwurf einfach nicht ersparen. Ich habe es Ihnen schon bei der ersten Lesung gesagt: Sie spielen hier Lokomotive, aber im Grunde genommen sind Sie doch der Trittbrettfahrer.

(Abg. Fischer SPD: Also, Herr Kollege Glück, das ist jetzt aber ein starker Hammer!)

Machen Sie mit bei einer vernünftigen Diskussion! Wir wollen die Abschaffung des Positivkatalogs. Wir wollen die Formulierung eines möglichst kleinen Negativkatalogs. Wir wollen eine Absenkung auf 25 %. Diskutieren Sie mit. Aber für die heutige Schau habe ich nicht sehr viel Verständnis.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Stickelberger SPD: Sie haben ja noch nicht einmal eine Fahrkarte!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oelmayer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt kommt die Dampfmaschine aus Ulm! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Ich bemühe mich. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte fast sagen: Wir sind jetzt ja unter uns; aber die Besucherränge sind durchaus noch gut gefüllt. Insofern ist das Anliegen

der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses, für dieses Thema die Öffentlichkeit herzustellen, heute nur in sehr beschränktem Umfang möglich.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Ich darf für unsere Fraktion sagen: Natürlich tragen wir den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD mit, weil er, wie wir heute wieder gehört haben, einen Bestandteil für die Erleichterung von Bürgerbeteiligungen enthält, den alle Fraktionen dieses Hauses mittragen. Aber aufgrund der politischen Mechanismen in diesem Haus und in anderen Parlamenten, die von Koalitionen quasi „beherrscht“ werden, gibt eben nicht die Opposition die Geschwindigkeit vor, sondern die Fraktionen, die die Regierung tragen – weshalb dann in diesem Haus auch eine Lex Föll und ähnliche Regelungen verabschiedet werden können. Das ist natürlich traurig, und man hätte eigentlich hoffen können –

(Staatssekretär Böhmler unterhält sich mit Abg. Pfister FDP/DVP an dessen Platz. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Böhmler, ich bitte Sie, zu Ihrem Platz zurückzukehren.

Bitte schön, Herr Abg. Oelmayer, fahren Sie fort.

**Abg. Oelmayer** GRÜNE: Danke, Herr Präsident. – Wir hätten doch darauf hoffen können, dass auch die Fraktion der FDP/DVP und die Fraktion der CDU an einer Stelle, an der sie kundtun, dass Inhalte unstrittig sind, mitziehen und das verabschieden. Es wäre ein guter Brauch, den man hier hätte einführen können, Regelungen, über die man sich einig ist, gemeinsam zu beschließen, unabhängig davon, von wem der Gesetzentwurf eingebracht wurde. Wir jedenfalls hätten einen Entwurf mit dem gleichen Anliegen, das Quorum abzusenken – auch wenn es nur singulär gewesen wäre –, mitgetragen, auch wenn ihn die CDU-Fraktion eingebracht hätte.

Zwei, drei Worte zum Inhalt. Natürlich sind wir der Auffassung, dass das Quorum abgesenkt werden muss. Das Quorum von 25 %, das jetzt vorgeschlagen wird, würden wir gerne weiter absenken, aber auch uns ist natürlich bewusst, dass das in diesem Hause wahrscheinlich nicht mehrheitsfähig sein wird. Deswegen würden wir uns mit 25 % einverstanden erklären.

Der Positivkatalog muss weg. Dafür geht es natürlich umso mehr um den Negativkatalog. Herr Kollege Scheuermann, Sie haben es zu Recht angesprochen. Als Ulmer Abgeordneter wohne ich an einer Staatsgrenze, an einer Landesgrenze.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Bayern nennt das Staatsgrenze, Kollege Haas, daher die Begrifflichkeit. Wir nennen es Landesgrenze. – Wenn ich dort hinüberschaue, muss ich feststellen, dass sich die Möglichkeit der Bürgerschaft, gegen Bebauungspläne vorzugehen, einfach bewährt hat.

(Abg. Heinz CDU: Das glauben aber nur Sie!)

(Oelmayer)

Deswegen sind wir der Auffassung, dass Baden-Württemberg an einer solchen Regelung nicht Schaden nehmen würde, auch die Bürgerbeteiligungskultur nicht.

(Zurufe der Abg. Heinz und Scheuermann CDU)

– Ach, Herr Kollege Heinz! Sie können das nachher ja gerne noch in einer persönlichen Erklärung vortragen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Das hätte man ja diskutieren können. Wir haben hier die zweite Lesung, und Sie haben sich ja im Ausschuss verweigert, Kollege Haas, dieses Thema überhaupt zu diskutieren. Jedenfalls dürfen wir gespannt sein – damit will ich es für heute bewenden lassen –, wann Ihr Gesetzentwurf tatsächlich hier eingebracht wird. Sie können versichert sein, dass wir versuchen werden, sofern Sie das überhaupt zulassen, uns mit qualifizierten Vorschlägen an der Diskussion über den dann von Ihnen eingebrachten Gesetzentwurf zum Negativkatalog zu beteiligen und uns einzubringen.

Nichtsdestotrotz würde ich vorschlagen, wie der Kollege Scheuermann das getan hat, um den sozialdemokratischen Entwurf überhaupt im Rennen zu halten – da ist der Vorschlag, den Sie gemacht haben, Herr Kollege Scheuermann, vielleicht gar nicht so dumm –, den Gesetzentwurf heute zurückzustellen. Das muss natürlich der Antragsteller begehren. Das können nicht wir tun. Insofern hoffe ich darauf, dass Sie tatsächlich Wort halten und demnächst den Gesetzentwurf in den Landtag einbringen, sodass wir diesen noch in diesem Jahr verabschieden können. Wir werden Sie beim Wort nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt sehe ich den Kollegen Stickelberger nicht.

(Abg. Fischer SPD: Er kommt wieder! Er sitzt hinter Ihrem Rücken!)

– Doch, ich sehe ihn. – Jetzt ist es interessant. Jetzt ist schon von zwei Fraktionen an Ihre Adresse vorgeschlagen worden, Sie sollten den Gesetzentwurf zurückziehen. Ich frage auch noch einmal nach: Wie sieht es aus?

(Abg. Fischer SPD: Wir lassen ihn ruhen und ziehen ihn nicht zurück!)

– Ruhen? Da merkt man, dass der Kollege Stickelberger früher Verwaltungsrichter war.

(Abg. Stickelberger SPD: Wie Sie auch!)

Die Verwaltungsrichter haben die Angewohnheit, Verfahren gerne zum Ruhen zu bringen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das hat zwei Vorteile: Erstens, dass es aus dem Verzeichnis ausgetragen wird. Das gibt einen Erledigungsvermerk. Wenn man es wieder aufruft und dann noch einmal erledigt, gibt es einen zweiten Punkt.

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Wie oft kann man das machen?)

Deshalb ist es bei Verwaltungsrichtern eine ganz beliebte Einrichtung, ein Verfahren zum Ruhen zu bringen.

Nun kann ich aber für die Regierung und dies dann auch als Trost sagen – Sie wollen ja getröstet werden, wie Sie vorhin gesagt haben –: Ich verstehe dieses Zum-Ruhen-Bringen nicht in dem Sinne „Ruhe sanft“; vielmehr ist das Innenministerium mit seiner Ministerialverwaltung aufgrund der Vorarbeiten, Herr Kollege Stickelberger und Herr Kollege Oelmayer, in der Lage, wenn der politische Wille besteht – davon gehe ich aus –, sehr schnell nach den Kommunalwahlen – wir wollen ja wegen des kommunalwahlrechtlichen Teils die Kommunalwahlen abwarten – in toto einen Regierungsentwurf vorzulegen. Ich habe auch mit Genugtuung festgestellt, dass nach den Diskussionen, wie sie auch heute wieder geführt wurden, bei diesen wichtigen kommunalverfassungsrechtlichen Fragen vermutlich ein sehr großer Konsens – das ist auch für die Städte und Gemeinden im Land gut – hergestellt werden kann. Herr Kollege Oelmayer wird dann bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs noch in diesem Jahr, wie ich gehört habe – wir sind so weit, wir können jederzeit einen Entwurf vorlegen –, seine spezifischen Erfahrungen aus der Grenznahe zu Bayern konstruktiv einbringen.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Darauf komme ich zurück!)

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, weiß ich jetzt nicht, wie wir weiter vorgehen. Es kommt eine Erklärung des Kollegen Stickelberger. Deshalb darf ich meine Ausführungen schließen. Wir warten jetzt gespannt auf das, was Kollege Stickelberger uns mitzuteilen hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Anweisungen des Kollegen Birzele!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Stickelberger.

**Abg. Stickelberger SPD:** Im Hinblick auf die Erklärungen der Vertreter der Koalitionsfraktionen und auf Ihre Erklärung, Herr Minister, schlagen wir die Rücküberweisung an den Innenausschuss vor, und zwar mit der Maßgabe, dort abzuwarten, bis der Gesetzentwurf der Koalition eingebracht wird.

(Zurufe: Ruhen!)

– Im Sinne des Ruhens, wenn auch nicht ganz so extrem, wie Sie es formuliert haben.

(Ministerpräsident Teufel: Und Verfall am Ende der Legislaturperiode!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, wir haben heute die Zweite Beratung ordnungsgemäß auf die Tagesordnung genommen. Wir beantragen deshalb auch Abstimmung über diesen Gesetzentwurf.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Gall SPD: Das ist ja ganz toll!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Wir haben jetzt einen Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Stickleberger. Ich lasse über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Sie, Herr Abg. Hauk, haben dafür votiert, diesen Geschäftsordnungsantrag abzulehnen und hinterher über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Wer für die Rücküberweisung an den Innenausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Damit lasse ich nun über den Gesetzentwurf abstimmen. In der Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 13/3126, wird Ihnen empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2964, abzulehnen. Sind Sie damit einverstanden, dass ich über den Gesetzentwurf insgesamt abstimmen lasse? – Das ist der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2964, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf wurde mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:46 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:59 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Pflegeheimförderung – Drucksache 13/3039**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialausschusses – Drucksache 13/3128**

**Berichterstatlerin: Abg. Brigitte Lösch**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort

(Abg. Hauk CDU: Dr. Lasotta!)

Herrn Abg. Dr. Lasotta.

**Abg. Dr. Lasotta** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich grüße alle, die die postprandiale Müdigkeit nicht übermannt hat und die hier im Plenarsaal sitzen. Wir haben uns mit diesem sozialpolitischen Thema immerhin auf Tagesordnungspunkt 4 vorgearbeitet. Das letzte Mal, Frau Altpeiter, waren wir bei Tagesordnungspunkt 7 oder 8. Vielleicht würden wir es bei einer dritten Lesung sogar schaffen, dass der Gesetzentwurf am Vormittag beraten wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Es geht um die Pflegeheimförderung. In Baden-Württemberg haben wir ein modernes und leistungsfähiges System der Pflegeheimförderung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist ein Erfolgsprojekt für Baden-Württemberg. Insgesamt wurden 275 Förderprojekte mit einem Investitionsvolumen von über 900 Millionen € gefördert. Dieses System weiterzuentwickeln und den aktuellen Rahmenbedingungen anzupassen ist nun die landespolitische Aufgabe.

Diese Aufgabe ist umso schwieriger, weil wir dem demografischen Wandel begegnen müssen, also dem Tatbestand, dass immer mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft leben und diese älter werdenden Menschen auch mit speziellen Problemen behaftet sind, zum Beispiel mit der Demenz, der Altersverwirrtheit.

(Abg. Fischer SPD: Da gibt es auch Jüngere!)

– Ich könnte Ihnen ein paar Beispiele nennen, Herr Fischer. Aber ich glaube, das darf ich hier nicht öffentlich sagen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Dafür gibt es keine Altersgrenze!)

Über 30 000 Demenz-Neuerkrankungen in Baden-Württemberg pro Jahr stellen auch den Pflegeheimbereich vor neue Herausforderungen. Wir müssen speziell auch unsere Pflegeheime und die Stationen mit neuen Konzepten ausrüsten.

Wir haben in den Familienstrukturen einen sozialen Wandel, bei dem wir darauf angewiesen sind, nachbarschaftliches und bürgerschaftliches Engagement stärker in die Hilffsysteme einzuarbeiten. Deswegen müssen wir schauen, dass der Förderstau, der zweifelsfrei vorhanden ist, abgebaut wird.

Mit der Änderung der Förderung durch das jetzt vorgelegte Gesetz kann mit dem konstanten Bewilligungsrahmen von 60 Millionen € das Investitionsvolumen von 150 Millionen € auf 240 Millionen € ausgeweitet und damit der Förderstau in den nächsten Jahren deutlich abgearbeitet werden.

Wie erreichen wir das? Die Fördertatbestände werden abgebaut. Die Verfahren werden vereinfacht, zum Beispiel werden die Inventarkosten nicht mehr berücksichtigt. Der Eigenmittelanteil der Träger wird mit 10 % festgeschrieben. Das ist wichtig, um in diesem Markt wirklich nur die seriösen Träger arbeiten zu lassen. Wir nehmen einen Instandhaltungsabzug vor, soweit die Instandhaltung der letzten zehn Jahre nicht nachgewiesen wird. Wir wollen in der Regel kleine Einrichtungen mit bis zu 100 Plätzen im Neubaubereich fördern, um insbesondere die wohnortnahe Versorgung auszubauen. Die Förderquote wird von 60 % auf 45 %

(Dr. Lasotta)

abgesenkt, sodass wir hiermit die erhöhten Bewilligungszahlen erreichen können. Damit werden wir in den nächsten Jahren 10 000 neue stationäre Pflegeplätze schaffen, die Defizite ausgleichen und eine wohnortnahe Versorgung gewährleisten, um insbesondere die Angehörigen mit in die entsprechenden Arbeiten vor Ort einbinden zu können.

Jetzt werden wir natürlich vorgeworfen bekommen, dass das alles viel zu wenig sei. Insbesondere in der Ersten Beratung und im Ausschuss haben wir das ja hören müssen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass sich das Land hier außerordentlich engagiert hat. Wir haben im Jahr 2002 unsere Eigenmittelanteile um 37 % erhöht, im Jahr 2003 um 45 %, sodass wir jetzt insgesamt 60 Millionen € an Eigenmitteln bereitstellen können.

Die Rahmenbedingungen sind so, wie sie sind. Ich möchte auch gar nicht darauf eingehen, woran das liegt. Das ist vielen Debatten hier im Landtag vorbehalten. Das Land engagiert sich weiterhin mit diesen erhöhten Mitteln. Und die Kommunen werden ein Stück weit entlastet, weil deren Förderquote von 20 auf 15 % sinkt.

Im Übrigen möchte ich erwähnen, dass wir bei der Kurzzeit- und der Tagespflege die Förderquoten bei 80 bzw. 90 % belassen. Wenn wir es schaffen, die Projektzahl zu erhöhen, wird das eben auch dazu führen, dass der Pflegesatz geringfügig steigt; 2 bis 3 € pro Tag sind gerechnet. Aber das ist immer noch besser, als diese Förderung insgesamt zu streichen, wie es auch aus dem politischen Raum bis hin zu Kreis- und Landräten gefordert wird,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Und Landtagsabgeordneten!)

und das dem freien Markt zu überlassen. Insofern glauben wir, dass wir mit dieser Projekt- und Objektförderung den Gemeinden und Bürgern etwas Gutes tun.

Die CDU-Fraktion unterstützt den entsprechenden Gesetzentwurf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

**Abg. Katrin Altpeter SPD:** Frau Präsidentin, meine lieben anwesenden Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Lasotta, wenn Sie glauben, etwas Gutes zu tun, heißt das zum einen, noch nichts zu wissen. Es heißt aber zum anderen auch, dass der hier vorgelegte Gesetzentwurf zur Neustrukturierung der Pflegeheimförderung eine Herausforderung ist, die der demografische Wandel für uns alle auf allen – auch politischen – Ebenen mit sich bringt, die aber dem damit einhergehenden zunehmenden Bedarf an neuen Pflegeheimplätzen nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Herr Haas, ich hatte eigentlich gehofft, dass Sie sich nach den Aussagen meines Kollegen Birzele von heute Morgen ein bisschen beruhigt hätten; das ist nicht der Fall.

(Abg. Fischer SPD: Das hat zum Gegenteil geführt!  
– Gegenruf von der CDU)

Die Absenkung der öffentlichen Investitionskostenförderung von 60 auf 45 % wird mit Sicherheit nicht zum Ausbau zu einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur führen. Sie wird vielmehr – da sage ich Ihnen nichts Neues – in erster Linie dazu führen, dass auf den einzelnen Heimbewohner, auf die einzelne Heimbewohnerin und auf die Angehörigen Mehrkosten in Höhe von monatlich rund 130 € allein für die Investitionen zukommen werden. Wir haben damit noch keine Verbesserung der Betreuung insbesondere der Demenzkranken erreicht und damit auch keine Erhöhung des Personalschlüssels finanziert.

Die Absenkung der Heimkosten geht allein zulasten der Heimbewohner, die die künftig fehlenden öffentlichen Fördermittel aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Diese Absenkung geht auch zulasten der Kommunen, die zwar einerseits dadurch entlastet werden, dass ihr Förderanteil geringer wird, andererseits aber auch dadurch wieder belastet werden, dass die Anteile an den Sozialhilfeausgaben entsprechend ansteigen werden.

(Zuruf von der CDU)

Dies sind nun nicht die ersten Einschnitte im Landespflegegesetz. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

wurden gravierende Einschnitte vorgenommen. Ein Beispiel hierfür sind die Investitionskosten für die ambulanten Dienste.

Ich denke, Sie sollten sehr vorsichtig sein, wenn Sie sich hier über den grünen Klee loben, aber gleichzeitig aus diesem Bereich immer wieder Fördermittel herausnehmen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen die Förderung der Pflegeheiminvestitionen aus öffentlichen Mitteln. Ohne eine ausreichende öffentliche Förderung ist für die Pflegeheimträger die Finanzierung betriebsnotwendiger Investitionen deutlich erschwert.

Ich darf wiederholen, was ich zu diesem Punkt im Sozialausschuss gesagt habe: Auch die zunehmend restriktive Haltung der Kreditwirtschaft gerade bei der Finanzierung von Sozialimmobilien führt bereits jetzt zunehmend zu Problemen bei der Beschaffung des notwendigen Fremdkapitals.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Darum ergibt sich, dass die Senkung der Förderquote gerade für kleine Träger mit geringer Eigenkapitalausstattung die Kapitalkosten erhöht.

Im Ergebnis begünstigt der Gesetzentwurf also große, kapitalstarke Anbieter und benachteiligt kleine, kapitalschwächere Träger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist eine unbegründete Behauptung!)

(Katrin Altpeter)

Ohne eine ausreichende öffentliche Förderung besteht die Gefahr, dass die Investitionen insgesamt eher zurückgehen als zunehmen. Unter steigendem Kostendruck ist auch eine kontinuierliche Sanierung und Modernisierung der bestehenden älteren Pflegeeinrichtungen nicht mehr gewährleistet. Diejenigen, die jetzt hier sitzen und aus dem Sozialbereich kommen, wissen, wie dringend notwendig es ist, unsere älteren Pflegeeinrichtungen, die den Erfordernissen und den Bedürfnissen einer modernen und qualitativ hochwertigen Pflege nicht mehr entsprechen, zu modernisieren und zu sanieren.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Die Entscheidung, in welcher Form Investitionen durchgeführt werden, ist schließlich weniger von der Notwendigkeit und dem Nutzen für die Pflegebedürftigen her, sondern wesentlich mehr als bisher aus rein wirtschaftlichen Kalkülen zu treffen.

Aus diesem Grund lehnen wir den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Herr Kollege Lasotta eine dritte Lesung angekündigt hat, sollten wir, glaube ich, heute die zweite und die dritte Lesung gemeinsam durchführen.

Das Wichtigste vorweg: Unsere Fraktion trägt die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses mit, dem Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert zuzustimmen.

Kollege Lasotta hat die Fakten ja ziemlich deutlich dargelegt. Deshalb will ich darauf nicht mehr im Detail eingehen, sondern einfach ein paar prinzipielle Bemerkungen machen.

Angesichts der demografischen Entwicklung sehen wir natürlich einen steigenden Bedarf an stationären Einrichtungen für pflegebedürftige, demenzkranke oder dauerhaft behinderte Menschen. Das ist überhaupt keine Frage. Nur, liebe Kollegin Altpeter: Gerade wenn wir die Demografie ernst nehmen, geht es eben nicht nach dem Motto „Darf es überall noch ein bisschen mehr sein?“ Denn eines unserer zentralen Themen wird natürlich sein: Wie können wir angesichts einer schrumpfenden Bevölkerung versuchen, die Lasten so zu verteilen, dass wir sie nicht verschieben, indem wir Schulden machen?

Ich höre immer, für die Pflegeheimförderung und für die Kinderbetreuung müsse mehr Landesgeld eingebracht werden. Das ist alles schön und gut. Nur: Dieses Geld haben wir nicht. Wir könnten das nur zulasten kommender Generationen so machen.

Deswegen ist das nicht unser Weg. Unser Weg ist vielmehr, mit den vorhandenen Mitteln effizienter zu arbeiten. Daher begrüße ich, dass in Bezug auf den Investitionsstau, der durch die bisherige Art der Förderung gedroht hat bzw. schon eingetreten ist, die Bremse ein bisschen gelöst wer-

den kann und wir mit denselben Mitteln mehr Projekte fördern können.

Trotzdem – es gebietet die Wahrheit, dies zu sagen – kommen damit natürlich ein Stück weit nicht nur auf die Kommunen, sondern zunächst einmal auf die Kunden Mehrkosten zu. Dort, wo sie dies nicht leisten können, haben die Kommunen über die Sozialhilfe Leistungen zu erbringen.

Es wird Sie nicht verwundern – Kollege Lasotta hat das schon angedeutet –, dass wir uns damit auf dem Weg weg von der Objektförderung hin zu mehr Subjektförderung befinden. Wir können es uns angesichts der demografischen Entwicklung meines Erachtens nicht mehr leisten, mit der Gießkanne sozusagen jeden zu fördern, ob er bedürftig ist oder nicht. Wir müssen uns vielmehr konzentrieren. Das geht nun einmal über die Subjektförderung besser, bei der ich von denjenigen, die leistungsfähig genug sind, einen erhöhten Pflegesatz verlangen muss, während ich die anderen über die Subjekthilfe – da gibt es Intelligenteres als die Sozialhilfe, aber Sozialhilfe ist ja klassische Subjektförderung – auffange.

Nun zu den Argumenten. Ich war eigentlich sehr dankbar, dass der Kollege Haas in der ersten Lesung angedeutet hat, dass wir uns mit dieser Umstellung der Förderung natürlich ein Stück weit auf dem Weg befinden, möglicherweise ganz aus dieser Objektförderung auszusteigen, so denn der Bedarf einigermaßen gedeckt ist. Ich finde es ehrlicher, wenn wir nicht immer nur über Subventionsabbau – und das ist eine klassische Subvention; das ist einfach so, das muss man einfach sehen – reden und die Leute im Unklaren lassen, sondern sie rechtzeitig darauf vorbereiten und sagen: „Jawohl, das wird angesichts der begrenzten Ressourcen, die das Land zur Verfügung hat, über kurz oder lang auf euch zukommen“, und ihnen damit auch klar signalisieren, dass sie für ihre Versorgung im Alter noch stärker Eigenvorsorge betreiben müssen.

Nun wird immer argumentiert, dass wir ohne Objektförderung überhaupt nicht auskämen. Das erste Argument lautet, es gebe dann keine wohnortnahe Versorgung mehr. Ich habe mir einmal Zahlen zu den privaten Pflegeheimbetreibern, die in aller Regel nicht an der öffentlichen Förderung teilnehmen, besorgt. Man höre und staune: In Baden-Württemberg haben 64 % der privaten Einrichtungen weniger als 50 Plätze – das dürfte man doch als kleine, dezentrale Einheiten ansehen. 21 % der privaten Einrichtungen haben zwischen 50 und 99 Plätze. Nur 15 % der privaten nicht geförderten Einrichtungen haben mehr als 100 Plätze. Die Zahl von 100 Plätzen ist ja die Grenze, die wir jetzt in diesen neuen Richtlinien eingeführt haben, weil wir keine großen Bettenburgen haben wollen. Das Argument, ohne Förderung würden nur große Bettenburgen abseits, auf der grünen Wiese entstehen, zieht also einfach nicht mehr. Man muss da einfach einmal die Fakten sehen.

Das zweite Argument lautet, durch die jetzige Änderung der Förderrichtlinien würden die Kosten unverhältnismäßig steigen. Kollege Lasotta hat von Mehrkosten in Höhe von 3 € pro Tag für die Bewohner gesprochen. Es gibt Berechnungen, nach denen die Mehrkosten zwischen 3 und 5 € betragen. Die Zahlen für nicht geförderte Einrichtungen liegen bei 8 € pro Tag. Das heißt: Der Abstand zwischen dem

(Dr. Noll)

Pflegesatz eines nicht geförderten und eines neu geförderten Pflegeheimplatzes wird zunehmend geringer. Damit wird natürlich auch der Weg geebnet, der, wie wir glauben, kurz- bis mittelfristig beschritten werden muss, der Weg, der zu dem Punkt führen muss, an dem wir ganz aus der Objektförderung aussteigen und das auch vorhersehbar, verlässlich so sagen.

Die letzte Bemerkung: Das Argument, bei nicht geförderten Einrichtungen sei kein bürgerschaftliches Engagement möglich, ist völlig an den Haaren herbeigezogen. Natürlich gibt es an vielen Stellen auch in privaten Einrichtungen bürgerschaftliches Engagement, Vereine, Fördervereine usw.

Daher bin ich guten Mutes, dass wir mit dieser Reduzierung der Förderung auf dem richtigen Weg sind, dass wir damit mehr Plätze fördern können, dass wir aber andererseits natürlich auch deutlich machen: Es wird in eine neue Systematik eingetreten werden müssen.

Vielleicht sollte man auch einmal eines bedenken: Die Schweden, die uns ja oft als Vorbild genannt werden – wenn man an die Psychiatrie denkt –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

waren die Ersten, die weg von den großen stationären Einrichtungen zu dezentralen Einrichtungen gegangen sind.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege, seien Sie so freundlich und beachten Sie die Redezeit.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Jawohl, Frau Präsidentin! Disziplin!)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Ich wage einmal die Prognose, dass wir möglicherweise das, was heute an Strukturen vorhanden ist, nicht 1 : 1 in die Zukunft fortschreiben dürfen, sondern dass vielleicht auch wieder mehr ein Trend eingeschlagen werden kann – das liegt dann auch an den Rahmenbedingungen –, der eine Versorgung vor Ort in dem gewohnten Umfeld möglich macht.

In diesem Sinne: Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Lasotta CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

*Die Humanität einer Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren zu Pflegenden, ihren Kranken und ihren Alten umgeht.*

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Und den Kindern!)

*Die Antwort darauf muss unter anderem ein Mehr an Pflegeplätzen sein.*

So lautet ein Zitat von Professor Gronemeyer zur Landespflegewoche 2002.

Es ist Konsens – das haben wir ja heute, zuvor bei den Beratungen im Sozialausschuss und auch schon bei der ersten Lesung festgestellt –, dass wir einen weiteren Ausbau wohnortnaher, gemeindenaher und stadtteilbezogener Pflegeeinrichtungen brauchen. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man das erreichen kann: Entweder wir stocken die Landesmittel für die Pflegeheimförderung um ca. 170 Millionen € auf,

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

um den bestehenden Antragstau bei Investitionsvorhaben abzubauen, oder wir ändern die Fördermodalitäten in der Form, dass durch eine Absenkung der Fördersätze eine größere Anzahl von Einrichtungen unterstützt werden kann.

Nachdem auch wir Grünen bei den Haushaltsplanberatungen keine zusätzlichen 170 Millionen € für die Pflegeheimförderung eingebracht haben, ist es jetzt unsere Aufgabe, zu schauen, wie man mit den vorhandenen Finanzmitteln so viele Einrichtungen wie möglich bei weiterhin guter Qualität fördern kann.

(Beifall bei den Grünen)

Ähnlich wie die Liga der freien Wohlfahrtspflege und der Landessenorenrat akzeptieren wir daher auch eine Verteuerung der bestehenden Pflegeplätze, damit ausreichend neue Pflegeplätze geschaffen werden können. Da ist mir der Spatz in der Hand auch lieber als die Taube auf dem Dach.

Die Förderquoten sinken von 60 auf 45 %. Das Land reduziert von 40 auf 30 % und die Kommunen von 20 auf 15 %. Die Kosten für die Heimbewohner werden um ca. 130 € monatlich ansteigen. Das heißt – und ich weiß, dass die Kommunen dem auch zugestimmt haben –, dass sich für die Kommunen, soweit die Pflegebedürftigen Sozialhilfe erhalten, natürlich die Sozialhilfekosten erhöhen werden.

Eigentlich gilt ja noch die Objektförderung, aber nun steigen wir natürlich noch ein Stück mehr in die Subjektförderung ein.

Jetzt möchte ich noch auf die Punkte zu sprechen kommen, die es nicht zulassen, dass wir diesem Gesetzentwurf zustimmen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist aber schade! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Bisher war es so gut!)

Zusätzlich zur Absenkung der Fördersätze wird zukünftig ein Eigenmittelanteil von 10 % verlangt. Das ist vor allem für kleine und kleinere Träger tatsächlich ein großes Problem,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

da sie kaum in der Lage sind, über die Jahre hinweg Eigenkapital anzusparen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nennen Sie jetzt mal einen! – Weitere Zurufe)

Das hat gar nichts mit Seriosität zu tun. Das sind sehr wohl kleine und kleinere Träger, die seriös sind.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nennen Sie doch mal einen konkret!)

(Brigitte Lösch)

Deshalb geht es mir darum, dass es möglich sein müsste, über Einzelfallentscheidungen andere Möglichkeiten für die kleinen Träger offen zu halten, zum Beispiel über Bürgschaften anderer Träger oder der Wohlfahrtsverbände.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ein zweites Problem, das Kollege Lasotta als gar kein Problem dargestellt hat, ist der neue § 2, der einen pauschalen Abzug für unterlassene Instandhaltungen in Höhe von 5 % vorsieht, wenn nicht nachgewiesen werden kann, ob die über die Heimentgelte für Instandhaltungsmaßnahmen eingenommenen Mittel auch tatsächlich dafür eingesetzt werden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja!)

Das ist ein riesengroßer bürokratischer Aufwand für die Träger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ein Mausclick!)

Es ist in der Tat nicht so, wie Kollege Haas es bei der ersten Lesung im Plenum gesagt hat, dass es für die Einrichtungen überhaupt kein Problem wäre, die Angaben ab 1995 vorzulegen. Laut der Liga gibt es keinerlei Vorgaben und Bestimmungen von der Zustimmungsbehörde, also vom LWV, darüber, wie hoch der Anteil der Instandhaltungskosten bei den gewährten Investitionskosten war. Unter diesen Umständen einen Nachweis für tatsächlich vorgenommene Instandhaltungen einzuführen bedeutet für die Einrichtungen und auch für die kontrollierende Behörde einen ungeheuren Aufwand,

(Abg. Alfred Haas CDU: Nein! Pro Jahr eine Zahl!)

und deshalb lehnen wir diese Forderung ab.

(Beifall bei den Grünen)

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich noch einen Punkt aufgreifen, den ich auch bei der ersten Lesung schon angesprochen habe, und zwar die Ersetzung des Begriffs der „bedarfsgerechten Versorgung“ durch den Begriff „notwendige Grundversorgung“. Herr Sozialminister Repnik hat im Sozialausschuss ausgeführt, dass dies selbstverständlich eine gewisse Einschränkung bedeutet, nämlich dass beispielsweise in einem Wohngebiet, in dem bereits ausreichend viele Wohnheimplätze vorhanden sind, nicht noch weitere Plätze mit anderer Güte, anderer Qualität oder anderen Standards eingefordert werden können. Das halte ich in der Tat für problematisch, weil ich finde, dass auch ältere und pflegebedürftige Menschen die Möglichkeit haben müssten, zu entscheiden, in welchen Einrichtungen mit welchen Standards und mit welcher Qualität sie wohnen wollen. Es muss also auch da die Möglichkeit eines Wunsch- und Wahlrechts geben.

(Zurufe der Abg. Kleinmann und Dr. Noll FDP/  
DVP)

Ich glaube, dass die Neudefinition dazu beiträgt, dass man eher Qualitätseinbußen erwartet. Daher wäre „bedarfsgerechte Versorgung“ als Qualitätsbegriff in diesem Gesetzentwurf viel geeigneter.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ja, es blinkt. – Sie sehen, dass all unsere Befürchtungen und Kritikpunkte am Gesetzentwurf nicht ausgeräumt werden konnten. Deshalb können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Sozialminister Dr. Repnik.

**Sozialminister Dr. Repnik:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 22. April 2004 dem Gesetzentwurf der Landesregierung mehrheitlich zugestimmt. Ich hoffe, dass wir das Verfahren nun zügig zu Ende bringen können, weil wir auch das Förderprogramm 2004 so schnell wie möglich auf den Weg bringen wollen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Pflegeheimförderung ändern wir die Förderbestimmungen des Landespflegegesetzes und der Pflegeheimförderung. Ziel ist es, den Abbau des bestehenden Förderstaus und eine raschere Umsetzung der Fördervorhaben auf den Weg zu bringen.

Frau Altpeter, Sie sagen, wir lobten es über den grünen Klee. Aber dass es in Zeiten, in denen wir im Landeshaushalt permanent zurückfahren und reduzieren,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist ein Riesenerfolg!)

uns, den Sozialpolitikern, gelungen ist, eine Steigerung um fast 50 % – Herr Dr. Lasotta hat die Zahlen genannt – mittel- und langfristig zu erreichen, ist in der Tat ein Riesenerfolg.

(Abg. Schmiedel SPD: Unzureichend!)

Dafür dürfen wir uns wirklich auch loben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Schmiedel, Sie reden morgen nach dem Motto, es werde viel zu wenig gespart, aber übermorgen verlangen Sie hier mehr Geld.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

50 % Steigerung in der heutigen Zeit ist in der Tat ein Wort.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! Genau! – Abg. Pfisterer CDU: Ein großes Wort sogar!)

Ich darf noch einmal auf die wichtigsten Änderungen eingehen. Wir senken die Förderquoten von 60 auf 45 % ab – übrigens alles mit den kommunalen Landesverbänden, aber auch mit der Liga besprochen. Wir schränken die Förderatbestände und Sonderregelungen ein. Wir gehen bewusst auf den Abzug für unterlassene Instandhaltungen bei Sanierungsvorhaben ein. Natürlich müssen die Träger schon heute das Geld auf die Seite legen.

(Minister Dr. Repnik)

Sie sagen, es sei viel zu teuer, das nachzuweisen. Frau Altpeter, ich bin Geschäftsmann – immer gewesen.

(Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ich habe in meinem Betrieb viele Umbau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Bei einer guten Buchführung brauche ich keine drei Tage, sondern fünf Minuten,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Eine Zahl! Ein Knopfdruck mit der EDV!)

um die Rechnungen zu allen Sanierungsmaßnahmen der letzten zehn Jahre herauszusuchen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie müssen das sowieso aufheben!)

Von wegen Bürokratie! Lassen Sie doch die Kirche im Dorf.

Wir wollen bewusst die förderbaren Höchstplatzzahlen in der Regel auf 100 Plätze bei Neuvorhaben begrenzen, um kleinere, wohnortnahe Einrichtungen fördern zu können. Auch fordern wir bewusst die Einführung des Eigenmittelanteils der Träger in Höhe von 10 % der Baukosten.

Jetzt sagen Sie, da seien kapitalschwächere Träger benachteiligt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja!)

Vielleicht bewusst.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Aha!)

– Ja, natürlich, ich möchte auch, dass wir nur Trägerorganisationen haben, die so weit wirtschaftlich saniert sind, dass wir sagen können, sie können so ein Haus auch noch in 10 oder 15 Jahren betreiben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! Sehr richtig!)

Was haben wir denn davon, wenn wir sie in die Insolvenz hineinführen? Gar nichts haben wir davon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben jetzt genug Probleme mit anderen Trägern, die da und dort Schwierigkeiten bekommen, sodass das Land dann in irgendeiner Form die Menschen übernehmen muss, die in diesen Heimen sind.

Natürlich verschweigen wir nicht, dass mit der Änderung auch höhere Heimentgelte in Kauf genommen werden müssen. Sie haben die monatlich 120 oder 130 € Mehrkosten angesprochen. Ich glaube aber, dies kann man heute auch vertreten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Landesseniorenrat stimmt dem auch zu!)

Ich denke aber, dass die Vorteile für die pflegebedürftigen Menschen, die auf stationäre Versorgung angewiesen sind, eindeutig überwiegen. Die Vorteile sind: Wir können notwendige zusätzliche Pflegeheimplätze rascher verfügbar machen. Das Geld können wir leider nicht vermehren, aber die Lebensumstände in den älteren, sanierungsbedürftigen

Heimen können zeitnah verbessert werden. Auch das war ein Wunsch von Ihnen, Frau Altpeter. Der ortsnaher Ausbau und die demenzspezifische Qualifizierung können konsequent fortgesetzt werden.

Die neuen Förderbestimmungen werden bereits im diesjährigen Pflegeheimförderprogramm gelten. Wir haben das Programm so weit vorbereitet, dass es unmittelbar nach Inkrafttreten des Gesetzes, also heute, wenn Sie zustimmen, umgesetzt werden kann. Im Pflegeheimförderprogramm – das Kabinett muss darüber noch entscheiden – haben wir 48 Projekte. Sie verteilen sich auf 34 Stadt- und Landkreise bzw. 25 Städte und Gemeinden. Dies zeigt, dass wir eine breitere Wirkung erzielen. Von dieser Förderung profitieren insbesondere auch kleinere Kommunen im ländlichen Raum und strukturschwache Regionen.

In den vergangenen Jahren hatten wir unseren Förderungsschwerpunkt zunehmend auf Neubauprojekte verlagert. Damit hat sich vor allem im Sanierungsbereich doch ein erheblicher Förderstau gebildet. Mit dem diesjährigen Förderprogramm wollen wir einen gewissen Ausgleich schaffen und stellen wieder mehr Mittel für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen, Substanzerhaltung und Strukturverbesserung zur Verfügung. Dennoch können wir mit dem Programm, das wir vorbereitet haben, ca. 1 300 zusätzliche teil- und vollstationäre Pflegeplätze schaffen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr gut!)

Damit werden wir regionale Versorgungsdefizite ausgleichen und wohnortnahe Pflegeangebote weiter ausbauen. Wir sichern mit dem Förderprogramm 2004 die notwendige pflegerische Versorgung, erhalten das gute Versorgungsniveau und verbessern die Versorgungsstrukturen im Land Baden-Württemberg.

Gleichzeitig gehen von diesem Programm auch wichtige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Impulse aus. Das wird immer wieder vergessen. Mit dem diesjährigen Programm können wir Investitionen in Höhe von 240 Millionen € auf den Weg bringen. Mit den bis zu 1 300 neuen Pflegeheimplätzen ist die Schaffung von rund 760 Vollzeitstellen, sofern wir dafür Pflegekräfte finden, verbunden.

Eines, Herr Kollege Noll, sage ich einfach nur am Rande: Wenn wir beim Städtebauförderprogramm immer davon sprechen, dass 1 € Förderung bis zu 8 € an Ausgaben auslöst, können wir auch im Pflegeheimprogramm davon sprechen, dass 1 € dann zumindest bis zu 4 € im Wirtschaftsprogramm auf den Weg bringt. Dies ist Mittelstandsförderung.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das würde auch ohne Förderung gebaut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem SGB XI sind die Länder für die Pflegeinfrastruktur verantwortlich. Entsprechend dieser Verantwortung haben wir die Pflegeheimförderung, Frau Altpeter, konsequent als eine Infrastrukturförderung ausgestaltet, in den letzten zwei Jahren um 50 % erhöht und damit die Infrastrukturentwicklung gezielt gefördert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Dr. Repnik)

– Der Kollege Rüeck weiß, was das im ländlichen Raum wert ist.

(Abg. Rüeck CDU: Was wahr ist, muss gesagt werden und darf auch mit Applaus quittiert werden! – Beifall bei der CDU)

Ich möchte eines sehr deutlich sagen: Die Änderungen der Fördermodalitäten bedeuten aus meiner Sicht überhaupt nicht, dass wir von der Objekt- zur Subjektförderung übergehen – überhaupt nicht! –,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was? Natürlich!)

sondern wir haben nur die Modalitäten verändert, weil wir glauben, dass wir damit mehr erreichen können, und weil die Träger damit einverstanden waren. Für mich ist das überhaupt kein Weg von der Objekt- zur Subjektförderung, auch wenn es ein Partner dieser Koalition so in den Raum stellen wollte. Mit mir nicht!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

Solange ich Verantwortung trage, werde ich mich vehement dagegen verwahren –

(Abg. Rüeck CDU: Sehr gut! – Beifall des Abg. Rüeck CDU)

zumal wir noch 10 000 Plätze brauchen –, die Objektförderung von heute auf morgen abzuschaffen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gibt es dafür auch Gründe, Herr Minister?)

– Ja, es gibt einen Grund dafür. Wir brauchen in den nächsten zehn Jahren noch ca. 10 000 Pflegeheimplätze, konservativ gerechnet. Diese können wir auf dem freien Markt nicht schaffen. Wir wollen sie wohnortnah und für Demenzgruppen schaffen, wir wollen Schwerpunkte setzen, und dies kann der freie Markt allein nicht leisten.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Das stimmt ausnahmsweise!)

Im Übrigen sind natürlich auch alle privaten Einrichtungen förderfähig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir wichtig, das zu sagen, damit da nicht aus der Koalition falsche Zungenschläge herüberkommen, die ich so nicht mitverantworten kann.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Noll?

**Sozialminister Dr. Repnik:** Ja, bitte, gerne.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Minister, sind Sie mit mir einig, dass Sozialhilfe klassische Subjektförderung ist?

**Sozialminister Dr. Repnik:** Natürlich.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Und sind wir uns auch einig, dass wir aufgrund der Umstellung der Förderung mehr Sozialhilfe bezahlen müssen, weil wir nicht mehr eine so hohe Objektförderung pro Platz zahlen können?

**Sozialminister Dr. Repnik:** Dies lässt sich leider nicht vermeiden.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Richtig. Also werden wir dann mit der jetzt veränderten Förderung mehr Subjektförderung leisten müssen, das heißt, wir sind auf dem Weg hin zu mehr Subjektförderung.

(Abg. Hauk CDU: Nein! – Abg. Rüeck CDU: Das waren zwei Zwischenfragen und eine Bemerkung!)

**Sozialminister Dr. Repnik:** Lieber Kollege und Freund Noll, ich wollte damit nur darstellen, dass man jetzt nicht gegenüber allen Trägern draußen den Eindruck erweckt, dass die Subjektförderung im nächsten Jahr Fakt ist und die Objektförderung ausläuft. Wir werden auch in den nächsten Jahren an der Objektförderung festhalten müssen, wenn wir eine wohnortnahe Versorgung im Land Baden-Württemberg gewährleisten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube, darin sind wir uns einig.

Ich nenne jetzt nicht mehr im Einzelnen, was wir alles erfolgreich auf den Weg gebracht haben. Ich meine, diese Förderung ist ein wirksames Steuerungs- und Gestaltungsmittel in der Altenpolitik des Landes, und das soll auch so bleiben. Helfen Sie gemeinsam mit, dass dies weiterhin möglich sein wird. Es könnte ja auch sein, dass die geringen Bedenken der Fraktion der Grünen sich durch die Diskussion ausräumen ließen. Sie können dem Gesetzentwurf mit Sicherheit zustimmen, weil wir gemeinsam eine gute Altenpolitik im Land Baden-Württemberg gestalten wollen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l - a b s t i m m u n g*.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 13/3128 Ziffer 1. Der Sozialausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landpflegegesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung der Verordnung zur Förderung von Pflegeheimen nach dem Landpflegegesetz

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe auf

### Artikel 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? –  
Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

### Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? –  
Artikel 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Mai 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neuordnung der Pflegeheimförderung“.  
– Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Ziffer 2 der Beschlussempfehlung abzustimmen. – Sie stimmen Ziffer 2 zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen – Drucksache 13/3000**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/3118**

**Berichterstatte(r)in: Abg. Margot Queitsch**

#### **b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Staatliche Wetten und Lotterien in Baden-Württemberg – Drucksache 13/3047**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Begründung des Antrags der Fraktion der SPD fünf Minuten und für die Allgemeine Aussprache über die Buchstaben a und b eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Ich rufe dazu noch den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3169, zu dem Antrag der Fraktion der SPD – Staatliche Wetten

und Lotterien in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/3047, auf.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Queitsch.

**Abg. Margot Queitsch** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion und die Stellungnahme des Finanzministeriums haben deutlich gezeigt, wie wichtig dieser Staatsvertrag zur Regionalisierung ist, über den wir heute gleichzeitig mit abstimmen. Es wurde auch durch die Zahlen ganz deutlich, wie sehr Baden-Württemberg durch die gewerblichen Spielvermittler benachteiligt worden ist, sodass wir auch sehr froh sind, dass wir heute über den Staatsvertrag mit abstimmen.

Ich kann auch gleich zu dem Änderungsantrag der CDU und der FDP/DVP sagen, dass wir diesem Antrag zustimmen. Es ist eigentlich logisch, dass man sich in den nächsten Monaten mit den einschlägigen Gerichtsurteilen befasst, denn die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag lautet auch dahin gehend, dass die ganze Sachlage geprüft werde. Infolgedessen werden wir da zustimmen.

Eines allerdings, meine Damen und Herren, ist uns wirklich unverständlich. Da wir festgestellt haben, dass im Grunde genommen in Lottowesen bisher eine gewisse Benachteiligung für Baden-Württemberg vorhanden war und dass auch rückläufige Zahlen zu verzeichnen waren, war es eigentlich für uns sehr logisch und zwangsläufig, dass man sich Gedanken über neue Lotteriespiele macht, und eines dieser neuen Lotteriespiele ist das so genannte Keno-Spiel.

Für die, die es nicht wissen: Keno ist ein strategisches Spiel, das zwar aus China kommt, aber in sehr vielen Ländern Europas gespielt wird. Beispielsweise wird es in Frankreich sogar zweimal täglich gespielt. Es ist ein Spiel – eine hessische Machbarkeitsstudie hat es einmal untersucht –, das sich an Spieler wendet, die bisher an irgendwelchen Konkurrenzspielen teilnehmen, die aber dieses Keno-Spiel sehr gerne annehmen.

Für uns war es sehr logisch, dass man sich hier in Baden-Württemberg auch vonseiten des Finanzministeriums überlegt, ob man sich nicht auch an dieser Lotterie beteiligen sollte. Es gab ja auch sehr enge Abstimmungen zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Baden-Württemberg. Das gipfelte sogar darin – was wir sehr begrüßt haben, als wir davon erfahren haben –, dass es eine Kabinettsvorlage gab, in der die Einführung dieses Spiels auch für Baden-Württemberg beantragt worden ist. Wie wir gehört haben, ist diese Kabinettsvorlage allerdings im Kabinett am entscheidenden Widerstand eines einzelnen Herrn gescheitert.

Ich habe wirklich mit einem gewissen, muss ich jetzt einfach sagen, Vergnügen in der Stellungnahme der Landesregierung gelesen, dass dort von „ordnungsrechtlichen Bedenken gegen das Vorhaben“ gesprochen wird. Jetzt frage ich mich natürlich: Haben das Finanzministerium und das Innenministerium bisher so schlampig gearbeitet, dass diese ordnungsrechtlichen Bedenken nicht aufgenommen worden sind? Anders kann ich mir nicht erklären, dass eine Vorlage dieser beiden Ressorts bis ins Kabinett kommt und dann

(Margot Queitsch)

erst argumentiert wird, es gebe ordnungsrechtliche Bedenken. Da sollten Sie, denke ich, auch ehrlicher mit dem Tatbestand umgehen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dann müssen Sie sich mit dem Thema „Sünde“ beschäftigen!)

dass es einzig und allein darum geht, dass der Widerstand des Ministerpräsidenten wieder einmal so groß war und ausreichte, dass die CDU- und auch die FDP/DVP-Fraktion ihre ursprünglich vorgesehene Zustimmung wieder zurücknehmen und sagen: Wir wollen das gar nicht, wir wollen weiter beobachten.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist noch nicht entschieden! – Abg. Stickelberger SPD: Er hat sie beim Spielen erwischt!)

Wir bedauern das sehr. Ich denke, Sie werden halt wieder einmal wie die alte Fasnethinterherhinken. Im Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Hessen läuft dieses Spiel mit großem Erfolg. Wir haben wieder einmal unsere Bedenken, das heißt, ein einzelner Herr hat diese Bedenken. Wir warten ab, wir werden beobachten, und irgendwann werden wir sehen, dass wir dem doch zustimmen müssen. Meine Damen und Herren von der CDU und auch von der FDP/DVP, wir hätten es gut gefunden, wenn Sie sich ein bisschen emanzipierter gezeigt und dieser Vorlage zugestimmt hätten, und würden es begrüßen, wenn Sie nachher unserem Beschlussantrag zustimmen würden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wusste gar nicht, dass Frau Kollegin Queitsch offensiv wie eine Gamblerin argumentiert. Ich wünsche ihr bei ihrem nächsten Einsatz viel Glück. Es gibt viele Möglichkeiten, Lotterien zu spielen – von der Pferdewette bis zur staatlichen Lotterie.

(Abg. Drexler SPD: Ja, Sie sind bei der CDU!)

– Herr Kollege Drexler, das ist vielleicht auch ein Fall für die Systemwette. Heute Morgen war das mit dem System nicht so ganz stringent, aber heute Mittag haben wir ja das Glück, noch einmal auf die sechs Richtigen zu setzen.

Meine Damen und Herren, ernster Kern bei einem Thema, bei dem im zu beratenden Stoff weitestgehend Konsens besteht: Sie wissen alle, dass die Regelungen jetzt staatsvertraglich getroffen und zwischen den Ländern verabredet sind. Sie kennen den Hintergrund: gewerbliche Spielvermittler, die ihren Kunden bundesweit und auch international etwa die Teilnahme an Tippgemeinschaften für Lotterien anbieten, welche dann in aller Regel in einem Bundesland – da hat ja Nordrhein-Westfalen einen sehr starken Anteil – platziert werden. Die Regionalisierung in Form des Staatsvertrags, den wir jetzt gesetzgeberisch umsetzen, bedeutet, dass die Bundesländer entsprechend der Einsatzhöhe partizipieren und dass wir damit eine Gerechtigkeitslücke zwischen den Bundesländern schließen.

Wir liegen bei unserem Änderungsantrag – ich sage es einmal etwas vorsichtiger, Frau Kollegin Queitsch, auch Sie haben das ja richtigerweise festgestellt – in der Sache nicht weit auseinander. Ich möchte Ihnen das an einem Punkt Ihrer Rede und auch bezogen auf den Antrag der SPD und die Stellungnahme der Landesregierung begründen: Es ist eben nicht so, dass es, wie es in Ziffer 2 Ihres Antrags steht, eine schwache Umsatzentwicklung gibt. Wenn Sie nämlich einmal in die Anlage 1 der Stellungnahme hineinschauen, dann stellen Sie fest, dass wir bei den staatlichen Wetten und Lotterien in Baden-Württemberg im Jahr 1999 Spieleinsätze in Höhe von 997 Millionen € hatten, im Folgejahr waren es 1 015 Millionen €, danach 1 066 Millionen €, dann 1 046 Millionen € und im Jahr 2003 1 024 Millionen €. Ich glaube, dass der Rückgang in Höhe von, gerundet gerechnet, etwa 2 oder 3 % des jeweiligen Gesamtaufkommens einfach in der allgemeinen Marktentwicklung liegt und dass diese Margen auch darauf zurückzuführen sind, dass eben viele in das System der gewerblichen Spielvermittler oder in andere Wettformen hineingewechselt sind.

Deshalb ist es richtig, auch vor dem Hintergrund zweier EuGH-Urteile und vor dem Hintergrund, dass es jetzt in Hessen ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichtshofs gibt und auch in der baden-württembergischen Rechtsprechung Urteile ins Haus stehen, dass wir in den nächsten Monaten, so möchte ich es einmal ausdrücken, im Sinne unseres Antrags „tätig zuwarten“ und damit im Laufe dieses Jahres gemeinschaftlich erneut in den richtigen Lösungsweg zu diesem Thema hineinfinden.

Die staatlichen Wetten und Lotterien in Baden-Württemberg sind für das Land unverzichtbar. Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir eine Balance brauchen zwischen der Hinwendung zu einer kontrollierten Möglichkeit des Spiels und der Abwendung von Gefahren für die Menschen durch Phänomene wie Spielsucht oder dem maßlosen Verprassen von Geld – ich nenne das das Flottwell-Syndrom; Sie kennen das ja aus dem Theaterstück von Raimund, wo Flottwell sein Geld unter anderem beim Spielen hinauswirft. Ernsthaft: Wenn Sie die baden-württembergischen Zahlen lesen, dann sehen Sie, dass wir in einer guten Ertragslage sind. Die Ihrem Antrag zugrunde liegende Annahme, es gebe hier eine Schrumpfung, so will ich es formulieren, des Aufkommens, trifft nicht zu. Vielmehr sind die Einnahmen im staatlichen Lotterien- und Wettwesen in den letzten Jahren, bei Lichte besehen, in etwa vergleichbar geblieben; sie sind nicht identisch, aber vergleichbar.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Es ist immer erfreulich, zu einem Gesetz zu reden, das im Konsens des Parlaments verabschiedet wird. Das erleichtert uns den Einstieg in den Nachmittag. Ich bedanke mich bei der SPD, dass diesmal die Zwischenrufe bei meiner Person unterblieben sind, und wünsche uns einen schönen Nachmittag.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ein schlechtes Zeichen! – Abg. Drexler SPD: Das ist ein sehr schlechtes Zeichen, wenn wir keine Zurufe machen! Waren Sie zu langweilig? – Heiterkeit)

– Nein, das ist nicht meine Art.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Alles Wesentliche ist gesagt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ein kleiner Zusatz: Zugleich werden die Lotteriesteuern den Ländern zugewiesen, aus denen die Spielumsätze stammen. Das ist unter Gerechtigkeitsaspekten richtig.

Wir sind uns in der Sache einig. Alle Ministerpräsidenten einschließlich der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein haben diesem Staatsvertrag zugestimmt. Auch die FDP/DVP stimmt zu.

Spaßeshalber sei noch Frau Kollegin Queitsch gegenüber, die vorhin über Keno gesprochen hat, erwähnt:

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie wussten ja gerade eben noch gar nicht, was Keno ist!)

Sie müssen sich vielleicht einmal mit dem Begriff der Hamartologie beschäftigen. Das ist die Lehre von den Sünden; da spielen auch die Spielsünden eine Rolle.

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Das letzte Wort ist in dieser Sache sicherlich noch nicht gesprochen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Scheuermann CDU: Maßvoll sündigen!)

– Luther sagte: „Sündige tapfer, bete tapferer.“

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind ja nicht gerade optimal für das Glücksspiel. Umso ärgerlicher ist es, dass entgegen dem allgemeinen Bundestrend die gewerblichen Spielvermittler Zuwächse verzeichnen. Diese sitzen leider nicht in Baden-Württemberg, sondern ziehen ganz im Gegenteil erhebliche Spieleinsätze aus Baden-Württemberg ab. Die Hauptprofiture sind Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Daher ist es auch aus unserer Sicht höchste Zeit, dass man sich einigt und eine Regionalisierung dieser Spieleinsätze einführt. Das ist schlichtweg auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Wir haben zwar keine hundertprozentige Regionalisierung – das hätten wir Baden-Württemberger natürlich sehr gern gehabt –, aber wir sind auf alle Fälle auf einem guten Weg. Wir haben auch die Möglichkeit – so ist es in dem Staatsvertrag enthalten –, diese Berechnung und Verteilung alle zwei Jahre überprüfen zu lassen. Ich gehe davon aus, dass unser Finanzministerium ein scharfes Auge darauf haben wird.

Noch eine Anmerkung zu Keno: Wir werden dem SPD-Antrag zustimmen. Keno ist ja kein reines Internet-Spiel, aber ein Großteil der Umsätze wird natürlich über das Internet

getätigt. Da muss man heutzutage einfach feststellen: Das Internet kennt keine Grenzen. Daher macht es Sinn, dass Keno auch in Baden-Württemberg angeboten wird, bevor die Leute auf illegale Glücksspiele von ausländischen Anbietern ausweichen. Es gibt natürlich ein Problem, und zwar die Überprüfung des Alters.

(Abg. Hauk CDU: Genau!)

Das ist noch nicht gelöst. Dieses Problem sehe ich in der Tat. Ich denke aber, man hat es auch in anderen Bereichen geschafft. Daher bin ich zuversichtlich.

Wir stimmen dem Antrag der SPD zu. Ich gehe davon aus, das Finanzministerium würde im Geiste auch gern zustimmen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Margot Queitsch SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

**Staatssekretär Rückert:** Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf daran erinnern, dass ich bei der Ersten Beratung aus zeitökonomischen Gründen meine Rede zu Protokoll gegeben habe. Ich möchte jetzt zu dem Hauptpunkt ebenfalls keine weiter gehenden Aussagen machen. Meine Vorredner haben die wesentlichen Eckpunkte dieses Gesetzes zum Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen zutreffend dargestellt. Hieran möchte ich anknüpfen und möchte um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf bitten.

Dieser Staatsvertrag sowie auch der morgen zur Diskussion stehende Lotteriestaatsvertrag dienen aus unserer Sicht letztendlich einem geordneten Lotterie- und Glücksspielwesen in Baden-Württemberg und in ganz Deutschland.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: So ist es! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ordnung muss sein!)

Nun komme ich zu dem Antrag der SPD-Fraktion, der sich mit seinen Fragen auf die finanzielle Seite der Entwicklung der staatlichen Lotterien und Wetten in unserem Land konzentriert. Dazu ist festzuhalten, dass wir im Jahr 2001 das Spitzenjahr überhaupt in der Geschichte von Toto-Lotto hatten und dass seitdem die Spieleinsätze um knapp 4 % von rund 1,07 Milliarden € auf 1,02 Milliarden € zurückgegangen sind.

Wo sind die Ursachen hierfür zu suchen? Vorweg müssen wir festhalten, dass es bisher tatsächlich um eine leichte Abschwächung geht und noch nicht um einen dramatischen Rückgang. Ich möchte, ohne irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen, einfach versuchen, die vier wesentlichen Gründe dafür herauszuarbeiten.

Erstens – Frau Dederer, Sie haben es angesprochen – hat die allgemeine konjunkturelle Lage und die damit einhergehende ungünstige Entwicklung des verfügbaren Einkom-

(Staatssekretär Rückert)

mens – wir lesen das tagtäglich – zu einer Konsumzurückhaltung geführt. Das schlägt auch auf Toto-Lotto durch. Eine Besserung lässt weiter auf sich warten, wenn sich die bundesweiten Rahmenbedingungen – ich möchte es einmal so allgemein sagen – nicht verbessern. Das ist Punkt 1.

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Herr Reichardt, Sie können es wirklich nicht sein lassen!)

Punkt 2: Wir haben – auch das muss man wissen – von 2001 auf 2002 im Rahmen der Euro-Einführung eine glatte Halbierung und Rundung der Lospreise vorgenommen, die dazu geführt haben, dass auch dort 2,2 % verloren worden sind.

Punkt 3 – das ist der wesentliche Anteil – ist die Tatsache, dass verstärkt bundesweit tätige gewerbliche Spielevermittler auftreten und uns letztendlich Erträge abgezogen haben.

Punkt 4 ist leider der stark wachsende illegale Lotterie- und Wettmarkt. Da denke ich insbesondere an die illegalen Sportwettenanbieter, die – wohlgemerkt bisher nur in Einzelfällen – jüngst vor Gericht vorläufige Erfolge erzielt haben.

Nun werden wir einen Teil der Rückgänge über die Regionalisierung, die jetzt durch den Staatsvertrag geregelt wird, auffangen. Ich darf festhalten, dass dieser Regionalisierungs-Staatsvertrag von uns auf Bundesebene initiiert wurde und dass wir eigentlich erst einen Durchbruch erzielen, als Faber von Nordrhein-Westfalen nach Niedersachsen ging – und siehe da, urplötzlich hat uns auch Nordrhein-Westfalen unterstützt.

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es halt!)

Wir erwarten durch diese Korrektur ein Reinertragsplus von 9 bis 10 Millionen € im Jahr. Diese Regelung tritt allerdings erst am 1. Juli 2004 in Kraft und wird sich daher – wegen des einjährigen Zeitversatzes im Jahr 2005 – zunächst nur mit der Hälfte haushaltswirksam niederschlagen.

Wie reagieren wir weiter auf die veränderte Situation? Man muss Folgendes festhalten: Das bisherige staatliche Monopol ist ein hohes Gut.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Der Entwicklung können wir deswegen nur durch eine ordnungsrechtlich vertretbare Anpassung der staatlichen Lotterie- und Wettangebote entgegenreten. Legitimation aller staatlichen Lotterie- und Wettangebote sind eben ordnungsrechtliche Überlegungen, die sich an den sich durchaus verändernden Bedürfnissen der Spielteilnehmer auszurichten haben. Hierbei kann es nun geboten erscheinen, erstens – was wir schon immer tun – herkömmliche Spiele fortzuentwickeln, zweitens in elektronische Spielmöglichkeiten einzusteigen und drittens auch völlig neue Spielangebote zu kreieren. Ziel dabei ist, mit der Schaffung legaler Spielangebote den illegalen Angeboten die Attraktivität zu nehmen.

Ich habe Ihnen ja gesagt, die herkömmlichen Spiele haben wir von Jahr zu Jahr fortentwickelt.

Wir haben aber auch bei der zweiten Möglichkeit, den elektronischen Spielmöglichkeiten, gehandelt. Seit Mai 2001 ist das Angebot der staatlichen Lottogesellschaft über das Internet erreichbar. Die Entwicklung ist – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Anfangsniveau – erfreulich. Ich darf Ihnen folgende Umsatzzahlen nennen: 2001 1,5 Millionen €, 2002 4,4 Millionen € und 2003 7,9 Millionen €. Aufgrund der gegenwärtigen Entwicklung dürfen wir im Wirtschaftsjahr 2004 von 12 Millionen € ausgehen. Nur: Wir müssen die Zahlen ins richtige Verhältnis setzen. Der Einstieg mit 1,5 Millionen € lag deutlich unter 1 % des Gesamtumsatzes; von da steigen wir jetzt also Schritt für Schritt hoch.

Nun zur dritten Variante: Kreation neuer Spiele. Ob und wann eine neue Lotterie, wie zum Beispiel die Keno-Lotterie, eingeführt wird, muss die Zukunft weisen. Dass diese Lotterie nicht – ich bekenne mich dazu –, wie vom Finanzministerium geplant, im Frühjahr eingeführt wurde, hängt tatsächlich mit unterschiedlichen ordnungsrechtlichen Einschätzungen nicht nur des Staatsministeriums, sondern auch anderer Ressorts zusammen; bitte personifizieren Sie das nicht zu sehr.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das kann man schon personifizieren!)

Diese haben wir zu respektieren. Mein Minister hat – Sie haben es ja gelesen – seinerzeit im Kabinett den Antrag zurückgezogen. Wir wollen Fakten nicht verschweigen; so war es.

(Zuruf von der SPD: Das ist gut!)

Die Sache ist aus unserer Sicht nicht endgültig zu den Akten gelegt.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir wollen mit anderen Ländern die Entwicklung dieser Lotterie in den Starterländern – Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen – beobachten und dann nach einer überschaubaren Beobachtungsphase zusammen mit anderen Flächenländern die Einführung von Keno erneut prüfen. Dass wir da mit der gegenwärtigen Zurückhaltung nicht so solitär dastehen, mögen Sie daran sehen, dass sich so große Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen und Bayern ebenfalls noch nicht zu einem Einstieg entschließen konnten

(Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

und auch in der Prüfungsphase sind. Aber ich sage: Es ist nicht endgültig vom Tisch. Nach dem Änderungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 13/3169, sollen wir den Auftrag bekommen, bis Ende dieses Jahres über die Entwicklung zu berichten. Wir werden die notwendige Beobachtungsphase in diesen Bericht mit einbeziehen.

So lange bleibt auch abzuwarten, welche Auswirkungen der morgen zu beratende Staatsvertrag zum Lotteriewesen hat. Diese bundesweit einheitliche Rechtsgrundlage für die Zulassung privater Lotterien wird in Zukunft Maßstab für die rechtliche Zulässigkeit aller Lotterie- und Wettangebote sein.

(Staatssekretär Rückert)

Die Entscheidungen einzelner deutscher Gerichte und des Europäischen Gerichtshofs bedeuten nach unserer Auffassung nicht das Ende der staatlichen Lotterie- und Wettangebote. Ich verweise darauf, dass jene Entscheidungen deutscher Gerichte zugunsten der Sportwettenanbieter nur vorläufigen Charakter haben. In der Hauptsache liegen noch keine Entscheidungen vor. Es gibt auch anders lautende Gerichtsentscheidungen, zum Beispiel des Bayerischen Obersten Landesgerichts, des Oberlandesgerichts Hamm, der Verwaltungsgerichte München und Stade und des Landgerichts Bremen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Bewertungen der jüngsten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auch auseinander gehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Der Europäische Gerichtshof hat nicht entschieden: „Wer wirbt, hat nur fiskalische Interessen.“ Um eine angemessene Werbung, die die spielbereite Bevölkerung anspricht, werden auch staatliche Toto- und Lottogesellschaften nicht herumkommen.

Der morgen zu beratende Staatsvertrag zum Lotteriewesen wird auch für die Gerichte neue Prüfungsmaßstäbe setzen. Wir sind der Meinung, dass dieser Staatsvertrag im Einklang mit den europäischen Entwicklungen steht. Nicht nur die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, auch die geplante Dienstleistungsdirektive lässt aus ordnungsrechtlichen Gründen letztendlich Ausnahmen von der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit zu.

Daher gehe ich nicht davon aus, dass uns eine Liberalisierung, wie sie in anderen Ländern freiwillig praktiziert worden ist, ins Haus steht. Wir sind uns da mit den anderen Ländern einig. Wir sehen, dass dort, wo unbegrenzt liberalisiert worden ist, negative Auswirkungen vorhanden sind: dass rein aus privatem Gewinnstreben offerierte Glücksspielangebote jedweder Art unkontrolliert ausufern.

Deswegen meine ich, dass die politisch Verantwortlichen – vom Land über den Bund bis hin nach Brüssel – einem staatlichen Glücksspielangebot, das dem Spielbedürfnis der Bevölkerung in ausreichender und gebotener, aber auch begrenzender Weise Rechnung trägt, auch in Zukunft eine Chance geben werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3169, zu dem Antrag der Fraktion der SPD – Staatliche Wetten und Lotterien in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/3047, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist eine Ergänzung, keine Ersetzung! – Abg. Margot Queitsch SPD: Das ist eine Ergänzung unseres Antrags! – Gegenruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es steht aber „Änderungsantrag“ drauf!)

– Das ist ein Änderungsantrag, der von der CDU- und der FDP/DVP-Fraktion eingebracht wurde. – Wer stimmt gegen den Änderungsantrag Drucksache 13/3169? – Wer enthält sich der Stimme? – Meine Damen und Herren, der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/3169, ist einstimmig angenommen.

Damit ist Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3047, erledigt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein! Über Abschnitt II müssen wir abstimmen! – Abg. Margot Queitsch SPD: Abschnitt II ist ein Beschlussantrag!)

– Mir wurde mitgeteilt, mit der Zustimmung zu dem Änderungsantrag sei Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/3047 erledigt. Aber wir können gern noch über diesen Abschnitt abstimmen.

Meine Damen und Herren, Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3047, ist aufgrund der Aussprache erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt II dieses Antrags. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 13/3000.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/3118. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen. Da der Gesetzentwurf nur aus zwei Paragraphen besteht, bitte ich, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP und Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jawohl!)

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Mai 2004 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

**a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Vermögen und Projekte der Landesstiftung Baden-Württemberg – Drucksache 13/1219**

**b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Lex Landesstiftung Baden-Württemberg? Angekündigte Bundesratsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung – Drucksache 13/1241**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wer von den Damen und Herren der SPD möchte dazu sprechen? – Niemand. Wird von der CDU auch nicht das Wort zu einer Stellungnahme gewünscht?

(Abg. Hauk CDU: Wir haben es nicht beantragt! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Der Nils Schmid kommt gleich! – Abg. Hauk CDU: Wir wollen erst mal wissen, was die SPD will! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Ja, ja! Das gab es bei euch auch schon!)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass zunächst einmal die SPD begründet, warum diese Aussprache stattfinden soll. Ich weiß nicht, was ich im Augenblick dazu beitragen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich würde selbstverständlich auf das eingehen, was die SPD in dieser Sache sagt. Aber im Augenblick sehe ich keinen Grund, eine Stellungnahme zur Sache abzugeben.

(Abg. Birzele SPD: Warum haben Sie dann das Wort ergriffen? – Zurufe von der CDU: Abstimmen! – Abg. Theurer FDP/DVP: Sofortige Abstimmung!)

Deswegen würde ich bitten, dass man sich bei der SPD orientiert und schaut, dass ein Sprecher der SPD kommt. Dann würde ich gerne als Zweiter dazu Stellung nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sofortige Abstimmung! – Zurufe von der CDU: Anträge abgelehnt! – Abg. Theurer FDP/DVP: Ohne Aussprache abgelehnt!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Wünscht jemand von der Fraktion GRÜNE das Wort? –

(Zurufe von der CDU: Abstimmung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also dann stimmen wir ab!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Nein! Also jetzt! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Dederer redet dazu! – Abg. Birzele SPD: Moment! Das ist doch noch nicht geschäftsordnungsmäßig behandelt! Frau Lösch hat sich zu Wort gemeldet!)

– Frau Abg. Lösch.

**Abg. Brigitte Lösch** GRÜNE: Frau Präsidentin, ich möchte Sie darum bitten, sich einen Augenblick zu gedulden, weil unsere Sprecherin, Frau Dederer,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE betritt den Plenarsaal.)

im Augenblick den Saal betritt und gerne ihre Ausführungen machen möchte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Also bitte! Sie hat das Wort!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Warum seid ihr denn heute so schnell?

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zur Landesstiftung kann ich nicht schweigen.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Es ist ja völlig klar, dass ich jede Gelegenheit nutze, um dazu zu reden. Vielen Dank noch einmal der Kollegin Lösch für die Vorankündigung.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wir sind ja nicht so! – Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben ja wenigstens jemanden, der zu dem Thema reden kann!)

Meine Damen und Herren, das Thema Landesstiftung ist aktueller denn je. Denn die Landesfinanzen werden ja nicht besser. Die Landesstiftung hat im Moment eine Bilanzsumme von knapp 3 Milliarden €.

(Abg. Hauk CDU: So ist es!)

Das ist ein Zehntel unseres Landesetats. Das zeigt einfach die Dimension, die diese Landesstiftung mittlerweile angenommen hat. Das ist ein veritabler Schattenhaushalt, der letztendlich dem Etatrecht, unserem Königsrecht, entzogen ist.

Kontrolliert wird die Landesstiftung stattdessen von einem kleinen Kreis, vom Aufsichtsrat, der aber unseres Erachtens nicht demokratisch besetzt ist. Er ist nicht nach dem Verfahren nach d'Hondt entsprechend dem Parlament besetzt, sondern besteht zur einen Hälfte aus Regierungsmitgliedern und nur zur anderen Hälfte aus Abgeordneten. Das heißt, wir Grünen sind dort im Verhältnis zu unserem Anteil im Parlament unterrepräsentiert.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

(Heike Dederer)

Wir plädieren nach wie vor für die Auflösung der Landesstiftung, und wir haben ja neuerdings auch prominente Unterstützer, wie jetzt wieder aktuell den Bund der Steuerzahler.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Was falsch ist, bleibt falsch!)

Es gibt drei Gründe, verehrter Kollege Scheffold, die für die Auflösung der Landesstiftung sprechen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Bund braucht Geld!)

Der eine Grund ist der, dass, wie vorhin gesagt, der Aufsichtsrat über die Mittelvergabe entscheidet und eben nicht das Parlament hier.

Zweitens: Wir schmeißen mit dieser Stiftung wirklich mit Geld um uns. Dieser Betrag übersteigt bei weitem die freie Spitze, über die wir als Abgeordnete jedes Jahr im Haushalt verfügen können. Wir tun das gerade in Zeiten, in denen wir hier wirklich den letzten Euro einsparen. Sie haben beispielsweise die Gelder für die Bahnhofsmissionen gekürzt. Das zeigt doch, wie absurd die ganze Konstruktion der Landesstiftung ist.

Hinzu kommt drittens die Gemeinnützigkeitsverstrickung, die uns in der Landesstiftung enge Fesseln anlegt. Für wirklich wichtige Aufgaben, für Staatsaufgaben wie die Ausstattung der Schulen oder die Betreuung von Kindern unter drei Jahren, kann die Landesstiftung keine Gelder ausgeben.

Es geht jetzt hier nicht um einzelne Projekte der Landesstiftung. Sie wissen, dass wir viele Projekte mittragen, weil es natürlich tolle Dinge sind. Uns geht es aber hier letztendlich um die Demokratie. Wir halten es für undemokratisch, dass ein kleiner Aufsichtsrat über diese Mittelvergaben entscheidet. Wir wollen die Stiftung auflösen. Sie wissen, dass unserer Fraktion ein Gutachten vorliegt, das darlegt, dass wir die Stiftung ohne größere Steuernachzahlungen oder sogar ganz ohne Steuernachzahlungen auflösen können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na, na!)

Das würde bedeuten, dass wir die Mittel in den Landeshaushalt einstellen könnten und damit beispielsweise auch Schulden tilgen könnten. Die Landesregierung betreibt mit dieser Landesstiftung die Entmachtung des Parlaments, und wir verstehen unter Demokratie etwas anderes.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesstiftung arbeitet hervorragend. Sie leistet sehr gute Arbeit, und das ärgert verständlicherweise die Opposition. Deswegen wird nach jedem Strohalm gegriffen, um immer wieder die gleichen Vorwürfe zu erheben. Das, was die Kollegin Dederer hier gesagt hat, haben wir in sehr vielen Debatten im Grunde schon hier gehört.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ihr habt es aber immer noch nicht begriffen!)

Es geht immer um die Auflösung der Landesstiftung. Ich weiß nicht, was das bringen soll, Frau Kollegin Dederer. Wir haben hier in unzähligen Debatten dargelegt, dass dies zu einer Versteuerung der Erlöse aus dem Verkauf der EnBW-Anteile führen würde, und wir haben in unzähligen Debatten dargelegt, dass vom Verkaufserlös nur ein Bruchteil im Landeshaushalt verbleiben würde.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Kennen Sie unser Gutachten?)

Deswegen wäre es völlig unsinnig, so etwas zu machen. Das wäre völlig abwegig. Wir sind darauf aus, das Vermögen, das über Jahrzehnte erworben worden und in den Anteilen an der EnBW verkörpert geblieben ist, dem Land zu erhalten, und zwar nachhaltig zu erhalten, und es in gute Projekte umzusetzen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hat sie auch bestätigt!)

Das ist die Aufgabe, die uns gestellt ist, die wir auch erfüllen und von der wir selbstverständlich nicht abweichen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann taucht immer wieder dieses Gutachten der Grünen auf, welches besagt, es sei alles lösbar. Sie meinen, Sie hätten das Ei des Kolumbus gefunden.

Meine Damen und Herren, wir wissen längst, dass das Gutachten von falschen Annahmen ausgeht.

(Widerspruch der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Dort wird davon ausgegangen, dass die Anteile an der EnBW in eine Holding eingelegt werden. Tatsächlich hat die Holding die Anteile aber gekauft. Das sind zwei ganz grundlegend unterschiedliche Sachverhalte. Selbst die SPD hat in der wenige Wochen zurückliegenden Debatte im Finanzausschuss gesagt, was die Grünen forderten, sei unsinnig. Die SPD hat es als ausgesprochen unseriös bezeichnet, 3 Milliarden € aus diesen Mitteln für den Landeshaushalt zur Verfügung stellen zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Stellungnahme, die der Bund der Steuerzahler jetzt abgegeben hat, hilft in dieser Situation nicht weiter. Leider ist auch falsch, was der Bund der Steuerzahler der Öffentlichkeit preisgegeben hat. Es ist eben nicht richtig, dass es zu einer Nichtversteuerung kommen würde, wenn man den Verkauf hinausschieben und nach zehn Jahren tätigen würde. Das ist falsch. Auch die Aussage, dass dadurch die Erträge, die laufend aus diesem Bereich in die Landesstiftung zur Finanzierung von konkreten Projekten fließen, nicht versteuert werden müssten, ist falsch. Beides müsste versteuert werden. Der Beitrag des Bundes der Steuerzahler hilft in der aktuellen Diskussion nicht weiter. Es würde genauso zu einer Versteuerungspflicht führen, es würde genauso dazu führen, dass das allermeiste Geld der Steuerpflicht und damit dem Länderfinanzausgleich unterfiele und dem Bund und den anderen Ländern zugute käme. Das wollen wir in Baden-

(Dr. Scheffold)

Württemberg nicht. Wir wollen die Projekte, die wir gemeinsam mit Ihnen im Aufsichtsrat beschließen, auch in der Zukunft durchführen. Wir haben immerhin jährlich ca. 50 Millionen € für Projekte zur Verfügung. Das ist eine Menge Geld, und es wird in sinnvolle Projekte umgesetzt.

Ich habe mir das einmal auf den Stand des 30. April 2004 geben lassen: Photonikzentrum Baden-Württemberg 9 Millionen € in den Jahren 2001 bis 2004, Resistenzforschung 3,58 Millionen €, Nanotechnologie, Allergologieforschung, Verbundforschung 22 Millionen €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind alles höchst sinnvolle Projekte.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das, was der Bundeskanzler immer fordert, machen wir!)

– Das, was der Bundeskanzler immer fordert, machen wir. – Ich habe gerade vorhin noch in das Internet auf die Seite von „FAZ.NET“ gesehen. Da steht – der Artikel wird morgen vermutlich in der „Frankfurter Allgemeinen“ erscheinen –: „Rechte Tasche – Linke Tasche“. Gemeint ist: Das, was der Herr Bundeskanzler in der aktuellen Diskussion in die linke Tasche hineinschiebt, nimmt ihm der Staatssekretär aus der rechten Tasche wieder heraus. Für die Forschung wird nur ein Marginalbereich bleiben. Das werden wieder große Luftballons sein, was man alles für die Forschung mache. Wir hier in Baden-Württemberg tun tatsächlich etwas für die Forschung.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Würden Sie das im Bund auch machen, wäre das schön.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir können Ihrem Wunsch, die Landesstiftung aufzulösen, in keiner Weise folgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD – Abg. Theurer FDP/DVP: Punktlandung! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Wir sind bereit! – Heiterkeit)

– Sie sind schneller, als ich dachte.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Die Landesstiftung ist Ärgernis und Hemmschuh der Haushaltspolitik in Baden-Württemberg. Ärgernis deshalb, weil das Königsrecht des Parlaments, sein Haushaltsrecht, beschnitten wird. Hemmschuh deshalb, weil die Einrichtung der Landesstiftung verhindert, dass der Landeshaushalt nachhaltig konsolidiert und notwendiger Spielraum für Zukunftsinvestitionen eröffnet wird. Dies hat zuletzt auch der Bund der Steuerzahler in einer ausführlichen Studie dargelegt. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass an einem Tag

der Ministerpräsident in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender Bescherung veranstaltet

(Abg. Alfred Haas CDU: Mit dem Aufsichtsrat!)

und wir wenige Tage später hier im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg über Einsparungen diskutieren müssen. Die Landesstiftung ist immer mehr zum eigentlichen politischen Gestaltungshaushalt geworden, sodass dies nicht mehr der ordentliche Landeshaushalt ist, den wir parlamentarisch beraten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Carla Bregenzer SPD: Genau!)

Dies geht mit einem beträchtlichen Verlust an parlamentarischem Einfluss und parlamentarischer Kontrolle einher. Übrigens sind auch Kontrollverluste des Rechnungshofs zu verzeichnen. Aktuelles Beispiel dafür ist die Mittelverwendung für das Projekt „Sprachförderung im Kindergarten“, wo wir aus der Sicht der Betroffenen zahlreiche Unzulänglichkeiten in Bezug auf einen pünktlichen Mittelabfluss zu befürchten haben, wir aber als Abgeordnete keinerlei direkte Möglichkeit haben, da nachzuhaken. Dies ist ein aktuelles Beispiel dafür, dass wir als Parlament über die Vergabe wichtiger Landesgelder nicht mehr vernünftig informiert werden können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Scheffold CDU: Rufen Sie den Kollegen Moser an! – Abg. Alfred Haas CDU: Haben Sie die Telefonnummer nicht?)

Die Landesstiftung ist zugleich auch ein Hemmschuh für vernünftige Haushaltspolitik.

Die Entstehungsgeschichte, die der Bund der Steuerzahler nachgezeichnet hat, zeigt, dass Finanzpolitik ein langes Gedächtnis hat, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen. Die Fehler der Vergangenheit holen einen in der Politik immer irgendwann ein. Hier war es der Fehler, dass unter Ministerpräsident Späth zur Steueroptimierung eine Holding eingerichtet wurde. Das hat zur Folge gehabt, dass anders als beispielsweise in Bayern Unternehmensbeteiligungen des Landes nicht mehr hoheitlich unmittelbar vom Staat gehalten werden, sondern über diese Holding, und deshalb ein steuerfreier Verkauf im Gegensatz zu den großen Unternehmensveräußerungen in Bayern nicht mehr möglich war. Die Landesregierung hat dann Ausflucht gesucht in dem Steuersparmodell der Landesstiftung und damit beträchtliche Mittel des Landes den Zwängen der Gemeinnützigkeit unterworfen, obwohl wir schon damals aufgrund der Vorgänge in der Stadt Stuttgart darauf hingewiesen haben, dass ein Optionsmodell es ermöglicht hätte, diese Anteile trotzdem nach dem neuen Steuerrecht von Hans Eichel im Wesentlichen steuerfrei zu veräußern.

Die Gemeinnützigkeit verhindert in vielfacher Hinsicht eine sinnvolle Verwendung dieses Geldes, das uns Baden-Württembergern, den Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Tribüne, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gehört. Es ist außerdem nicht einmal möglich, diese Mittel für den Schuldenabbau zu verwenden, was ein Vorschlag von unserer Seite gewesen wäre. Man müsste jetzt, nachdem das Steuersparmodell Landesstiftung eingerichtet worden ist, Steuern nachzahlen.

(Schmid)

Umso erstaunlicher ist es, dass der Vizeministerpräsident dieses Landes eine Bundesratsinitiative starten will, um die Gemeinnützigkeit dahin gehend zu erweitern, dass auch Schuldenabbau gemeinnützig sei. Wir haben das abgefragt. Das ist der Gegenstand eines Antrags, den wir heute beraten. Die Stellungnahme der Landesregierung war so eindeutig wie lapidar – ich zitiere –: Erstens erscheint es angesichts der bekannten, zurückhaltenden Haltung von Bund und Ländern derzeit nicht erfolversprechend, eine solche Initiative zu ergreifen. Zweitens würde selbst die Erweiterung des Katalogs in der Abgabenordnung um Schuldenabbau für Gemeinnützigkeit nicht ausreichen, dass das Land davon begünstigt wäre, denn – so sagt das Finanzministerium ausdrücklich –:

*Die Landesstiftung könnte der Gebietskörperschaft Land wegen deren Gesellschafterstellung zur Vermeidung einer gemeinnützigkeitsschädlichen verdeckten Gewinnausschüttung selbst dann keine Mittel zur Schuldentilgung zuwenden, wenn eine Aufnahme der „Schuldentilgung durch Gebietskörperschaften“ in den Kreis der gemeinnützigen Zwecke der Abgabenordnung erfolgen würde.*

Also Blattschuss, Herr Döring! Er ist nicht da; er weiß, weshalb.

(Abg. Stickelberger SPD: Er leckt seine Wunden!)

Umso erstaunlicher und fast schon verwegen ist es, dass jetzt Herr Döring, nachdem das Gutachten des Bundes der Steuerzahler in der Diskussion war, genau das Gleiche wieder gefordert hat, obwohl er doch durch die Stellungnahme der Landesregierung eines Besseren belehrt sein müsste. Da sieht man, wie unseriös Finanzpolitik in den Reihen der FDP gemacht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Stattdessen führt dieser Zwang der Gemeinnützigkeit dazu, dass das Geld sich Projekte dort sucht, wo es gar nicht erforderlich wäre. Zuletzt war dies zu besichtigen in der schönen Stadt Rosenfeld, wo eine Sternwarte mit vielen Hunderttausend Euro des Landes unterstützt worden ist, und dies alles unter dem schönfärberischen Titel der „Förderung der Informationstechnologie im ländlichen Raum“. Damit wurde eine Liebhaberei von wenigen in den Rang von hochwertigen Staatsaufgaben erhoben.

Ich glaube, das zeigt endgültig den Irrsinn, der mit dieser Landesstiftung geschaffen wurde.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Da gilt dann die wenig vornehme Abwandlung des Slogans der Landesstiftung: „Wir stiften Unsinn.“

(Heiterkeit der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Ich fordere Sie heute auf: Folgen Sie den Appellen – nicht nur von uns, sondern auch des Bundes der Steuerzahler. Sorgen Sie dafür, dass die Landesstiftung nicht weiterhin Unsinn stiftet. Greifen Sie unsere Vorschläge auf, die dahin gehen, die Landesstiftung trotz der dann erforderlichen

Steuernachzahlung endlich aufzulösen, mit dem Erlös Schuldenabbau im Landeshaushalt zu betreiben und notwendige Freiräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Manche hier permanent vorgebrachten Argumente verstehe ich überhaupt nicht;

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das haben wir auch nicht erwartet!)

sie sind auch nicht überzeugend. Sie erwecken den Eindruck, als wäre es finanzpolitisch besser, das Geld, das Vermögen aus der Landesstiftung zu nehmen und in den Landeshaushalt zu stecken.

Wir wissen, dass der Landeshaushalt insgesamt defizitär ist. Wir haben in diesem Jahr eine Nettoneuverschuldung von 2 Milliarden €. Diese Nettoneuverschuldung reicht genau aus, um damit die Zinsen für unsere Altkredite zu finanzieren. Wenn man jetzt das Vermögen aus der Landesstiftung nehmen und in den Landeshaushalt stecken wollte, dann wäre es innerhalb eines Jahres verbraten. Dann ist das weg.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Insofern verläuft doch der Weg, den wir einschlagen müssen, genau in die umgekehrte Richtung: Wir müssen das Land Baden-Württemberg und den baden-württembergischen Landeshaushalt zu einer Stiftung machen, damit das Vermögen erhalten bleibt und wir aus den Erträgen heraus laufende Ausgaben tätigen können.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aber Sie nehmen doch jedes Jahr neue Schulden auf!)

Herr Kollege Schmid, wenn Sie hier behaupten, im regulären Landeshaushalt würden keine Projekte finanziert, über die man nicht auch unterschiedlicher Auffassung sein kann, dann entspricht das nicht den Tatsachen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Auch hier im Parlament gibt es Diskussionen über die Sinnhaftigkeit von Projekten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, stelle ich für die FDP/DVP-Fraktion noch einmal fest:

Erstens: Die von unserer Fraktion vorangetriebene Privatisierung von Landesvermögen war richtig. In der heutigen Zeit muss sich der Staat zurückziehen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Theurer)

Es ist zu fragen, ob wir Landesbeteiligungen halten sollen. Es war richtig, vor allem die EnBW-Anteile zu einem Zeitpunkt zu privatisieren, zu dem man für diese Aktie noch etwas Ordentliches am Kapitalmarkt erzielen konnte. Erster Punkt.

(Abg. Drexler SPD: Nachdem man sie vorher kaputtgemacht hat!)

Zweiter Punkt: Es ist richtig, dass mit diesem Erlös ein Vermögen geschaffen werden konnte, aus dessen Zinsen wichtige Projekte für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes finanziert werden können. Diese Projekte sind gemeinnützig. Da frage ich Sie, Herr Kollege Schmid: Was haben Sie eigentlich gegen gemeinnützige Projekte? Das muss man mir erst einmal erklären. Gemeinnützige Projekte kommen den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugute.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr wahr!)

Wenn man die Liste einmal durchgeht, stellt man fest, dass 80 % der Projekte Bildung, Forschung und Entwicklung betreffen – genau die Bereiche, die in allen Studien über den Wirtschaftsstandort Deutschland gefordert werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Darum geht es ja gar nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: Darum geht es! – Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Deshalb müssen Sie erst einmal begründen, was Sie gegen diese Projekte haben, wenn sie über die Landesstiftung finanziert werden. Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, Frau Kollegin Dederer, dass 20 % . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege – –

**Abg. Theurer** FDP/DVP: . . . – lassen Sie mich bitte diesen Gedanken zu Ende führen – der Projekte unsinnig sind, dann lassen Sie uns im Aufsichtsrat darüber diskutieren, ob man auf diese Projekte verzichten und damit das Vermögen der Stiftung erhöhen soll, sodass wir in Zukunft noch mehr Geld für Forschung und Entwicklung haben. Auch darüber könnte man mit mir reden.

Herr Kollege Schmid, die FDP/DVP-Fraktion verschließt sich einem Prüfungsrecht des Rechnungshofs nicht;

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gegen den Antrag gestimmt!)

wir wollen das aber in enger Abstimmung mit dem Koalitionspartner machen. Wir haben darüber diskutiert; da gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich denke, in einer Demokratie muss es auch möglich sein, sich hierüber auszutauschen.

Aber der entscheidende Gedanke, der hier auch noch einmal angesprochen werden muss, betrifft die Versteuerung, wenn wir die Landesstiftung auflösen würden. So eindeutig, wie Sie es hier dargestellt haben, Frau Kollegin Dederer, verhält sich der Sachverhalt ja offensichtlich nicht.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das ist unsinnig, was die Kollege gesagt hat!)

Eines ist für mich völlig klar: Das Land Baden-Württemberg finanziert nun über Jahrzehnte hinweg über den Länderfinanzausgleich unwirtschaftliche Strukturen in Deutschland. Ganze Bundesländer können sich nur noch am Leben erhalten, weil Baden-Württemberg und ein paar andere Bundesländer dort über den Finanzausgleich Geld abliefern. Jetzt wollen Sie auch noch an unser Landesvermögen heran. Nein, wir sind nicht dafür!

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich verstehe ja, dass Rot-Grün – die Bundesregierung hat Finanzierungsprobleme – gerne Steuereinnahmen aus der Auflösung der Landesstiftung im Bundeshaushalt verbuchen würde. Wir wollen das nicht. Uns reicht, dass wir schon Milliardenbeträge im Finanzausgleich an andere Bundesländer abgeben müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dieses Vermögen der Landesstiftung gehört den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs. Deshalb muss, wenn man über andere Lösungen spricht, eine Lösung gefunden werden, bei der dieses Geld 1 : 1 in Baden-Württemberg bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist die Auffassung der FDP/DVP. Solange das nicht gewährleistet ist, meine Damen und Herren, bleiben wir dabei, dass die Landesstiftung gute Arbeit macht.

Frau Kollegin Dederer, Sie werden mir zugeben müssen – Sie haben ja gesagt, gegenüber dem Parlament seien Sie im Aufsichtsrat der Landesstiftung unterrepräsentiert –, dass Sie gegenüber Ihrer Repräsentanz in der Landesregierung im Aufsichtsrat der Landesstiftung überrepräsentiert sind.

(Lachen und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ha, ha! Als ob das Ihr Geld wäre!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich für knappe zwei Minuten Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer** GRÜNE: Verehrter Kollege Theurer, gestatten Sie mir dazu noch eine Entgegnung. Sie müssen den Leuten natürlich schon sagen, welchen Preis sie für die Landesstiftung bezahlen. Unbestritten – das habe ich vorhin auch gesagt – gibt es viele tolle Sachen, viele Projekte, die von der Landesstiftung finanziert werden und die ich mittrage;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Scheffold CDU: Also! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es doch!)

aber den Preis zahlen die Leute draußen auf einer anderen Seite, nämlich im Landeshaushalt, den Sie gegen die Wand fahren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

(Heike Dederer)

Seien Sie doch ehrlich: Die ganzen Projekte, die über die Landesstiftung finanziert werden, können eigentlich in der heutigen Zeit nicht mehr bezahlt werden. Wir schaffen es hier nicht einmal mehr, unsere Staatsaufgaben – –

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Dann fordern Sie doch nicht immer mehr Ausgaben im Landeshaushalt!)

– Tun Sie doch nicht so. Der letzte Landeshaushalt ist doch noch nicht so lange verabschiedet. Wir haben wieder 2 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wo machen Sie Einsparungen? Sie wollten Mehrausgaben! Wo bleiben Ihre Einsparvorschläge?)

– Sie regieren hier unverantwortlich.

(Oh-Rufe von der CDU)

Eines sage ich Ihnen: Die Leute werden die Zeche für diese Politik bezahlen. Beides, sowohl die Landesstiftung als auch der Landeshaushalt, sind Gelder des Landesvermögens, und es gehört in die Hoheit dieses Parlaments, darüber zu entscheiden, was mit diesen Geldern gemacht wird. Es kann nicht sein, dass man auf der einen Seite seine Orchideen über eine Landesstiftung pflegt, während man auf der anderen Seite im Landeshaushalt Kahlschlag betreibt und trotzdem noch jedes Jahr neue Schulden aufnimmt. Die Zeche zahlen die Leute draußen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Stickelberger SPD: Jetzt wird es schwer!)

**Finanzminister Stratthaus:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist unglaublich, was heute hier wieder gesagt worden ist.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Frau Dederer hat heute ihren roten Kampfanzug an.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Anscheinend geht es ihr mehr um Krawall als um Kompetenz. Diesen Eindruck habe ich.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das war jetzt aber schlichtweg billig!)

Es ist doch einfach unglaublich, was hier an Verdrehung von Tatsachen vorgetragen worden ist. Deswegen muss ich einmal die Zahlen nennen, damit klar wird, worüber wir hier eigentlich reden.

Zunächst hat Herr Schmid gesagt, die Landesstiftung fördere Unsinn. 93 % der Beschlüsse des Aufsichtsrats der Landesstiftung werden einstimmig gefasst. Also wird auch die SPD zumindest zu 93 % Unsinn fördern. Nein, Sie fördern ihn dort, wo Sie tätig sind, zu 100 %.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Also so etwas kann man doch einfach nicht sagen.

Jetzt einiges zu den Zahlen, meine Damen und Herren. Man hat immer den Eindruck, dass der Haushalt in Ordnung käme, wenn die Landesstiftung aufgelöst würde.

(Abg. Walter GRÜNE: So leicht machen wir es euch nicht!)

Die Landesstiftung hat zurzeit noch einen Wert von 1,6 Milliarden €. Wenn wir die Landesstiftung auflösen würden, blieben zum Schluss 450 Millionen € übrig. Wer die Auflösung fordert, schadet dem Land Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: So ist es! – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt noch ein paar andere Zahlen. Die Landesstiftung hat jedes Jahr Erträge von 75 Millionen €. Davon stellen wir 25 Millionen € zur Inflationsbereinigung zurück, damit der Wert erhalten bleibt. 50 Millionen € schütten wir aus. Wir haben leider im letzten Jahr 2 Milliarden € Nettoneuverschuldung machen müssen. Daran sehen Sie, wie unbedeutend die 50 Millionen € im Verhältnis zu unserer Verschuldung sind. Einfach so zu tun, als ob die Auflösung der Landesstiftung die Verschuldung wegputzen würde, ist doch ein Witz.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das sagt doch kein Mensch! – Gegenruf von der CDU: Doch!)

Dann der nächste Satz: Wir würden den Landeshaushalt an die Wand fahren.

Meine Damen und Herren, wenn ich einmal die 16 Länder in Deutschland betrachte, und dabei insbesondere die Länder, die von der SPD und den Grünen regiert werden, stelle ich fest,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist doch kein Argument!)

dass Baden-Württemberg das Land mit dem zweitbesten Landeshaushalt ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das zeigt doch die Dramatik!)

Ein weiterer Punkt, den ich mit aller Deutlichkeit sagen will: Wir geben ungefähr 90 % des Geldes der Landesstiftung für Bildung und Forschung aus. Zum Beispiel haben wir 90 Millionen € für Schlüsseltechnologien und für Nahrungsmittelsicherheit bereitgestellt. Wir haben in der Zwischenzeit 2 000 Studenten bei der Baden-Württemberg-Stiftung, und zwar Studenten, die entweder aus dem Ausland zu uns gekommen sind oder die von hier ins Ausland gehen. Das alles ist doch hervorragend.

Ich muss mich deswegen noch einmal mit ganz großem Nachdruck gegen diese Verunglimpfung der Landesstiftung wenden. Es ist einfach nicht richtig, dass durch den Verkauf oder die Auflösung der Landesstiftung unser Haushalt nach-

(Minister Stratthaus)

drücklich saniert werden könnte. Im Übrigen werden fast alle Maßnahmen, die die Landesstiftung durchführt, von allen mitgetragen.

Ich möchte wiederholen, was vorhin etwas flapsig gesagt worden ist: So viel, wie Sie bei der Landesstiftung mitzureden haben, haben Sie in der Landespolitik nicht mitzureden; das wollen wir einmal mit aller Klarheit feststellen. Seien Sie deshalb froh, dass wir einen Aufsichtsrat haben, in dem Sie mitsprechen können.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Die Landesstiftung ist eine gute Einrichtung, die erhalten bleiben muss.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eine segensreiche Einrichtung! Jawohl!)

Wer die Landesstiftung auflösen will, der vernichtet Vermögen, das Baden-Württemberg gehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Anträge der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1219 und 13/1241, sind durch die Aussprache erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Endlagerung atomarer Abfälle – Drucksache 13/1922**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wem von der CDU darf ich das Wort erteilen? – Offenbar wird das Wort im Moment nicht gewünscht.

Wer spricht von der SPD zu diesem Tagesordnungspunkt? –

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Soll ich anfangen?)

Frau Abg. Schmidt-Kühner, ich erteile Ihnen das Wort.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Was ist denn mit der CDU los?)

**Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD:** Dann machen wir ja heute ein schönes Spielchen; mal sind die einen später dran, mal die anderen. Es gleicht sich also gerade aus, sozusagen unentschieden.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die hochradioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken strahlen über Jahrmillionen; das ist uns bekannt. Menschen und Umwelt müssen langfristig vor den gesundheitsgefährdenden Strahlen geschützt werden. Dazu brauchen wir ein Endlager in geeigneten tiefen geologischen Schichten. Fast 50 Jahre nach Beginn der Atompolitik in Deutschland steht jedoch noch immer kein Endlager zur Verfügung, das diesen Kriterien entspricht. Auch weltweit gibt es heute noch kein Endlager

für Abfälle aus Atomkraftwerken. Diese Tatsache war mit ein Grund für die rot-grüne Koalition in Berlin, den Atomausstieg anzugehen und ihn einzuleiten.

Durch den Atomausstieg wird glücklicherweise auch erreicht, dass der Umfang dieses radioaktiven Erbes abschätzbar und begrenzt ist und dass klar ist, wie viel tatsächlich verwahrt – und zwar sicher verwahrt – werden muss. Die Bedeutung einer soliden Suche nach einem geeigneten Endlager, das auch bei der davon betroffenen Bevölkerung Akzeptanz findet, wurde früher doch stark unterschätzt. Es ist deshalb gut und richtig, dass mit dem Abschlussbericht des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte – des so genannten AK End – vom Dezember 2002 zum ersten Mal ein systematischer Ansatz für die Auswahl eines Endlagerstandorts vorliegt. Dieser stellt sowohl auf technische als auch auf sozialwissenschaftliche Aspekte ab. Es gibt keine geographischen Vorgaben; das Verfahren soll transparent und nachvollziehbar sein. Es gilt, den bestmöglichen Standort zu finden und darüber einen breiten Konsens herzustellen. Der AK End hat hierzu auch Verfahrensschritte vorgeschlagen.

Wir von der SPD-Fraktion sind sicher, dass die Suche nach einem geeigneten Endlager nur mit diesem auf Vertrauensbildung zielenden Neubeginn erfolversprechend sein kann. Es ist gut, dass die Erkundung des Standorts Gorleben unterbrochen wurde.

Bis 2010 soll der Standort gefunden sein, bis 2030 soll er betriebsbereit sein. „Zu ehrgeizig“, heißt es vonseiten der CDU und auch in der Stellungnahme zu dem Antrag, mit dem wir uns jetzt befassen. Deshalb führen wir auch mit den von der CDU getragenen Landesregierungen keine Gespräche über den weiteren Ablauf. Sie betreiben nichts anderes als Blockadepolitik in der Frage der Endlagerstätte. Das muss man ganz klar sagen. Wie anders muss man denn das Verhalten des niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff werten, der schnellstens in Gorleben endlagern will und dabei die Sorgen und Bedenken der Bevölkerung vor Ort ignoriert und nicht zu Gesprächen bereit ist? Das ist nichts anderes als Blockadepolitik, obwohl der AK End ein gutes Verfahren vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag zeigt, wie man zu einer Lösung kommen kann.

Ich möchte auch noch ein paar Sätze zum Thema Benken sagen. In der letzten Woche war in der Presse zu lesen, der Standort Benken bei Schaffhausen sei für ein Endlager geeignet und auch das Lagerkonzept sei positiv. Wir können diesen Freibrief, der da in der Schweiz offenbar gegeben worden ist, nicht nachvollziehen, denn das Gebiet ist erdbebengefährdet, und außerdem liegen 50 % des Gefährdungspotenzials in Baden-Württemberg.

An dieser Stelle gehen deshalb auch aus aktuellem Anlass noch einmal folgende Fragen an die Landesregierung: Wie wird diese neuere Entwicklung zu Benken von Ihnen bewertet, Herr Minister? Wie steht es in Benken um die strengen geowissenschaftlichen und technischen Kriterien, die laut Ihrer Stellungnahme auf Benken anzuwenden sind? Sehen Sie die gewährleistet? Gibt es denn nicht auch in der Schweiz bessere Standorte für die Endlagerung von Atom-müll? Wie wird die Landesregierung von Baden-Württemberg in dieses Verfahren einbezogen?

(Regina Schmidt-Kühner)

Wir wissen, das ist ein großer Streitpunkt in der Grenzregion. Die Bürgerinnen und Bürger haben große Sorgen. Ich denke, wir müssen alles dafür tun, dass eine gute und tragfähige Lösung gefunden wird. Das, was wir für Benken fordern, müssen wir auch für den Standort in Deutschland anwenden. Deswegen muss das Konzept des AK End umgesetzt werden. Ich kann Sie nur auffordern, sich an der Endlagersuche im Sinne des AK End zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Frau Abg. Gurr-Hirsch.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren! Die derzeitige Strategie der Bundesregierung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle gibt uns Anlass zu berechtigter Sorge. In der Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 und in der Vereinbarung zum Ausstieg aus der Kernenergie, dem so genannten Atomkonsens, hat die Bundesregierung Eckpunkte für eine neue Entsorgungsstrategie für radioaktive Abfälle festgelegt. Sie hat, wie gerade erläutert, den Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte, kurz AK End genannt, eingerichtet und ihn beauftragt, ein Verfahren zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager für alle radioaktiven Abfälle zu erarbeiten.

Die CDU-Fraktion bezweifelt, dass auf der Grundlage des vom AK End ausgearbeiteten Verfahrens überhaupt ein Endlagerstandort in der Bundesrepublik gefunden werden kann. Der AK End geht von einer so genannten weißen Deutschlandkarte aus und will einen gesellschaftlich akzeptierten Standort finden. Frau Kollegin Schmidt-Kühner hat gerade versucht, das zu erläutern. Aber die Beteiligung der Öffentlichkeit an einem Standortentscheid ist keine Garantie für die Akzeptanz eines unter geowissenschaftlichen Gesichtspunkten geeigneten Standorts. Bereits heute gibt es eindeutige Hinweise für das Scheitern des Verfahrens.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wo denn?)

Sehr geehrte Damen und Herren, was für eine Politik ist das, die zwar das Ende der Kernenergie und einen Atomkonsens definiert, aber für die Frage der Endlagerung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag Verschleppung ansagt?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Haben Sie etwa eine Lösung dafür?)

– Ich komme darauf. – Was für eine Politik ist das, die die Risiken der Kernenergie und die diesbezüglichen Ängste in einem Ausstiegsszenario niederlegt, gleichzeitig aber die so genannte Zwischenlagerung an einem Kernkraftwerksstandort vorschreibt? Fortan produziert ein Kernkraftwerk also nicht nur Strom aus Kernenergie, sondern muss auf seinem Gelände auch noch hochradioaktive Abfälle,

(Abg. Knapp SPD: Was haben Sie dagegen?)

die auf dem Gelände in Gorleben oder im Schacht Konrad eine Ruhestätte finden könnten, für mindestens weitere 40 Jahre beherbergen.

(Abg. Knapp SPD: Sind Sie dagegen? – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Was die Bundesregierung der Bevölkerung über den niedersächsischen Salzstöcken nicht zumuten will, wird der Bevölkerung am Kernkraftwerksstandort kaltschnäuzig aufgezwungen. So widersinnig ist die rot-grüne Atompolitik. Angeblich sind die abgebrannten Brennelemente zu gefährlich, um in 840 Meter Tiefe, unter idealen Voraussetzungen, gelagert werden zu können. Doch in Neckarwestheim darf der hochradioaktive Abfall für Jahrzehnte in einem Tunnelbauwerk, für das Kosten in Höhe von 35 Millionen € anfallen, abgestellt werden.

(Abg. Knapp SPD: Finden Sie das schlecht?)

Dabei hat die derzeitige Bundesregierung die seit 1979 durchgeführte Erkundung des Salzstocks Gorleben auf seine Endlagerfähigkeit ohne stichhaltige Gründe gestoppt.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Ebenso wenig nachvollziehbar ist die Verfolgung des so genannten Ein-Endlager-Konzepts, nach dem alle radioaktiven Abfälle in ein einziges Lager verbracht werden sollen. Die Bundesregierung verfolgt dieses Ziel, obwohl es in Deutschland mit der Schachtanlage Konrad bereits ein genehmigtes und geprüftes Endlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle gibt.

Wir halten den Ausstieg nicht für gut; aber wenn er vollzogen wird, dann mit Endlager. Ich lobe mir die Schweden, die mit der Regelung des Ausstiegs auch gleich das Endlager festgelegt haben.

Die Entscheidung, den Schacht Konrad nicht zu beschießen, trifft Baden-Württemberg besonders, da im Land über 60 % aller mittel- und schwachradioaktiven Abfälle Deutschlands zwischengelagert werden. Steht der dafür vorgesehene Schacht Konrad nicht zur Verfügung, dann bleiben diese Abfälle noch Jahrzehnte in Karlsruhe gelagert. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand.

(Abg. Knapp SPD: Wie stehen Sie zur Zwischenlagerung in Neckarwestheim?)

In die bisherige Erkundung der beiden Endlagerstandorte Gorleben und Schacht Konrad sind insgesamt 2,1 Millionen € geflossen. Die zusätzlichen Kosten für die Erkundung von neuen Endlagerstandorten werden sich auf 2 bis 3,5 Millionen € belaufen. Auch der Bundesrechnungshof sieht die Ein-Endlager-Politik äußerst kritisch, nämlich – ich zitiere – als „nicht zielgerichtet, unwirtschaftlich und wenig transparent“.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Abg. Gurr-Hirsch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Knapp?

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Bitte.

**Abg. Knapp SPD:** Frau Kollegin Gurr-Hirsch, wie stehen Sie zu der Zwischenlagerung in Neckarwestheim?

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU:** Wir müssen derzeit die Zwischenlagerung akzeptieren, wenn wir Kernenergie haben wollen. Diesem Fakt kann man sich nicht entziehen. Trotzdem halten wir das Konzept für die Einrichtung von

(Friedlinde Gurr-Hirsch)

Zwischenlagern für nicht gut. Weshalb, werde ich noch ausführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wenn nun der Standort Gorleben aus politischen Gründen nicht kommen soll, zahlt dies auch der Steuerzahler; das muss im Hinblick auf die Äußerung des Bundesrechnungshofs gesagt werden. Während also die Bundesregierung den Ausstieg übt und noch keine zielgerichtete effektive Endlagerungsplanung hat, ist für die Schweiz ein neues Atomkraftwerk am Hochrhein – wie man dieser Tage lesen konnte – kein Tabuthema mehr.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das wird das Problem nur noch verschärfen! – Abg. Knapp SPD: Ein Endlager an der deutschen Grenze!)

Gut, dass wir dann in Süddeutschland unsere Atomkraftwerke stillgelegt haben, wenn das Schweizer Kraftwerk kommt. Gut, dass dann die Schweizer vermutlich in Benken ihr Endlager haben – Kollegin Schmidt-Kühner hat das angesprochen –, und gut, dass wir dann unseren Strom aus Tschechien, Frankreich und der Schweiz als Atomstrom zu Preisen beziehen, die uns dann der Nachfragemarkt diktiert.

(Abg. Knapp SPD: Haben Sie schon einmal ein bisschen weiter nach vorne gedacht?)

Im Hinblick auf ein potenzielles Schweizer Endlager an der deutschen Grenze erwarten wir, dass die Bundesregierung die von der Schweiz zugesagten Beteiligungsrechte auch wahrnimmt – Herr Kollege Knapp, das haben wir auch im Ausschuss gefordert –, und wir erwarten, dass das Verfahren mit ebenso kritischem Sachverstand begleitet wird.

Die CDU ist kein blinder Befürworter der Kernenergie.

(Lachen der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Erst recht sind wir kein Vasall der Energiewirtschaft. Über die, wie wir jüngst erfahren haben, mangelnden Sicherheitskulturen – wir hatten im Untersuchungsausschuss Atomaufsicht Gelegenheit, das auszuloten – und über das praktizierte Meldeverfahren des Unternehmens EnBW – beides verärgert uns – schafft man bei einem solch sensiblen Thema kein Vertrauen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Da muss man einmal Konsequenzen ziehen!)

Wie aber das Thema „Sicherheit von Kernkraftwerken“ von Bundesumweltminister Trittin behandelt wird, Herr Kollege Dr. Witzel, das verstehe, wer will. Die Sorgen der CDU um die Zukunft der Endlagerung radioaktiver Abfälle sind wohl berechtigt. Die sicherste Beseitigung radioaktiver Abfälle, zum langfristigen Schutz von Mensch und Umwelt, und der sicherste Schutz vor den schädlichen Wirkungen ionisierender Strahlung ist die schnellstmögliche Einlagerung in tiefen geologischen Formationen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Die muss man aber erst einmal finden!)

– Wir waren doch schon ziemlich weit. Sie haben das Moratorium verhängt.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: An der Sicherheit von Gorleben gibt es erhebliche Zweifel!)

Die Wissenschaftler sind leider in die Schweiz gegangen; die werden wir so schnell nicht mehr rekrutieren können. Das von den Grünen okkupierte Bundesamt für Strahlenschutz würde lieber heute als morgen fünf Reaktoren dichtmachen.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU – Abg. Dr. Lasotta CDU: Ganz genau! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Aber der Kern des Risikos, die Brennelemente selbst, werden in einem kaum besser geschützten Zwischenlager ihr Dasein fristen. Das ist nicht logisch, das ist ideologisch.

Der Niedersachse Trittin verhindert, meine ich, das mit Milliarden an Steuergeldern erkundete Endlager Gorleben und bürdet damit den Standortgemeinden – auch Neckarwestheim – das Zwischenlager auf. Damit ist Baden-Württemberg doppelt belastet. Zwischenlager – das ist unsere Forderung – dürfen keine Endlager werden. Was Trittin betreibt, ist eine verantwortungslose Endlagerpolitik. Wir brauchen gegenwärtig die Kernkraft; ich habe es gesagt. Wir brauchen sie sogar zu den Bedingungen, die uns von Ihnen aufgezwungen werden. Wir wollen aber, wie gesagt, dass die Zwischenlager keine Endlager werden.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eines ist klar: Die Unterbrechung der weiteren Erkundung eines möglichen Endlagerstandorts Gorleben war politisch motiviert und nicht von irgendwelchen wissenschaftlichen Kriterien gestützt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Wenn man sich die zu entsorgenden Abfälle einmal anschaut, stellt man interessanterweise fest, dass nur 18,5 % von aktiven Kernkraftwerken,

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

weitere knapp 6 % von stillgelegten Kernkraftwerken, aber über 50 % aus der Forschung stammen.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Insgesamt – Kollegin Gurr-Hirsch hat es schon angedeutet – sind für die Erkundung bereits Riesensummen, nämlich über 1,2 Milliarden €, ausgegeben worden. Sie wurden über den Strompreis weitgehend von Bürgerinnen und Bürgern und von der Industrie finanziert.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Eine weitere, neue Erkundung würde noch einmal denselben Betrag kosten. Die Konzerne haben bereits abgewunken. Ich denke, auch den Stromkunden kann man solche Kosten nicht mehr zumuten.

(Heiderose Berroth)

Die Bundesregierung will ja auch nur Zeit gewinnen und sich drücken. Die Einsetzung des AK End ist – ich zitiere jetzt keine Mitteilung der FDP/DVP, sondern eine Pressemitteilung von Greenpeace – eine „Beruhigungspille für die Bürger“. Weiter steht darin unter anderem:

*Wir müssen davon ausgehen, dass diese Bundesregierung nicht in der Lage oder nicht willens ist, ein neues Standortsucheverfahren tatsächlich einzuleiten.*

Ich denke, dieser Satz spricht für sich.

(Abg. Knapp SPD: Bei dem Zitat müssen Sie aber weiterlesen! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Von wann stammt denn das Zitat? Von 2000, oder was?)

Nun ist klar: Es gab einen Atomkonsens. Die Regierung und die Energiewirtschaft wollten sich einfach der unbequemen Atomtransporte entledigen, weil diese immer wieder gestört wurden. Man hat Zwischenlager gebildet und flüchtet sich in einen Endtermin 2030. Das rechtfertigt allerdings überhaupt nicht, die Frage Endlager bis dahin auf Eis zu legen und die Behandlung des Themas auszusetzen. Oder hoffen Sie vielleicht, Frau Kollegin Schmidt-Kühner, dass bis 2010 eine andere Regierung in Berlin arbeitet? Da könnten Sie allerdings Recht haben.

Rot-Grün betreibt in dieser Frage eine Vogel-Strauß-Politik. Aber, meine Damen und Herren, das konsequente Kopfin-den-Sand-Stecken wird bei dieser Problematik nun wirklich nicht weiterhelfen. Gefragt sind ein verantwortungsbewusstes Suchen und Finden und vor allem auch das Durchsetzen einer angemessenen Lösung.

Die Wissenschaft – sowohl national als auch international – sagt eindeutig, dass Gorleben sicher sei. Wenn Sie sich nun hinter das Argument zurückziehen, es müsse eine örtliche Akzeptanz geben, ist auch das eine Bankrotterklärung. Denn wer meint, mit örtlicher Akzeptanz könne man einen solchen Standort durchsetzen, ist sehr realitätsfern. Das sagt auch die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag, wonach „dieses Kriterium die Endlagerfrage mit hoher Wahrscheinlichkeit unlösbar machen“ würde.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

– Ja, aber dann sagen Sie einfach: „Wir machen gar nichts“, oder wie regeln Sie das dann? Das ist doch das Thema.

(Abg. Knapp SPD: Eine Mehrheit ist eindeutig dafür: Wir wollen das Thema nicht mehr!)

– Aha, „wir wollen das Thema nicht mehr“. Aber wir haben diese Abfälle. Deswegen müssen wir uns auch dem Thema stellen und müssen es klären.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Knapp SPD: Sie wollen permanent neu produzieren! – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Die Bundesregierung sollte nicht kneifen, sondern endlich eine Entscheidung treffen. Das wäre ein wesentlicher Sicherheitsgewinn. In der Stellungnahme der Landesregierung wird ja auch deutlich ausgeführt, dass die momentan durch-

geführte oberirdische Lagerung zwar technisch sicher durchführbar ist, aber eine deutlich umfangreichere Überwachung erfordert als eine untertägige Lagerung und außerdem zu einer Strahlenbelastung des Überwachungspersonals führt, die bei unterirdischer Lagerung vermieden werden könnte.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Auf einmal doch! – Abg. Knapp SPD: Strahlenbelastung außerhalb des Castors! Seit wann gibt es denn das? – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das legen Sie sich auch so, wie Sie es brauchen!)

Stehen Sie dazu? Ist es Ihre Aussage, dass Sie das bevorzugen?

Noch eine Aussage zu Benken. Auch diese findet sich in der Stellungnahme der Landesregierung. Ich zitiere:

*Die Landesregierung ist der Auffassung, dass Benken als Standort, der direkt an der Grenze zu Deutschland liegt, den geowissenschaftlichen und technischen Kriterien genügen müsste, die auch an ein deutsches Endlager zu stellen wären. So gesehen bildet Gorleben einen Maßstab für Benken.*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen, meine Herren! Das Thema der Debatte lautet „Endlagerung atomarer Abfälle“. In der Stellungnahme der Landesregierung ist nachzulesen, worum es dabei geht: Es geht darum, den Atommüll für etwa eine Million Jahre sicher vor menschlichem Zugriff abzuschließen. Meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört: „eine Million Jahre“ steht da. Wenn wir bedenken, dass der Beginn der Zivilisation erst vielleicht 5 000 oder 10 000 Jahre zurückliegt und dass wir mit der Atomenergie eine Technik betreiben, bei der wir die Abfälle dieser Technik eine Million Jahre sicher abschließen müssen, dann zeigt das, dass die Nutzung dieser Technik eine Hybris ist

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und dass es ein Versprechen ins Blaue ist, zu sagen: „Wir haben das Problem im Griff, und wir können die Abfälle eine Million Jahre sicher lagern.“

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ist gar nichts zu tun denn besser?)

Frau Gurr-Hirsch, es geht nicht nur um eine Zwischenlagerung von 40 Jahren. Das dicke Ende der Atomenergie sind diese eine Million Jahre, in denen wir diese Abfälle unter Kontrolle halten müssen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist Konsens. Dieses Problem muss man angehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Na also!)

(Dr. Witzel)

Wenn man das verantwortlich machen will, gibt es zwei Konsequenzen. Die erste Konsequenz für eine verantwortungsbewusste Strategie ist, Frau Gurr-Hirsch: Wer das Problem lösen will, muss zuerst einmal die Menge begrenzen und sagen: „Wir hören auf damit, Atommüll zu produzieren. Wir steigen aus der Atomenergie aus.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Andere Staaten machen das anders!)

Es ist dem Bundesumweltminister zu verdanken, dass dieser erste Schritt in der Bundesrepublik beschrritten wurde. Wir fordern andere Staaten auf, diesem Beispiel zu folgen, um dieses Problem, das sich nicht gut, sondern nur mehr oder weniger schlecht lösen lässt, in den Griff zu kriegen. Das ist der erste Schritt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber es muss gelöst werden! – Gegenruf des Abg. Knapp SPD: Ihr wollt immer noch neu produzieren ohne Lösung!)

Zum Zweiten müssen wir sehen: Wenn wir den Atommüll in tiefen geologischen Schichten unterbringen wollen, müssen die geologische Qualität und die geologischen Barrieren höchste Kriterien bei der Standortsuche sein. Derzeit haben wir aber Standorte – das gilt sowohl für Benken als auch für Gorleben –, bei denen die Regierungen gesagt haben: „Wir suchen möglichst an der Grenze, möglichst weit weg von der Bevölkerung Standorte, die möglicherweise passen.“ Dann hat man dort so lange gebuddelt und gesucht und Kriterien entwickelt, dass es möglicherweise irgendwie hinkommt. Aber das ist doch kein korrektes Verfahren. Wir erwarten von einem korrekten Verfahren, dass zuerst einmal die Kriterien für eine Endlagerung auf wissenschaftlicher Ebene genau definiert werden.

Das ist auch das Vorgehen des AK End, in dem alle wissenschaftlichen Richtungen vertreten sind. Da wurde diskutiert, welche Kriterien an ein Endlager anzulegen sind. Es ist in der Tat richtig, logisch und gut, dass man sagt: Wir betrachten einmal eine weiße Landkarte und suchen die gesamte Fläche der Bundesrepublik danach ab, wo diese Kriterien erfüllt sind. Das heißt, es muss eine flächendeckende, wissenschaftlich gut fundierte Suche stattfinden. Das kann vielleicht etwas länger dauern, und der Zeitplan kann möglicherweise nicht ganz eingehalten werden.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

In Anbetracht der eine Million Jahre Endlagerung ist das alles irgendwie marginal. Das Bundesumweltministerium geht daher mit dem AK End einen richtigen Weg.

Am Hochrhein, wo sich große Teile der Bevölkerung und auch CDU-Politiker klar gegen das Atomendlager Benken wenden, wird auch so argumentiert. Auch die Schweiz sollte so verfahren: erst Kriterien definieren und dann die Schweiz systematisch danach absuchen und alternative Standorte in die Debatte bringen. Aber die Schweiz macht genau die gleichen Fehler, wie sie in Gorleben gemacht worden sind. Sie beschränkt sich auf einen Standort und buddelt da und schaut, was da möglich ist. Aber die breite Suche fehlt. Das kritisieren auch Ihre Parteikollegen vom

Oberrhein, und Sie stellen sich hier hin und kritisieren den Bundesumweltminister, der eine breite Suche in der Bundesrepublik durchführt. Frau Gurr-Hirsch, das ist ein zwiespältiges Verhalten, das zeigt, dass Sie hier auf Populismus und nicht auf eine Lösung in der Sache aus sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben Sie gesehen, wie weit Gorleben ist?)

– Frau Gurr-Hirsch, weder Sie noch ich sind Fachleute, die die Qualität eines Salzstocks über die nächsten Millionen Jahre beurteilen könnten. Da müssen Fachleute ran, und die Fachleute haben beim Standort Gorleben erhebliche Zweifel, die noch nicht ausgeräumt sind. Ich sagte eben: Gorleben ist damals, als es noch den Eisernen Vorhang gegeben hat, aus politischen Gründen ausgewählt worden; da hat man bewusst einen Standort möglichst nahe der Grenze gesucht, hat gefragt, ob es nicht dort geht.

Wenn man das Verfahren wirklich – lassen Sie mich das noch einmal zusammenfassen – wissenschaftlich korrekt durchführt – und das muss man angesichts dieser Zeitperspektive machen –, muss man wissenschaftliche Kriterien haben und dann auf hohem fachlichen Niveau alle möglichen Standorte untersuchen, damit man den besten findet, der die Kriterien dann möglicherweise erfüllt.

Deshalb, meine Damen und Herren – meine Zeit geht zu Ende –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Redezeit! – Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

darf ich zusammenfassend sagen: Wer das Problem des Atommülls einigermaßen solide und verantwortungsbewusst lösen will, sollte sagen: Die Atomenergie ist nicht zu verantworten; denn sie schafft uns mit dem Atommüll ein Problem, das wir nicht gut lösen können. Wenn wir ein Endlager brauchen, soll wissenschaftlich erwiesene Qualität vorn dran stehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir brauchen ein Endlager! Nicht „wenn“!)

Wir müssen alle Standorte untersuchen und dürfen uns nicht aus politischen Gründen auf einzelne Standorte wie Gorleben oder Benken spezialisieren. Wir brauchen vielmehr eine breite Standortsuche. Genau das hat der Bundesumweltminister mit dem AK End gemacht.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es hier schon mit einem ganz gravierenden Thema zu tun. Die Million Jahre sind ein Beleg dafür. Die Schlussfolgerung, die man daraus ziehen muss, Kollege Dr. Witzel, ist nicht, dass der Einstieg in die Lösung des Problems darin bestehe, aus der Kernkraft auszusteigen. Wir haben die Abfälle, ob wir sie nun wollen oder nicht.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Dann muss man die aber nicht noch steigern! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es kommt auf die Menge an!)

(Minister Müller)

Das Problem muss man so oder so lösen, und es ist ein völlig unmaßgeblicher Unterschied, ob ich die Menge X oder die Menge Y habe. Ich muss das Problem für die heute vorhandene Menge lösen.

Das Land Baden-Württemberg ist von diesem Problem, was mit den atomaren Abfällen geschieht, in besonderem Maße betroffen, und zwar erstens, weil wir fünf Kernkraftwerke haben und deswegen das Problem der Zwischenlagerung entsteht, zu dem ich gleich noch etwas sagen werde, und zweitens, weil wir 60 % aller schwach- und mittelradioaktiven Abfälle in Karlsruhe unter Umständen gelagert haben, die vom Vorhandensein eines Endlagers ausgegangen sind. Das ganze Handling dort, der ganze technische und personelle Aufwand, der betrieben werden muss, ist natürlich ein anderer, wenn ich die Endlagerfrage auf die lange Bank schiebe, als wenn ich sie unverzüglich löse.

Deswegen haben wir ein Interesse daran, dass das Thema „atomares Endlager“ in Deutschland richtig und schnell gelöst wird. Genau an diesen beiden Punkten – richtig und schnell – setzt unsere Kritik an der Strategie des Bundes an.

Die Strategie des Bundes ist mit wenigen Worten zu charakterisieren: Das beginnt mit dem grundsätzlichen Zweifel an Gorleben. Wer die politische Geschichte der heute in der Bundesregierung handelnden Personen und auch ihre geografische Herkunft kennt und weiß, welchen Stellenwert der Kampf gegen Gorleben für die Identitätsfindung der Grünen hat, der kann das ja verstehen. Aber mit Verantwortung hat dies nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Nehmen Sie doch einmal die Bürger ernst!)

Übrigens – Sie werden es kaum glauben – ist der Gemeinderat von Gorleben dafür, dass dort weiter untersucht wird.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Gemeinderat von Gorleben ist ein bisschen vernünftiger als Herr Trittin.

Zweitens: Man hat eine Konsequenz gezogen, die eigentlich immer falsch ist. Man will nämlich ein Moratorium machen. Ein Moratorium heißt: Jetzt machen wir mal gar nichts. Wenn ich Zweifel habe, dann soll ich die Zweifel klären. Aber ich sollte sie nicht durch Schieben auf die lange Bank der nächsten Regierung überlassen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es wird ja nicht auf die lange Bank geschoben!)

– Aber gewaltig.

Drittens: Die Bundesregierung hat sich als einzige Regierung auf der Welt etwas vorgenommen, was geologisch und unter Sicherheits Gesichtspunkten objektiv falsch ist. Sie versucht nämlich, ein einziges Endlager einerseits für schwach- und mittelradioaktive und andererseits für hochradioaktive Abfälle zu finden. Dies ist deswegen falsch, weil bei dem einen Lager andere Kriterien gelten als bei dem anderen. Wenn ich einen Standort suche, der beiden Aspekten Rechnung tragen soll, dann erschwere ich die Suche nach dem richtigen Standort, zumal sich für beides be-

reits eine Lösung abgezeichnet hat. Wir steigen aus einer potenziellen Lösung aus, formulieren das Problem so, dass es fast nicht mehr lösbar ist – wie gesagt, verlangt kein Land auf der Welt dieses Endlagerkonzept –, und wundern uns anschließend, wenn wir das Problem nicht lösen können.

Als nächsten Schritt der Bundesregierung gibt es im Übrigen in ihrem an sich klug durchdachten Konzept – Das muss ich sagen; es ist nur verantwortungslos.

(Abg. Knapp SPD: Also, ein kluges Konzept kann doch nicht verantwortungslos sein! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Klug durchdachtes Konzept, sagen Sie!)

Aber es ist unter zwei Gesichtspunkten klug. Ich sage gleich, unter welchen Gesichtspunkten es aus Ihrer Sicht, aber nur aus Ihrer Sicht, politisch klug ist.

Das Nächste ist dann, dass sie dieses Gremium AK End zur Suche eines neuen Endlagers installiert haben, dabei Vorgaben gemacht haben, und dass mittlerweile Ergebnisse vorliegen, bei denen man nur sagen kann: „Wenn ich ein Problem nicht lösen will, dann muss ich es genau so machen, wie es bei AK End geschehen ist.“

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen haben sie dann gesagt: „Wiederaufarbeitungsstopp ab 2005, Transportstopp, keine Castoren mehr auf den Schienen unterwegs und deswegen regionale Zwischenlager“. Die Bevölkerung an den Standorten in Baden-Württemberg und anderen Ländern fragt sich natürlich schon, wie eigentlich die Frage nach einem Zwischenlager zu beantworten ist, wenn die Endlagerfrage erkennbar in den Bereich der Unlösbarkeit katapultiert wird: „Sind wir möglicherweise das verkappte Endlager?“

Das greift die Frage der Frau Kollegin Gurr-Hirsch auf. Wenn etwas in Neckarwestheim, in Philippsburg und in Obrigheim unter sehr viel schlichteren Lagerumständen zumutbar ist, warum ist es dann nicht in einem Salzstock in 800 Meter Tiefe und mit einer Mächtigkeit von mehreren –

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Weil ein Zwischenlager etwas anderes ist als ein Endlager!)

– Ja, ja. Ich spreche von der Zumutbarkeit.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: 40 Jahre und eine Million Jahre sind etwas Verschiedenes! Bleiben Sie doch einmal bei der Sache! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

– Jawohl. Deswegen haben wir auch einen Unterschied bei den Anforderungen. Ich spreche über die Sicht der Bevölkerung. Sie müssen mir genau zuhören und brauchen sich nicht sonderlich zu alterieren. Sie werden noch andere Gelegenheiten zum Alterieren bekommen, wenn ich Ihnen noch ein paar Sachen sage. Ich spreche aus der Sicht der Bevölkerung, die sich fragt: „Was wird uns zugetraut, wenn die eigentliche Lösung“ – die natürlich kommen muss – „offensichtlich gar nicht erstrebt wird?“

(Minister Müller)

Die Motive von Rot-Grün – jetzt komme ich darauf, warum ich sage, dass es aus Ihrer Sicht politisch klug ist – sind zwei bis drei Dinge. Das eine habe ich schon gesagt. Das ist schlicht die Geschichte der handelnden Personen. Herr Trittin ist ein Niedersachse. Er ist im Kampf gegen Gorleben groß geworden. Nachdem er jetzt Bundesumweltminister ist, ist nicht davon auszugehen, dass er im Amt propagiert, was er als Mensch einmal auf der Straße bekämpft hat. Das ist ein bisschen viel von ihm verlangt. Das sei ihm ja zugestanden. Er wird jedoch objektiv seiner Aufgabe nicht gerecht.

Ein weiteres Motiv ist die Einstellung: „Nicht in unserer Regierungszeit.“ Sie wissen, dass Ihre Regierungszeit begrenzt ist.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist in der Demokratie so! Jede Regierungszeit ist begrenzt! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie wollen alles dazu beitragen, dass Sie keine notwendigen, harten und unpopulären Entscheidungen treffen müssen, solange Sie in der Verantwortung sind. Das betrachte ich als verantwortungslos. Ganz einfach.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir wollen bis mindestens 2020 in Gorleben bleiben!)

– Ja, ja, aber nicht bis 2040, denn bis dahin wollen Sie dann die Lösung gebracht haben.

Drittens: Sie brauchen das Problem der ungelösten Endlagerfrage, um sagen zu können, die Atomenergie sei deswegen nicht richtig, weil die Endlagerfrage ungelöst sei. Aber wenn Sie selbst keinen Beitrag zur Lösung dieses Problems leisten, dann, muss ich sagen, ist das eine in sich widersprüchliche Argumentation, sich an einem Problem festzuhalten, das man lösen könnte, das man aber nicht lösen will, damit man sich an dem Problem festhalten kann.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber es gibt weltweit noch kein Endlager, Herr Müller! Das zeigt vielleicht doch, dass es schwierig ist, eines zu finden!)

– Ja, ja. Es gibt weltweit noch kein Endlager. Wir waren in Deutschland aber schon einmal ziemlich weit. Dieser Prozess hat 1979 in einem politischen Konsens mit Zustimmung der Landesregierung von Niedersachsen begonnen. In der Zwischenzeit – jetzt komme ich gleich auf ein paar Details zu sprechen – sind eine ganze Reihe von Tatbeständen geschaffen worden, ist Geld ausgegeben worden, sind Erkenntnisse gewonnen worden, die plötzlich alle nichts mehr wert sein sollen. Das ist genau das Problem. Sie steigen aus der Möglichkeit der Problemlösung aus, damit Sie anschließend über die Unlösbarkeit des Problems Krokodilstränen vergießen können.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Es gab auch die Erkenntnis, dass Gorleben schwierig ist, dass das nicht alles so ist, wie Sie es darstellen!)

Auf der Basis dessen, was die Internationale Länderkommission Kerntechnik gesagt hat und – das ist schon eine Delikatesse – in Abstimmung mit der Landesregierung von Niedersachsen haben wir eine ganz bestimmte Position, die

ich Ihnen gleich vortragen werde. Es ist nicht so, dass es hier schlicht das Schwarze-Peter-Spiel gibt: Die einen haben die Kernkraftwerke, die anderen müssen die Entsorgung regeln. Ich kann mich noch an die Äußerung von Trittin erinnern: Die Fischköpfe – damit meinte er die norddeutschen Bundesländer – sollen offensichtlich aus der Sicht der süddeutschen Bundesländer das Problem übernehmen. Die einen haben die Kernkraft, und die anderen haben das Problem der Endlagerung. In Abstimmung mit der Landesregierung von Niedersachsen knüpfen wir genau an der nationalen Verantwortung und an dem Konsens an, den es vor zwei Jahrzehnten schon einmal gegeben hat, und nennen eine Reihe von Punkten, die ich Ihnen einmal ganz einfach darstellen will.

Erstens: Wir haben keinen grundsätzlichen Zweifel an der Eignung von Gorleben.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist der Unterschied zwischen uns! – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber Sie haben jahrelang Zweifel an der Eignung von Baden-Württemberg als Endlager gehabt!)

– Ja, natürlich, in der Tat. Darüber brauchen Sie sich nicht aufzuregen. Wenn Sie irgendeinen Standort in Baden-Württemberg vorschlagen wollen, dürfen Sie das gerne tun.

(Abg. Alfred Winkler SPD: „Überall, nur nicht hier!“)

Wir haben in der Tat Zweifel an allen Standorten in Baden-Württemberg. Ich kann mich erinnern, dass ein SPD-Landtagsabgeordneter vor einiger Zeit gesagt hat, man müsse sich einmal im Schwarzwald erkundigen, ob es möglicherweise dort einen Standort gibt. Eine interessante Position!

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nein! Das ist reine Demagogie, was Sie machen!)

Können Sie da hinten vielleicht einmal mit der Schreierei aufhören.

(Zuruf: Ruhe!)

Wir sind doch nicht bei Ihnen im Wirtshaus.

Wir sagen nicht, Gorleben ist geeignet, weil es weit weg ist von uns, sondern weil es mittlerweile ziemlich gut untersucht ist, weil es von den geologischen Formationen her mit das Beste ist, was es weltweit gibt: ein Salzstock, der seit einer dreistelligen Zahl von Millionen Jahren geologisch stabil ist, der tief liegt, der mächtig ist, also sehr dick ist. Deshalb spricht sehr viel für Gorleben. Die bisherigen Untersuchungen haben keine Zweifel an der Eignung von Gorleben genährt. Wir sind nicht am Ende der Untersuchungen. Man sollte alle Zweifelsfragen, die sich vernünftigerweise aufdrängen, auch klären. Deswegen haben wir nicht gesagt, man könne Gorleben sofort umsetzen, sondern wir haben gesagt, es müsse zu Ende erkundet werden.

Die Zweifelsfragen, die die Bundesregierung gestellt hat, sind noch dazu Zweifelsfragen, die speziell mit Gorleben gar nichts zu tun haben. Deswegen könnten Sie eigentlich zu demselben Schluss kommen, nämlich an Gorleben so lange festzuhalten, solange es keine anderen Erkenntnisse

(Minister Müller)

gibt. Es gibt viele Erkenntnisse, die für die Eignung sprechen, und es gibt wenige, die dagegen sprechen. Erst wenn feststehen würde, dass Gorleben nicht geeignet ist, dann stellte sich die Frage nach einem neuen Standort. Dann nehmen wir die Vorschläge der SPD Baden-Württembergs zum Schwarzwald oder zum Opalinus-Ton oder was auch immer gerne entgegen.

Übrigens gab es auch einmal die Überlegung eines SPD-Landtagsabgeordneten, man sollte doch vielleicht ein Endlager in Russland suchen. Verantwortung, meine Damen und Herren, Verantwortung!

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir haben einen Standort, und die Landesregierung von Niedersachsen sieht das erstaunlicherweise unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung ganz genauso.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist jetzt halt die richtige!)

Zweitens: Wir sagen in Übereinstimmung mit Niedersachsen: Es gibt keinen Grund für ein Moratorium. Das ist das Dummste, was man überhaupt machen kann, schlicht zu sagen: Jetzt machen wir nichts.

Drittens: Wir sind natürlich der Auffassung, dass wir so, wie es weltweit üblich ist, an dem Zwei-Endlager-Konzept festhalten. Es ist das einzig Richtige. Übrigens hat man den AK End dazu zwingen müssen, dass er das Ein-Endlager-Konzept überhaupt übernommen hat.

Viertens: Wir sind der Auffassung, dass der Schacht Konrad alsbald zur Verfügung gestellt werden sollte.

(Beifall des Abg. Drautz FDP/DVP)

Wir meinen sogar, dass der Sofortvollzug nicht ausgesetzt werden sollte, sodass die Klagen keine aufschiebende Wirkung hätten, sondern dass es zum Sofortvollzug kommen sollte, sodass der Schacht Konrad, der technisch im Prinzip relativ nah vor der Realisierung steht, genutzt werden kann. Der Planfeststellungsbeschluss liegt rechtlich jedenfalls schon vor. So etwas aufzugeben, ist mir unbegreiflich.

Fünftens: Wir sind der Auffassung – in der Tat wegen der einen Million Jahre; das muss man wirklich auf sich wirken lassen –, dass es nur ein einziges sinnvolles Kriterium geben kann: die Geologie. Alles andere hat zurückzustehen, ganz einfach.

Jetzt wird im AK End davon gesprochen, dass neben die Geologie gleichberechtigt die so genannten sozialwissenschaftlichen Kriterien treten sollen. Da muss ich schon die Augen verdrehen. Ich weiß nicht, was Sie von Sozialwissenschaft verstehen. Das heißt auf gut Deutsch: „Wenn die Leute dagegen sind, dann machen wir es nicht.“ Wenn Sie das als Kriterium einführen, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn Sie anschließend keine Lösung finden. Dann werden Sie sagen: „Jetzt haben wir leider keine Lösung gefunden.“ Nein, wenn ich vor der Verantwortung stehe, etwas für eine sehr, sehr lange Zeit zu finden, dann kann ich mich nur noch an der Geologie orientieren.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Weil Sie wissen, dass im Gemeinderat von Gorleben eine Mehrheit vorhanden ist, deswegen sagen Sie – das ist ja das Verrückte – interessanterweise: „Wir brauchen die Akzeptanz vor Ort nicht nur an einem Standort, sondern sogar an zwei Standorten, damit wir wählen können.“ Verstehen Sie: Das ist alles darauf angelegt, dafür zu sorgen, dass es nicht zu Gorleben kommt. Das steht sozusagen am Ende der Argumentation, und von dort aus wird alles abgeleitet, damit man in diese Situation gar nicht kommt.

Deswegen halten wir von diesem Kriterium der so genannten sozialwissenschaftlichen Akzeptanz gar nichts. Das hat weder etwas mit „sozial“ noch etwas mit „Wissenschaft“ zu tun, sondern das ist die mangelnde Bereitschaft, eine notwendige Entscheidung auch vor Ort entsprechend zu vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Mit Ihrem Ausstieg aus der Lösung der Endlagerfrage handeln Sie sich natürlich eine Fülle von Problemen ein. Eines der Probleme hat neulich einmal der Bundesrechnungshof genannt. Bisher sind von den Energieversorgungsunternehmen rund 2 Milliarden € zur Erkundung aufgewandt worden. Das ist keine Kleinigkeit. Für 2 Milliarden € bekommt man durchaus schon eine gewisse Erkenntnis und einen Fortschritt. Es ist ja nicht so, dass wir bei null anfangen würden, sondern da ist über 20 Jahre hinweg etwas geschehen.

Jetzt taucht natürlich die Problematik auf: Das haben richtigerweise die Energieversorgungsunternehmen zu bezahlen. Wenn aber die Politik aus einem Prozess aussteigt, ohne dafür sachliche Gründe zu haben, dann wird das wohl – das sagt auch der Bundesrechnungshof – in Gottes Namen der Steuerzahler zu bezahlen haben. Denn ein Energieversorgungsunternehmen, das bestimmte finanzielle Lasten zu übernehmen hat, dem aber nicht mehr die Gegenleistung geboten wird, nämlich eine Klärung der Eignung Gorlebens als Standort, kann man nicht verpflichten, 2 Milliarden € zu bezahlen.

Dann kommen aber auch noch neue Kosten hinzu. Die alten kann man nicht mehr überwälzen; nach der Strategie der Bundesregierung würden aber noch neue Kosten hinzukommen. Nun rechnet das Bundesumweltministerium natürlich möglichst niedrig, damit das nicht als Schreckgespenst vor einem steht, und sagt, die Neuerkundung würde nur 700 Millionen € kosten. Also: In einen Standort, den man schon gefunden hat und der nicht geeignet sein soll, sind bisher 2 Milliarden € gesteckt worden, aber die Suche nach mehreren neuen Standorten soll nur 700 Millionen € kosten. Das glaubt doch kein Mensch! Sie tun also noch einmal etwas zulasten des Steuerzahlers – im Milliardenbereich. Wie gesagt: Der Bundesrechnungshof kritisiert das.

Zum Zweiten: Es ist schon bemerkenswert, wie die ganze Strategie angelegt war, nämlich ohne die Parlamente. Der AK End hat einen Zwischenbericht vorgelegt; jetzt müssten die nächsten Schritte erfolgen. In der Konzeption – man konnte es neulich auch einmal in der Presse lesen – ist an-

(Minister Müller)

gelegt, dass alles, was jetzt zu beraten wäre, nachdem sich die EVUs richtigerweise an diesem weiteren Prozess nicht mehr beteiligen – wir, die einzelnen Bundesländer, übrigens auch nicht –, an ein Fachgremium der Regierungschefs gehen soll.

Wenn es aber eine nationale Aufgabe und ein nationales Problem gibt, bei dem der Parlamentsvorbehalt eine Rolle spielt, dann ist es dies ja vielleicht. Wir haben uns heute früh über das Selbstverständnis des Parlaments und über parlamentarische Rechte unterhalten. Aber hier soll plötzlich etwas eine Sache der Exekutive sein. Das versteht doch nun wirklich kein Mensch.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Zum Dritten: Das Timing, das Sie wählen, der Zeitablauf, die Zeitachse, auf der Sie operieren, heißt erstens „später als bisher“. Zweitens werden Sie diese Zeitachse eingedenk der Hürden, die Sie errichtet haben, nicht einhalten.

Jetzt noch ein paar kurze Bemerkungen zu dem Thema Benken. Das ist sozusagen ein Folgeproblem des allgemeinen Problems. Wenn Sie als Bundesumweltministerium auf die Schweiz zugehen und sagen: „Wir reden über die Lösung eures Problems dann, wenn ihr aus der Kernkraft aussteigt“, dann ist das so ungefähr die Art von deutscher Politik, die in der Schweiz ungemein „gut“ ankommt.

(Abg. Knapp SPD: Waren Sie dabei?)

Das ist nicht unsere Legitimation, der Schweiz zu sagen, welche Energiepolitik sie zu betreiben hat, und das eigene Verhalten davon abhängig zu machen, dass die Schweiz dieselbe Energiepolitik betreibt wie Deutschland. Das ist aber nur eine politische Bemerkung.

Ich sage Ihnen einmal ganz exakt: Der BMU tut einen Teufel dafür, die Probleme in Benken im Interesse der lokalen Bevölkerung einer Lösung zuzuführen. Die harten Positionen in dieser Frage vertritt die Landesregierung von Baden-Württemberg. Ich verdeutliche Ihnen das an drei Punkten.

Erstens: Wir sagen nicht: „Benken schafft den Maßstab für Deutschland“, sondern: „Gorleben schafft den Maßstab für ein atomares Endlager, das ganz in der Nähe der deutsch-schweizerischen Grenze ist.“ Wenn Benken oder ein anderer Schweizer Standort mit Auswirkungen auf die Bundesrepublik schlechter ist als Gorleben, haben wir als Messlatte das, was es in Deutschland gibt, nämlich Gorleben. Insofern wird ein Schuh daraus. Das heißt, wir stellen materiell höhere Anforderungen als das Bundesumweltministerium.

Zweitens: Wir haben Trittin gesagt: Macht bitte zwei Dinge. Sie haben vorhin gefragt: „Wie beurteilen Sie denn Benken technisch, naturwissenschaftlich, geologisch?“ Wir haben zwei Dinge von Trittin gewünscht, nämlich erstens eine nationale Expertengruppe, also eine, die aus Deutschen zusammengesetzt ist – also keine internationale, sondern eine nationale –, in der genau diese Frage der technischen Beurteilung erörtert wird. Zweitens haben wir gesagt: Schließt doch bitte einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz über die ver-

briefte Mitwirkung und die Rechte der deutschen Seite ab. Beides lehnt der Bundesumweltminister ab.

Jetzt frage ich Sie einmal: Wer vertritt die Interessen der Bundesrepublik, Baden-Württembergs und dieser Region in voller Sachlichkeit – nicht als Kampf gegen die Atomindustrie –, die Landesregierung oder die Bundesregierung? Die Frage zu stellen heißt, sie zu gleicher Zeit zu beantworten. Wir werden erneut an die Bundesregierung herantreten und genau diese beiden Punkte einfordern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Verantwortung ist das eigentliche Thema. Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung in dieser Frage eindeutig nicht gerecht. Wir stehen vor der Frage: Was geschieht vor dem Hintergrund des Umstands, dass hier dila-torisch gehandelt wird, dass auf die Zeitachse geschoben wird, dass Hürden errichtet werden, dass vorhandene, sich aufdrängende Lösungen nicht weiterverfolgt werden?

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Jawohl, bitte schön.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Bitte, Herr Abg. Winkler.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Ich habe es nicht verstanden, Herr Minister. Sie wollen, dass die Bundesregierung einen Staatsvertrag mit der Schweiz über das Endlager Benken abschließt?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Nein, sondern über die Mitwirkung der deutschen Seite.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Über die Mitwirkung an was, bitte? Es geht um Benken.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** In der Tat, natürlich, um den Prozess zu begleiten. Die Schweizer Regierung hat der deutschen Seite angeboten, dass sie im gleichen Maß Mitwirkungsrechte und Informationsrechte wie die Schweizer Bevölkerung bekommen soll.

**Abg. Alfred Winkler SPD:** Und was hat das mit dem Staatsvertrag zu tun?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Dazu brauche ich eine rechtliche Grundlage. Das sagt jeder, und die Bundesregierung weigert sich. Das ist Ihnen unangenehm. Das kann ich mir vorstellen, aber es ist so.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die sollen, bitte schön, einen zweiten Standort vorschlagen!)

Wir versuchen rechtlich zu verbiefen, was die Schweiz uns grundsätzlich schon einmal angeboten hat, und die Bundesrepublik Deutschland müsste eigentlich nur die Hand ausstrecken und einschlagen, um die gleichen Rechte zu haben. Aber das geschieht leider nicht.

(Minister Müller)

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aus ideologischen Gründen!)

– Aus ideologischen Gründen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie jetzt?)

Verantwortung ist das Thema, und ich kann Ihnen sagen: Wir werden – „wir“, das sind das Bundesland Baden-Württemberg, das Bundesland Bayern, das Bundesland Niedersachsen, auf das es in diesem Fall besonders ankommt, und der Stadtstaat Hamburg – demnächst eine Bundesratsentschließung einbringen, die mittlerweile schon wörtlich abgestimmt ist und in der wir diese gemeinschaftliche Position der Position der Bundesregierung gegenüberstellen. Dann wird klar, wer in diesem Land, auch aus der Opposition heraus, Verantwortung übernimmt und wer nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Kommandeur der 10. Panzerdivision, Herrn Generalmajor Manfred Engelhardt. Ich begrüße Sie ganz herzlich.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr General Engelhardt, dem das Kommando über die 10. Panzerdivision in Sigmaringen am 1. April dieses Jahres übertragen worden ist, stattet heute dem Landtag von Baden-Württemberg seinen Antrittsbesuch ab.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Verlauf Ihrer Gespräche und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit und bedanke mich für Ihren Besuch.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner

(Abg. Fischer SPD: Noch eineinhalb Minuten!)

für gut eine weitere Minute.

**Abg. Regina Schmidt-Kühner** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss doch noch einmal einige Dinge, gerade zu den letzten Äußerungen des Herrn Ministers, sagen.

Der Bundesumweltminister hat zu der Frage des Standorts für ein Atommülllager in der Schweiz immer gesagt, dass es, wenn die Schweiz auch noch bereit wäre, ein zweites Lager zu suchen und dabei tatsächlich eine offene Suche durchzuführen, kein Problem gebe. Das Problem besteht darin, dass von vornherein festgelegt ist, dass es der Standort in Benken sein soll.

(Abg. Schmiedel SPD zu Minister Müller: Sind Sie jetzt dafür oder dagegen? Raus damit!)

Dieses Problem lässt sich auch auf unsere Situation übertragen. Das gilt es zu lösen.

(Vereinzelt Beifall)

Es muss ergebnisoffen gesucht werden; nur dann kann man von Mitsprache reden. Ansonsten würde nach dem Motto

verfahren: „Vogel, friss oder stirb!“ Nichts anderes passiert da.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Richtig!)

Noch eine Anmerkung zu der Frage der Zwischenlager. Natürlich bestehen vor Ort, in der Nähe der Zwischenlager die Sorgen der Menschen bei der Frage, wie lange denn diese Zwischenlager bestehen bleiben. Das ist richtig. Wir wissen natürlich auch, dass es möglichst keine zeitlichen Verzögerungen geben darf. Trotzdem muss so gesucht werden, dass der beste Endlagerstandort gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang bestehen eben Zweifel am Standort Gorleben.

(Abg. Hauk CDU: Wir haben ja auch einen Zwischenlagerstandort, der nicht genutzt wird!)

Wer aber die Zwischenlager an den Standorten beklagt, gleichzeitig jedoch bei ihrer Einweihung strahlend den roten Knopf drückt, wie Sie, Frau Gurr-Hirsch, der, denke ich, braucht hier nicht in populistischer Weise gegen Zwischenlager zu argumentieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Blenke CDU: Das war nicht populistisch!  
Frau Gurr-Hirsch ist sehr ernsthaft!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile Frau Abg. Gurr-Hirsch das Wort.

**Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch** CDU: Das ist nicht populistisch, sondern das war eine ganz bewusste Handlung. Das war genau das, was ich vorhin auf die Zwischenfrage geantwortet habe. Sie geben keine Antwort darauf, wenn Sie sagen: „Wir wollen keine Atomenergie mehr; wir schalten den Knopf aus.“ Was passiert denn dann mit Ihrer alternativen Windenergie? Sie können den Bedarf an diesem Standort nicht decken.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Geben Sie mir bitte Redezeit, dann kann ich gern darauf antworten!)

Wir müssen momentan, ob wir wollen oder nicht, Ihre Vorgabe akzeptieren. Diese Vorgabe heißt: Erst nach Einrichtung eines Zwischenlagers ist der Weiterbetrieb gesichert. Ich trage Verantwortung für den Standort und für den Weiterbetrieb.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Deswegen war ich dort und habe Mut gezeigt, während alle anderen, die für ihre Partei beim Thema Zwischenlager mit im Boot waren, fern geblieben sind.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Sehr gut! – Abg. Fischer SPD: „Mut gezeigt“! Ja! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/1922, ist durch die Aussprache erledigt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung abgeschlossen.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

- a) **Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildungsstandards in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2009**
- b) **Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Bildung in Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich – Drucksache 13/2325**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung zu a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Die Grünen fangen an!)

Wem von der Fraktion GRÜNE darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, heute ist wohl der Tag der verschollenen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die für ihre Reden nicht rechtzeitig den Saal betreten können! Aber jetzt in diesem Augenblick betritt Frau Rastätter den Saal und wird ihre Ausführungen machen!)

Frau Abg. Rastätter, ich erteile Ihnen das Wort.

**Abg. Renate Rastätter** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ruhig durchatmen! Erst einmal durchatmen, Frau Kollegin!)

Es ist heute alles etwas schneller gegangen, als ich angenommen habe. Aber wie Sie sehen, bin ich bereit.

(Abg. Zeller SPD: Eine Parlamentarierin hat immer hier zu sein!)

Sehr verehrte Damen und Herren, unser Antrag ist jetzt bereits ein Jahr alt, aber er ist nach wie vor aktuell, denn ein Teil unserer Forderungen bezieht sich, wie Sie sehen, auf die Umsetzungsphase. Aber die Umsetzungsphase beginnt ja bekanntlich erst im kommenden Schuljahr.

Es ist überhaupt keine Frage: Die Bildungsplanreform in Baden-Württemberg weist in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Es werden dabei Entwicklungen in Gang gesetzt, die wir Grünen in den letzten Jahren immer wieder eingefordert haben. Insgesamt, meine Damen und Herren, ist aber die Bildungsplanreform in Baden-Württemberg auf halbem Weg stehen geblieben.

(Abg. Röhm CDU: Ach noi!)

Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei dieser Bildungsplanreform auseinander. Das wird sehr gut sichtbar in der Einleitung von Hartmut von Hentig und den Diskrepanzen zu den darauf folgenden konkreten Bildungsplänen. Dazu nenne ich fünf Beispiele.

Erstens: Hartmut von Hentig betont in seiner Einführung: Bildung gilt für alle Schüler und Schülerinnen. Wenn dieses Ziel aber gilt, warum gibt es dann keinen Bildungsplan – den gleichen Bildungsplan – für alle jungen Menschen bis zum Ende der Sekundarstufe I? Warum zerfällt der Bildungsplan dann nach den ersten vier Schuljahren in unterschiedliche Bildungspläne? Warum gibt es nicht einmal ein gemeinsames Kerncurriculum für alle Schüler und Schülerinnen bis zum 15. Lebensjahr, wie es in allen erfolgreichen Bildungsnationen der Fall ist?

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Es gibt in Baden-Württemberg künftig nicht einmal mehr eine gemeinsame Orientierungsstufe im fünften und sechsten Schuljahr. Deshalb bleiben unsere Forderung nach einem gemeinsamen Basiscurriculum und unsere Forderung nach schulformübergreifenden Bildungsstandards in Baden-Württemberg für alle Schüler und Schülerinnen bestehen.

Bei der Beurteilung des Erreichens der Bildungsstandards müssen die Lernausgangslagen der Schüler und Schülerinnen, die schließlich durch die soziale Herkunft der Schüler und Schülerinnen geprägt sind, berücksichtigt werden, damit zum Beispiel auch eine gezielte Ressourcenzuweisung an die jeweiligen Schulen erfolgen kann. Die zur Überprüfung der Bildungsstandards dienenden Diagnose- und Vergleichsarbeiten dürfen aber nur zur besseren individuellen Förderung der Schüler und Schülerinnen eingesetzt werden. Deshalb sagen wir: Sie dürfen nicht zur Benotung herangezogen werden. Das fordert zum Beispiel auch der Landeselternbeirat.

Zweitens: Hartmut von Hentig betont auch, dass der Bildungsplan konservativ geblieben ist, indem die Kenntnisse, die in ihm für verbindlich erklärt werden, weitgehend den Fächern und, wo es sie gibt – es gibt sie ja nicht überall –, den Fächergruppen zugeordnet werden. Dabei ist aber nicht nachzuvollziehen, weshalb die jetzt eingeführten Verbände im Wesentlichen nur für die Hauptschule gelten. Sie gelten kaum für die Realschule und – wenn Sie den Plan für das Gymnasium angeschaut haben, haben Sie das gesehen – für das Gymnasium am allerwenigsten. Ist das vernetzte, das interdisziplinäre Lernen am Gymnasium weniger gefragt?

Ich sage noch eines zum Fächerverbund an der Hauptschule: Der Fächerverbund für Musik, Sport und Kunst ist total misslungen. Bezeichnenderweise gibt es diesen Fächerverbund auch nur in der Hauptschule. Der Widerstand dagegen wäre am Gymnasium und an der Realschule zu groß gewesen. Nicht nur die Experten an der PH, sondern vor allem auch die Lehrkräfte an den Schulen sagen: Wenn man schon einen Fächerverbund macht, dann hätte die Vernetzung von Musik und Kunst zum Beispiel mit Sprachen erfolgen sollen, aber doch nicht mit Sport.

Durch den Zwang zur nivellierenden Notengebung, der in diesem Fächerverbund in der Hauptschule besteht, werden die Hauptschüler außerdem ihrer Chance beraubt, ihre Stärken in einzelnen Fächern wie Musik oder Sport oder Kunst in ihren Leistungserfolgen bestätigt zu bekommen. Ein Hauptschüler, der zum Beispiel in einem Musikverein ist und sehr gut in Musik ist, will dies natürlich auch mit einer guten Benotung dokumentiert bekommen.

(Renate Rastätter)

(Abg. Röhm CDU: Der spielt auch in der Fußballmannschaft!)

Wenn er nun eine Schwäche im Sport oder in Kunst hat, dann wird es so aussehen, dass er eine nivellierende Note bekommt und auch das, was er wirklich gut kann, nicht bestätigt bekommt.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das schädigt ihn auch nicht!)

Deshalb lehnen wir diesen Fächerverbund Musik, Kunst und Sport an der Hauptschule ab und verlangen in diesem Fall eine Einzelbenotung, eine Gleichstellung mit den Real- und mit den Gymnasiasten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Das ist kein gutes Argument! Wir können allen eine Eins geben, dann hätten wir es geschafft!)

Überhaupt muss das Lernen in den Verbänden, was ja jetzt neu ist, sorgfältig evaluiert werden. Wenn sich nämlich zeigt, dass das Lernen in Verbänden erfolgreich ist, dann muss das für alle Schularten gelten. Man erkennt im Augenblick jedenfalls nur eine Absicht, nämlich die, dass mit diesen Verbänden der eklatante Fachlehrermangel an der Hauptschule verschleiert werden soll.

Drittens komme ich zu den Noten. Dies ist das letzte Mal, dass ich auf Hartmut von Hentigs Einleitung zurückgreife. Hartmut von Hentig schreibt in der Einführung, die Eigenverantwortung und die Selbstkontrolle, die Selbsteinschätzung der Schülerinnen und Schüler mittels Logbuch und Sammlung eigener Leistungsnachweise, zum Beispiel eines Portfolios, leiste für das Qualitätsbewusstsein und den Erfolg der Schüler und Schülerinnen mehr als das Lehrerurteil und die Zensuren. Wenn dies so ist, stellt sich die Frage: Warum müssen – wie traditionell praktiziert – ab der zweiten Klasse Noten erteilt werden? Experten sagen, die frühe Benotung führe zu Entmutigung und Notenfixiertheit und sei deshalb für erfolgreiches Lernen kontraproduktiv, damit werde die intrinsische Motivation zerstört. Deshalb bleiben wir Grünen bei unserer Forderung: keine Noten in der Grundschule und Alternativen bei der Leistungsrückmeldung in den ersten Jahren der Sekundarstufe I.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der FDP/DVP: Oje! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Kuschelpädagogik!)

Viertens: Die Hauptschule wird überfordert sein, ihr Ziel der Ausbildungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen und zum Beispiel die Begabungspotenziale für die beruflichen Gymnasien – die dort vorhanden sind, wie wir wissen – zu fördern, wenn die Hauptschule weiterhin als Auffangbecken für alle nach unten durchgereichten Schüler fungiert. Solange es diese eigenständige Schulform noch gibt, darf die Hauptschule nicht mehr die Schule sein, in die alle so genannten „Versager“ abgeschult werden.

(Abg. Röhm CDU: Ha no!)

Wir bleiben deshalb bei unserer Forderung, dass sich alle Schulen bei der Weiterentwicklung der Unterrichtskultur

zur individuellen Förderung auch strukturell weiterentwickeln dürfen.

Schließlich fünftens: Meine Damen und Herren, mit dieser Bildungsplanreform wird den Schulen viel zugemutet. Es ist eine gewaltige Herausforderung für alle Lehrerinnen und Lehrer, sich auf die neuen Bildungspläne vorzubereiten. Die meisten Kollegien tun dies mit großem Engagement,

(Beifall des Abg. Röhm CDU – Abg. Röhm CDU: So ist es!)

mit großem Zeitaufwand und Arbeitseinsatz; das habe ich überall mit verfolgt. Die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land sind bereit, die ihnen gegebene Eigenverantwortung zu übernehmen.

(Abg. Röhm CDU: Gott sei Dank!)

Maßlos ärgern die Lehrerinnen und Lehrer aber zu Recht die ständigen, von der Schulwirklichkeit völlig abgehobenen Stellungnahmen der Kultusministerin darüber, dass die Umsetzung der Bildungsplanreform im kommenden Schuljahr tatsächlich gemacht werden könnte. Der geringe Vorlauf, der riesige Druck, der auf den Schulen lastet, die geringen Fortbildungsmöglichkeiten und die mangelnde Entlastung werden von Ihnen, Frau Kultusministerin, überhaupt nicht thematisiert. Tatsache ist aber, dass die Erprobung an den Erprobungsschulen nicht abgeschlossen ist, dass in den nächsten Jahren und auf Jahre hinaus alle Schulen Erprobungsschulen sein werden, dass man den Schulen die Zeit geben muss,

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

einzelne Elemente zu erproben, und nicht sagen kann: Wir setzen alles sofort um. Es muss offiziell gestattet und den Schulen genehmigt werden, einzelne Elemente für sich selber zu entscheiden und umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nur dann wird diese Reform auch greifen und Wirksamkeit entfalten. Auch wir Grünen sind dafür, dass die Schulen in Baden-Württemberg besser werden, dass unsere Schülerinnen und Schüler besser gefördert werden und ihre ganzen Talente und Fähigkeiten optimal entfalten können.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Röhm.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Karl-Wilhelm, das habe ich vorhin nicht verstanden! Können Sie mich aufklären?)

**Abg. Röhm CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heute in Rede stehenden Bildungspläne enthalten als eine wesentliche Neuerung so genannte Bildungsstandards mit Kerncurricula. Die inhaltlichen Schwerpunkte sind so ausgewählt, dass über sie personale, soziale, methodische und fachliche Kompetenzen vermittelt werden. Es handelt sich

(Röhm)

dabei wohlgerichtet um ein Pflichtpensum. Es ermöglicht Konzentration auf das Wesentliche und schafft nebenbei auch noch Raum für mehr pädagogische Selbstständigkeit an unseren Schulen. Dafür sind zwei Drittel der Unterrichtszeit vorgesehen. Ein weiteres Drittel der Unterrichtszeit steht für die Ausgestaltung der schuleigenen Curricula zur Verfügung.

Es ist überdies sinnvoll, dass die Bildungsstandards – da sind wir anderer Meinung als Sie, Frau Rastätter – ein angemessenes, schularttypisches Erwartungsniveau festlegen und damit im Sinne des aus unserer Sicht bewährten gegliederten Schulwesens in Baden-Württemberg das Profil der jeweiligen Schulart schärfen. Das ist unser Anliegen.

Mit den Bildungsstandards erhalten unsere Schulen einerseits ein Instrumentarium für die Bewertung der Ergebnisse der schulischen Arbeit und andererseits eine Orientierung für die Qualitätskontrolle, die immer am Ende des jeweiligen Bildungsabschnitts steht. Dies geschieht – Sie haben es angedeutet – in Form von Diagnosearbeiten und auch in Form von Jahrgangsarbeiten, die übrigens schon jetzt freiwillig abgerufen werden, weil die Lehrkräfte gern eine Rückmeldung für ihre eigene Arbeit an der Schule erhalten.

Diesem Prozess der Selbstevaluation muss nach Meinung der CDU-Fraktion breiter Raum eingeräumt werden. Wir wollen nämlich zuallererst Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und den Schulen Freiheiten gewähren. Erst dann folgt Fremdevaluation. Sie soll für uns und auch für die Lehrkräfte nicht etwas Bedrohliches darstellen, sondern soll ein weiterer Beitrag zur Qualitätsentwicklung sein. Wir verstehen Schule nämlich als eine lernende Organisation. Deswegen sieht die CDU-Fraktion einen Schwerpunkt bei der Selbstevaluation.

Die kritische Reflexion der eigenen pädagogischen Arbeit hat meines Erachtens schon jetzt einen Prozess der Qualitätsentwicklung auf den Weg gebracht, der, wenn es nach mir geht, von der Schulverwaltung nicht dominiert, sondern in zunehmendem Maß begleitet wird. Dazu werden auch so genannte Evaluationsberater bereitgestellt.

Sehr geehrte Frau Rastätter, Sie sehen ja – Sie haben das eingeräumt; das freut mich sehr –: Die meisten Forderungen Ihres Antrags sind zwar nicht erledigt, aber auf einem guten Weg.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nicht erledigt!)

Deswegen – die Konsequenz nehmen Sie uns sicher nicht ab –, weil vieles davon schon umgesetzt ist, lehnen wir den Antrag ab.

Ich sage aber genauso offen, dass wir einigen Forderungen im Interesse der Schülerinnen und Schüler nicht entsprechen können. Ich sage das ganz deutlich. Wir waren und sind nicht bereit, bildungspolitische Innovationen an unseren Schulen nur deshalb zu verzögern, um uns bei Lösungen der gesamten Kultusministerkonferenz lediglich auf den kleinstmöglichen gemeinsamen Nenner zu beschränken.

Wir stehen auch für zweifelhafte Experimente, die mit – entschuldigen Sie den Ausdruck – Leistungsnivellierungstendenzen einhergehen, nicht zur Verfügung.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schauen Sie doch erfolgreiche Bildungsländer an!)

Wir sehen es deshalb ganz gelassen, wenn andere Bundesländer über schulartübergreifende Bildungspläne diskutieren. Der Erfolgsfaktor der baden-württembergischen Bildungspolitik und – wenn wir den Blick nach Bayern richten – auch der bayerischen Bildungspolitik besteht gerade darin, dass wir von solchen ideologischen Nivellierungstendenzen Abstand genommen haben.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

Aus diesem Grund lehnen wir die Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners – ich sage es nochmals – konsequent ab und setzen weiterhin auf differenzierte Standards für alle Schularten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Bei der Entwicklung der Bildungspläne sind wir weit fortgeschritten.

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Röhm CDU:** Wir treffen an unseren Schulen bei der Umsetzung der Bildungspläne – –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Präsidentin, Sie müssen sich durchsetzen!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege Röhm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

**Abg. Röhm CDU:** Frau Rastätter gestatte ich immer eine Zwischenfrage. – Bitte, Frau Rastätter.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Vorteilsannahme!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Rastätter.

**Abg. Renate Rastätter GRÜNE:** Herr Kollege Röhm, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es bei schulartübergreifenden Bildungsstandards nicht um eine Nivellierung auf unterstem Niveau, sondern um Kompetenzstufen geht, sodass man sehr wohl auch hohe Leistungsanforderungen stellen kann? Wie stehen Sie zu solchen schulformübergreifenden Bildungsstandards, die Niveaunkonkretisierungen bzw. unterschiedliche Stufen vorsehen, wie das bei PISA der Fall war?

**Abg. Röhm CDU:** Frau Rastätter, Niveaunkonkretisierungen sind bei uns auch dabei, um das in aller Deutlichkeit zu sagen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schulbezogen!)

Aber die Frage, die in dieser Diskussion noch nicht entschieden war, ist eine ganz andere. Sie wissen: Man hat sich lange darüber unterhalten, ob Regel- oder Mindeststandards gelten sollen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Röhm)

Solange wir diese Frage nicht eindeutig beantworten und uns bundesweit auf ein gewisses Anspruchsniveau einigen, macht diese Diskussion meines Erachtens keinen Sinn.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr richtig!)

Würde man sich darauf einigen, Frau Rastätter, wäre ich bereit, diesen Weg mit anzudenken.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aha! Sehr gut!)

Ich möchte es nicht grundsätzlich ablehnen, aber die Ausgangsvoraussetzung passt nicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Da bleiben wir im Gespräch!)

– Ja, da bleiben wir im Gespräch, selbstverständlich.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Ist das ein Schmusebrei!)

Ich knüpfe noch einmal an: Bei der Entwicklung der Bildungspläne sind wir weit fortgeschritten. – Ja, ich verstehe mich gut mit Frau Rastätter.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Abg. Stickelberger SPD: Aber keine Briefe schreiben!)

– Das hat reformpädagogische Gründe, meine Damen und Herren, sonst gar nichts.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Aber kein Lehrer-Schüler-Verhältnis! – Weitere Zurufe)

– Zu Ihnen komme ich gleich. – Bei der Entwicklung der Bildungspläne sind wir durchaus weit fortgeschritten. Wir treffen an unseren Schulen – Sie haben es ja selber aus Ihrer Sicht angedeutet, Frau Rastätter – auf viel Gutwilligkeit in den Kollegien. Viele Kollegen gehen diesen Weg mit großer Überzeugung mit und ziehen sich nicht in den Schmollwinkel zurück,

(Abg. Zeller und Abg. Dr. Caroli SPD: Wer macht das? – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Die Frau Schavan!)

wie Sie das allenthalben prognostiziert haben. Dies gilt vor allem auch für die Ausgestaltung der Schulcurricula. – Ich nenne sie gleich.

Aus diesem Grunde möchte ich ganz zum Schluss noch ein persönliches Wort an Sie, liebe Frau Kollegin Rastätter, richten.

(Zurufe: Oi! – Aha! – Abg. Schmiedel SPD: „Ein persönliches Wort“!)

Ich bin mir sicher, dass Sie als überzeugte Lehrerin und leidenschaftliche Pädagogin

(Abg. Birzele SPD: „Leidenschaftlich“!)

mit größter Begeisterung an der Ausgestaltung der Bildungspläne mitarbeiten würden, wenn Sie noch im Schuldienst wären; davon bin ich überzeugt. Dies gilt auch für einige Kollegen der SPD-Fraktion.

(Abg. Zeller SPD: Wen denn? – Abg. Dr. Caroli SPD: Ross und Reiter!)

– Kollege Zeller, ob es für Sie gilt, darüber bin ich sehr im Zweifel.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber für den Kollegen Haller gilt es allemal. Der weiß die Freiräume, die ihm zugestanden werden, zu nutzen.

Deswegen mein Appell an die Opposition, vor allem an die größere Oppositionspartei:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Haller vor!)

Spielen Sie nicht länger die bildungspolitischen Miesepe-  
ter!

(Abg. Dr. Schüle CDU: Sehr gut!)

Beteiligen Sie sich an dem baden-württembergischen Weg, und tragen Sie ihn hinaus in die SPD-regierten Bundesländer, solange es noch welche gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Raus aus dem Schmollwinkel!)

Mit Miesepe-  
ter – damit es kein Missverständnis gibt – meine ich nicht Sie, lieber Kollege Wintruff,

(Abg. Wintruff SPD: Das will ich aber hoffen! – Heiterkeit – Abg. Dr. Reinhart CDU: Er hat es verdient, erwähnt zu werden!)

aber ganz sicher einen geschätzten Bildungspolitiker Ihrer Fraktion, dessen Namen ich nicht nennen will und auch nicht nennen muss,

(Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Zeller SPD: Norbert, das bist du!)

weil er stets für sich selber spricht. Ich gebe jetzt das Podium frei, damit wir auf diesen Kollegen hören können.

Ich danke Ihnen.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Seimetz CDU: Oh! Ihr seid doch noch für eine Überraschung gut! – Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Zeller SPD: Der meinte ja dich! Aber du redest ja gar nicht!)

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie waren nicht gemeint! – Heiterkeit)

– Ich weiß es.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zuckerbrot und Peitsche!)

Mit dem schwarz-grünen Schmusebrei ist es jetzt vorbei.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Dr. Caroli)

Für meine Rede brauche ich Zeit. Ich appelliere schon jetzt an Sie, Frau Präsidentin, ein klein wenig großzügig zu sein.

(Unruhe – Zurufe)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt fängt er erst an!)

hat immer wieder eine durchgreifende Bildungsreform für unser Land gefordert.

(Abg. Zeller SPD: Jawohl!)

Jetzt kommt endlich Bewegung.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu mehr Autonomie der Schulen, zu einem Lernen, das von Problemstellungen ausgeht, statt zerstückelte Stoffhäppchen zu verabreichen,

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

und Einstellungen, Kenntnisse und Fähigkeiten anstrebt, wie sie Hartmut von Hentig in der „Einführung in den Bildungsplan 2004“ formuliert hat.

(Abg. Zeller SPD: Seit Jahren haben wir das gefordert!)

Wir wollen auch eine stärkere Outputorientierung, ohne dabei Input und Prozess zu vernachlässigen. Wenn ich mir aber nun anschau, was gegenwärtig an den Schulen abläuft, verdichtet sich bei mir der Eindruck, dass alter Wein in neue Schläuche gegossen wird.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, die neue Begrifflichkeit hat die Schulen zwar erreicht – man spricht von Kerncurriculum und Schulcurriculum, vom Paradigmenwechsel weg von der bisherigen Input- zur zukünftigen Outputorientierung, von Niveaunkonkretisierungen und, und, und –,

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

die Frage ist nur, ob das neue Konzept klar ist und das Bewusstsein der Agierenden erreicht hat.

Selbst die Autoren der Bildungsstandards und – das behaupte ich – auch das Kultusministerium wären in Verlegenheit zu bringen, befragte man sie beispielsweise zum Unterschied zwischen Kerncurriculum und Bildungsstandards.

(Heiterkeit der Ministerin Dr. Annette Schavan)

Sie können es ja nachher ausprobieren. Die Rückmeldungen aus den Schulen ergeben, dass zahlreiche grundlegende Fragen noch nicht geklärt sind und man aus Sicherheitsgründen dabei ist, in gutwilliger Manier die noch bestehenden Lehrpläne unter häufiger Verwendung des Wortes „Kompetenzen“ umzuschreiben.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

Die Begrifflichkeit ist also keineswegs klar. Ich möchte hier einmal zitieren, was der VBE, der uns keineswegs immer

nahe steht, in einer Pressemitteilung als Zitat aus dem Landesbildungsserver verbreitet hat:

*Nicht nur die Lehrkräfte, auch die Eltern werden mit einer Flut „akademisch angehauchter Worthülsen“ überschüttet, die Fortschritt vorgaukelten, in Wirklichkeit jedoch nur Tünche für ein instabil gewordenes System seien . . .*

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

*Ob Paradigmenwechsel, Bildungsstandards, Evaluationselemente oder Input-Output-Steuerung, ob Kompetenzen, Kontingenzstudenten oder Kerncurriculum, das neue Bildungszeitalter breche mit scheinbar griffigen Begriffen an, die aber alle erst noch „mit Leben“ gefüllt werden müssen, damit die Reform nicht wie bei „des Kaisers neue Kleider“ ende . . .*

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie haben doch teilweise auch solche Begriffe verwendet!)

Gemeinsamkeit mit dem VBE in dieser Frage.

Meine Damen und Herren, der vorgegebene Zeitplan verhindert leider die doch dringend notwendige Neuorientierung unseres Bildungswesens. Wir befürchten, dass die mangelnde Klärung der Reformziele zu Standards führt, die keinen Lehrer und keinen Schüler besser machen. Die einseitige Verlagerung auf den Output verschärft wegen der zu befürchtenden zunehmenden Testeritis den Selektionsdruck bis in die Grundschule hinein und wird den Frust und die Ratlosigkeit aller am Schulleben Beteiligten noch erhöhen.

(Abg. Hauk CDU: Können Sie das auf Deutsch sagen?)

– Ich gebe Ihnen gern eine Nachhilfestunde, Herr Hauk.

(Abg. Hauk CDU: Gerne! Bitte auch Inhalte, nicht nur Phrasen!)

Es besteht vor allem Klärungsbedarf bei der Funktionalität von Bildungsstandards. Zum Beispiel ist doch noch gar nicht geklärt, ob wir das Marktmodell nach angelsächsischem Vorbild, ob wir Bildungsstandards als Selektionsinstrument wollen oder ob wir schulartübergreifende vergleichbare nationale, wenn nicht gar europäische Standards wollen, die die Qualitätskonzepte nach skandinavischem Vorbild auf die individuelle Förderung konzentrieren. Ich darf dabei an die Erkenntnisse erinnern, die der Schulausschuss in Finnland gewonnen hat.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Meine Damen und Herren, ohne ausreichende Klärung der Grundlagen ist das Reformprojekt zum Scheitern verurteilt. Lassen Sie mich unser Unbehagen mit einigen Thesen umschreiben:

Erstens: Der Herbst 2004 ist ein Knebeltermin mit kontraproduktiver Wirkung für die Bildungsreform.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Was haben denn Sie für einen Termin? – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Dr. Caroli)

Ein Paradigmenwechsel braucht Zeit und muss sich in den Köpfen verankern dürfen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Was haben Sie für einen Termin?)

Das System der Qualitätssicherung bei Daimler-Chrysler beispielsweise brauchte zehn Jahre, bis es funktionierte.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Aber die haben auch irgendwann mal angefangen!)

Zweitens: Dicke Bildungspläne sind eher Beweis für Gängelung denn für Autonomie der Schulen. Gegenbeispiele finden Sie in den Niederlanden und in Australien.

Drittens: Qualitätssicherung erfordert ein hohes Maß an echter Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Dazu ist die Lehrerschaft nur dann in der Lage, wenn sie entsprechend qualifiziert ist. Deswegen muss die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung dringend umgestaltet werden, was bisher nicht geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch dazu braucht man Zeit und Ressourcen.

Viertens: Ohne Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen entstehen Resistenz, Frustration und Demotivation, die allenfalls den Versuch der Perfektionierung gängiger Praxis zulassen.

Fünftens: Das Vorpreschen Baden-Württembergs mit schulartbezogenen Standards lässt keine echten Leistungsvergleiche zu, sondern schreibt vielmehr das gegliederte und selektive Schulsystem fest. Das müssen Sie sich endlich einmal sagen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn alle Länder so verfahren wie Baden-Württemberg,

(Abg. Seimetz CDU: Dann werden alle gut!)

dann entsteht in Kürze ein unüberschaubarer Bildungsreformdschungel.

Sechstens: Wir bezweifeln, dass systematisch entwickelte wissenschaftlich begründete Standards in die Bildungspläne eingegangen sind.

(Abg. Blenke CDU: Das muss man aber jetzt nicht verstehen!)

Die eilig zusammengestellten Ad-hoc-Gruppen konnten nicht mehr bewirken, als Stoffanforderungen eher zufällig und überwiegend konfus zu formulieren.

(Abg. Röhm CDU: Das waren erfahrene Kollegen!)

Siebtens: Bei dem extrem wichtigen Teilaspekt der Ergebnissicherung besteht bislang Fehlangelegenheit. Wie sollen denn Standards überprüft werden, wenn nicht konkret bekannt ist, wie das System der Schulevaluation aussehen soll?

Meine Damen und Herren, kurz zusammengefasst: Wir haben das Problem, dass erstens klare Ziele und ein für alle erkennbares Gesamtkonzept fehlen und dass zweitens die Geschwindigkeit des Vorgehens alle Beteiligten überfordert. Deshalb fordern wir, erst einmal die Grundlagen der Reformziele zu klären, die Zeitschiene der Bildungsplanreform dahin gehend zu ändern, dass die Bildungspläne erst in zwei Jahren und dann schrittweise in Kraft treten, und zwischenzeitlich die Erprobungen an Versuchsschulen . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

**Abg. Dr. Caroli SPD:** . . . zu verstärken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ja-wohl!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Ich erteile das Wort Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! In ihrer Stellungnahme zum Antrag der CDU stellt die Landesregierung die Ergebnisse der aktuellen Studien zu Qualität und Leistungsfähigkeit deutscher Schulen im internationalen und zum Teil auch im nationalen Vergleich dar. Diese Zusammenfassung ist sehr verdienstvoll und auch der genauen Lektüre wert. Die zentrale Botschaft dieser Studien in ihrer Zusammenschau lässt sich wie folgt formulieren:

Erstens: Die deutschen Schulen und das deutsche Bildungssystem sind – Frau Rastätter gibt mir da wohl auch Recht – nicht so schlecht, wie es aufgrund der Ergebnisse der PISA-Studie erscheinen mag

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ich bin hier keine Kronzeugin!)

und zum Teil auch suggeriert wird.

Gerade Baden-Württemberg schneidet übrigens selbst bei PISA insgesamt gut, teilweise sogar sehr gut ab. Wir alle wissen, dass diese Differenzierung aufgrund unseres föderal organisierten Bildungswesens erforderlich ist.

Zweitens: Das Qualitätsproblem deutscher Schulen liegt in erster Linie in mangelnder Weiterentwicklung ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit. Wir sind nicht schlechter geworden, meine Damen und Herren, sondern andere sind besser geworden. Wir stehen im internationalen Wettbewerb. Gerade deshalb reicht es nicht, lediglich nicht schlechter zu werden. Unabhängig hiervon genügt das allerdings auch schon nicht den eigenen Ansprüchen, die an Schule zu stellen sind. Weiterentwicklung und stetige Verbesserung sind daher eine Daueraufgabe.

Ich widerstehe der Versuchung, an dieser Stelle die Maßnahmen aufzulisten, die Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren zur Verbesserung von Schulqualität ergriffen und auch eingeleitet hat. In Landtagsdrucksachen steht viel dazu. Die Verständigung darüber müssen wir bei anderer Gelegenheit versuchen.

(Kleinmann)

Stattdessen drittens: Eine wesentliche Schwäche der deutschen Schulen liegt nach meiner Überzeugung – und zwar nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in anderen Ländern – darin, dass sie für leistungsschwächere Schüler zu wenig individuelle Förderung anbieten.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Ich sage das vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen auf der Schulausschussreise nach Finnland. Ich sage das vor dem Hintergrund des Befunds der jüngsten OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“, derzufolge eine solche Förderung für nur 14 % der deutschen Schüler angeboten wird – gegenüber 72 % im OECD-Durchschnitt und über 90 % in Finnland, Japan und Neuseeland.

Ich sage das vor dem Hintergrund des Themas Bildungsstandards. Das ist ja das heutige Thema. Ich versuche nicht, hier als Experte aufzutreten. Deshalb berufe ich mich auf den Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Böttcher von der Universität Münster. Er hat sich nicht gescheut, die Möglichkeiten des Einsatzes von Qualitätsstandards anhand der Produktion von Reißzwecken zu illustrieren. Die eine Möglichkeit ist, die Produktion so anzulegen, dass Standards der Größe, Festigkeit usw. im Durchschnitt der Fälle eingehalten werden. Ein bestimmter Teil der Produkte wird den Standards also gerecht, ein anderer wird ihnen nicht gerecht.

Die andere Möglichkeit ist, die Standards als Mindestanforderungen anzulegen, denen alle produzierten Exemplare, also nicht nur deren Durchschnitt, zu entsprechen haben. Es versteht sich fast von selbst, dass dies nur gelingen kann, wenn die Produktion von Exemplaren, die den Anforderungen nicht entsprechen, sofort Rückwirkung auf den Produktionsprozess hat. Das ist die schon erwähnte so genannte Outputsteuerung, die mit der Einführung von Bildungsstandards auch an unseren Schulen stattfinden soll. Schule muss sich der Ergebnisse ihres pädagogischen Tuns vergewissern, weit mehr als bisher und im ausdrücklichen Verfahren sowohl der internen als auch der externen Evaluation. Schule muss sich so organisieren, dass die Ergebnisse der Evaluation ihrer Leistung auf ihr eigenes Tun zurückwirken. Schule muss ihre Leistungsfähigkeit und Leistung daran messen, dass vorgegebene Bildungsstandards im Sinne von Mindestanforderungen von allen Schülern erfüllt werden. Sie darf sich – ich erinnere noch einmal an das Beispiel von Herrn Professor Dr. Böttcher – grundsätzlich nicht damit abfinden, dass nur ein Teil der Schüler diesen Mindestanforderungen gerecht wird. Das ist übrigens der eigentliche Paradigmenwechsel, der mit der Einführung von Bildungsstandards vorgenommen wird.

Konkret heißt dies: Schule muss sich mehr als bisher, und zwar innerhalb der jeweiligen Schulart, um die Schüler kümmern, die Schwierigkeiten haben – ich fasse noch einmal zusammen –, die Mindestanforderungen zu erfüllen. Dass hier die eigentliche Schwäche des deutschen Schulsystems liegt, auch in Baden-Württemberg, haben, wie gesagt, die PISA-Studien aufgezeigt.

Was die Formulierung und Einführung von Bildungsstandards angeht, hat Baden-Württemberg unbestreitbar die Vorreiterrolle übernommen. Darauf wie auch auf die intensiven und sehr breit angelegten Beteiligungsmöglichkeiten

bei der Diskussion kann Baden-Württemberg stolz sein. Allerdings sollte ernst genommen werden, dass Professor Dr. Böttcher auf ausdrückliche Nachfrage in einer Veranstaltung in Fellbach die baden-württembergischen Bildungsstandards als noch nicht präzise und, wie er sich ausdrückte, „hart“ genug bezeichnet hat. Ich vertraue darauf, dass die Formulierung von Bildungsstandards selbst ein Lernprozess ist, der den Bedingungen der Outputsteuerung unterliegt.

Wenn dies so ist – die Landesregierung selbst betont es in der Stellungnahme –, dann sind wir, wie ich meine, in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg, die Qualität unserer Schulen zu sichern, weiter zu verbessern und vor allem den Paradigmenwechsel zu vollziehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht mehr zu bestreiten, dass die Schulen in Baden-Württemberg zum neuen Schuljahr in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintreten werden mit einem hohen Maß an pädagogischem Gestaltungsspielraum, mit Bildungsplänen, die ganz wesentlich aus der Praxis entstanden sind, mit neuen Instrumenten der Vergleichbarkeit, und dies alles im Kontext bildungspolitischer Reformen, die ja generell in Deutschland stattfinden.

Wir haben über alle Themen, die damit verbunden sind, in diesem hohen Hause schon oft gesprochen. Deshalb werde ich mich jetzt auf die Punkte konzentrieren, die meine Vordredner heute angesprochen haben.

Erster Punkt: Bildung gilt für alle Kinder. Ich entnehme Ihren Reden, dass Ihnen der Einführungstext zu den Bildungsplänen, den Herr von Hentig geschrieben hat, irgendwie zuzusetzen scheint.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Vor allem gefallen hat!)

– Das ist doch ein schöner Text, oder?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja!)

– Das dachte ich mir.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Er kann auch in einem gewissen Widerspruch stehen zu dem, was im Anschluss daran steht!)

– Herr von Hentig hätte ganz gewiss nicht eine Einführung zu den neuen Bildungsplänen geschrieben, wenn seine Einführung im Widerspruch zu den Bildungsplänen stünde. Sie unterschätzen Herrn von Hentig.

(Abg. Zeller SPD: Wir nicht! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Anspruch und Wirklichkeit klaffen oft auseinander!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Meine Damen und Herren, genau das ist ja lange und oft unter uns diskutiert worden: Was bedeutet dieser Satz für die konkrete Organisation von Bildung? Der programmatische Leitsatz, der auf diesen Satz sofort folgt, heißt: Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden; keiner soll seine Talente verstecken müssen. Unbestritten ist, dass es in der Welt auch Länder gibt, die dies mit integrativen Systemen tun und gut tun.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Unbestritten ist aber auch, dass überall da, wo der Versuch gemacht wird, einfach von einer Tradition in eine andere zu springen, dies misslingt.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Auch dafür gibt es viele Beispiele, unter anderem in Deutschland.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schweden und Finnland sind „umgesprungen“!)

Deshalb ist unser Weg, die Schularten so zu profilieren, dass dort auch möglichst viel an Abschlüssen möglich ist. Der mittlere Abschluss muss über kurz oder lang an jeder weiterführenden Schule möglich sein.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Aha!)

Das ist das Ziel einer inneren Schulentwicklung, bei der nicht über äußere Organisation und Strukturen nachgedacht wird, sondern über innere Entwicklung, zusammen mit dem, worüber wir hier ebenfalls schon oft gesprochen haben: Bildungspolitik ist in wesentlichen Teilen auch Strukturpolitik. Wir wollen zum Beispiel nicht, dass es zwischen dem städtischen und dem ländlichen Raum eine Diskrepanz gibt und sich die Schere immer weiter öffnet, mit immer weniger Schulstandorten im ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Frau Rastätter, mitklatschen!)

Wir wollen auch in Zukunft, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, viele Schulstandorte im ländlichen Raum, weil das ein wesentlicher Infrastrukturfaktor ist und weil innere Schulentwicklung möglich sein muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Mitklatschen!)

Zweiter Punkt hierzu – das halte ich auch für wichtig, wenn ich mir das Thema unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten anschau –: Es darf nicht so sein, dass wir eine Liste von Kompetenzstufen aufstellen und sie der Schülerschaft am Ende so zuweisen, dass der heutige Hauptschüler immer im unteren Kompetenzbereich bleibt.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Gerade nicht, Frau Schavan!)

Quer durch die Kompetenzstufen muss der Anspruch lauten, dass alle nach den besten Möglichkeiten, die wir uns denken können, gefordert und gefördert werden,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

mit unterschiedlichen Profilen, unterschiedlichen pädagogischen Konzepten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Auch das ist ein Ziel innerer Schulentwicklung in Baden-Württemberg.

Dritter Punkt: die Frage des Tempos. Wir haben im Sommer des Jahres 2000 gesagt – das war also vor vier Jahren –

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mathematik-Kompetenz! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– PISA-Kompetenzstufe I überstanden –:

(Heiterkeit)

Wir wollen von den Schulen einen Bericht über ihre Erfahrungen beim Umgang mit den Bildungsplänen erbitten. Wir haben viele Rückmeldungen von einzelnen Pädagogen, von Fachkonferenzen, von ganzen Kollegien bekommen. Wir haben diese gewissenhaft ausgewertet, und es waren quer durch die Schularten bestimmte Tendenzen ganz klar erkennbar. Wir haben nicht am grünen Tisch oder irgendwo in theoretischen Gefilden neue Bildungspläne entwickeln lassen,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

sondern wir haben diesen neuen Ansatz wesentlich aus der Praxis heraus, mit erfahrenen Lehrerinnen und Lehrern, übrigens auch mit solchen, die Lehrer ausbilden, und in Verbindung zu unseren Pädagogischen Hochschulen gewagt. Wir haben diesen Prozess, jedenfalls in Teilen, zeitgleich an über 400 Pilotschulen begleitet und haben die Schulen Erfahrungen sammeln lassen.

Ich muss sagen, was mich von allen Reden heute Nachmittag am nachdenklichsten stimmt, ist die Tatsache, Herr Dr. Caroli, dass Sie nicht nur Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg sind, sondern auch einer derjenigen, die in Baden-Württemberg Lehrer ausbilden. Sie sagen hier im Ernst, es sei Ihnen nicht klar, was ein Kerncurriculum ist.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, das habe ich nicht gesagt! – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

– Jedenfalls haben Sie gesagt, man wisse es nicht. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass jemand, der in Baden-Württemberg Lehrer ausbildet, dies jungen Lehrern und Lehrerinnen erklären kann.

(Abg. Zeller SPD: Das kann er! – Abg. Dr. Caroli SPD: Ich kann das! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Muss man ihm dann die Ausbildungsbefugnis entziehen?)

Ihre Rede – als die Rede von jemandem, der in Baden-Württemberg Lehrer ausbildet – hat mich ziemlich erschreckt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Na, na, na! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Sie erwecken doch den Eindruck, als wisse in der Schulverwaltung niemand, was ein Kerncurriculum ist, als könne das niemand den Adressaten an den Schulen erklären.

(Abg. Schmiedel SPD: Das hat er nicht gesagt!)

Ich kann es Ihnen ganz einfach erklären. Es ist in den letzten vier Jahren zigfach erklärt worden. Der Unterschied zwischen Bildungsstandard und Kerncurriculum lautet: Der Standard ist Teil des Kerncurriculums. Im Kerncurriculum sind neben der Standardformulierung

(Abg. Dr. Caroli SPD erhebt sich von seinem Platz.  
– Abg. Dr. Caroli SPD: Ich würde gern eine Zwischenfrage stellen! – Abg. Seimetz CDU: Caroli, fünf! Setzen!)

– darf ich das eben zu Ende führen? – zentrale Inhalte formuliert, die den Grundwortschatz eines Fachs ausmachen. Die Ergänzung, die Vertiefung und Akzentsetzung, die möglichen Schwerpunkte zu dem Grundwortschatz und den damit verbundenen Standardformulierungen werden im Schulcurriculum vorgenommen. So einfach ist das, und ich wünsche mir sehr, das Sie das den jungen Lehrerinnen und Lehrern so beibringen.

Und jetzt Ihre Zwischenfrage.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Sehr geehrte Frau Ministerin,

(Abg. Blenke CDU: Wenn man schon so anfängt!)

der Erklärungsversuch müsste wiederholt werden. Aber ich will mich dazu nicht weiter äußern, sondern Sie fragen: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich wörtlich Folgendes gesagt habe:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie es abgelesen?)

Selbst die Autoren der Bildungsstandards – und ich behaupte: auch das Kultusministerium – wären in Verlegenheit zu bringen, befragte man sie beispielsweise nach dem Unterschied zwischen Kerncurriculum und Bildungsstandards. Nehmen Sie bitte zweitens zur Kenntnis, dass ich damit nicht meine,

(Zurufe von der CDU: Frage!)

dass sie dies den Schulen überzeugend vermitteln können. Das ist nämlich bislang nicht gelungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Blenke CDU: Fragezeichen!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Jetzt weiß ich immer noch nicht, ob Ihnen der Unterschied klar ist.

(Abg. Seimetz CDU: Wahrscheinlich nicht! Herr Dr. Caroli, bitte nachsitzen! – Weitere Zurufe – Heiterkeit)

Sie müssen es mir nicht erklären. Ich würde nur gerne Ja oder Nein hören, sonst muss ich mich noch einmal um die Lehrerbildungsseminare kümmern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Herr Abg. Dr. Caroli, eine kurze Frage.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es noch schlimmer!)

**Abg. Dr. Caroli SPD:** Frau Kultusministerin, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das ein etwas ungewöhnlicher Vorgang ist,

(Abg. Hauk CDU: Sie sollen eine Frage stellen!)

den Sie gerade stattfinden lassen.

(Abg. Seimetz CDU: Wo ist die Frage?)

Ich darf Ihnen versichern, dass ich in der Lage wäre, Ihnen in einer halben Stunde die volle Klarheit über die Begrifflichkeit, die ich mir zu Eigen gemacht habe, zu vermitteln, Sie in dieser halben Stunde darüber aufzuklären, wieweit die Begrifflichkeit bei mir gelandet ist,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wo ist die Frage?)

und dies anderen zu vermitteln.

(Abg. Blenke CDU: Fragezeichen! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE zu Ministerin Dr. Annette Schavan: Vielleicht können Sie mit ihm Kaffee trinken!)

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan:** Dann bin ich beruhigt, möchte Sie aber umgekehrt bitten, nicht meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Kultusministerium zu unterstellen, dass sie mit dieser Frage in Verlegenheit zu bringen wären. Wenn Sie sagen, ich würde mich hier eigentümlich verhalten, finde ich es umgekehrt eigentümlich, meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem denen, die in den letzten zwei Jahren diese Bildungsstandards erarbeitet haben, zu unterstellen, sie könnten sie nicht erklären.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Also: Fair bleiben auf allen Seiten – dann kommen wir gut miteinander klar – und nicht solche Andeutungen machen, mit denen ein Eindruck erweckt werden sollte, der angesichts der enormen Arbeitsleistung in den letzten vier Jahren sowohl derer, die die Bildungsstandards erarbeitet haben, als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kultusministerium wirklich nicht in Ordnung ist.

Die vier Jahre kann man einen kurzen oder einen langen Zeitraum nennen. Das ist unbestritten. Unbestritten ist aber auch, dass es in der Öffentlichkeit wichtig ist, dass das, was vor allem aus den Schulen zurückgemeldet wird, auch wirklich möglichst bald in ein Reformprojekt aufgenommen wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Vierter Punkt – Frau Rastätter, Sie haben ihn angesprochen –: die Frage der interdisziplinären Arbeit. Das ist ein wichtiger Punkt, der in den Schularten unterschiedlich gesehen wird. Wir haben in allen Schularten Fächerverbände eingeführt, von der Grundschule über die Hauptschule und die Realschule bis zum Gymnasium. Sie wissen, am schwierigsten ist es im Gymnasium.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

Sie wissen – auch darüber haben wir manches Mal gesprochen –, da, wo eine Lernkultur vorhanden ist, die aus der Vergangenheit noch ganz stark auf Fächer ausgerichtet ist, ist es wichtig, den Weg behutsam zu gehen. Nun gibt es nicht nur den Fächerverbund Geographie – Wirtschaft – Gemeinschaftskunde, sondern es gibt auch große Veränderungen in den Naturwissenschaften mit dem naturwissenschaftlichen Profil, mit dem Fach Naturwissenschaft und Technik.

Das heißt, wir haben einen großen Fortschritt erreicht, und der von Ihnen kritisierte Fächerverbund in der Hauptschule ist ausdrücklich auf Wunsch der Hauptschule genau so eingerichtet worden.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Genau dieser Fachbereich ist uns aus den Schulen heraus vorgeschlagen worden, übrigens nicht zuletzt aufgrund von Erfahrungen, die wir im Bereich der Grundschule haben.

Übrigens gilt für die Reform insgesamt: Die Praxis – vor allem in unseren Hauptschulen – ist weiter als manche Rede darüber. Bei der Reform wird jetzt vieles umgesetzt oder aufgenommen, was in unseren Schulen längst praktiziert worden ist. Das gilt in ganz besonderer Weise für unsere Hauptschulen, die seit langem gewohnt sind, in Fächerverbänden zu arbeiten. Ich glaube, dass das richtig ist und dass gerade das Schulcurriculum weitere Möglichkeiten bieten wird, Fächer und Themen besser zueinander zu bringen, das heißt, Zusammenhänge zu erklären und von immer mehr Detailwissen wegzukommen.

Ich glaube, dass in den Schulen kein Verständnis für einen, wie Sie es genannt haben, „Knebeltermin“ bestanden hätte. Wir haben lange darüber diskutiert, wie wir dies für alle Jahrgänge einführen. Sie kennen die Diskussion an den Gymnasien über den Zeitkorridor. Es ist einhellige Meinung gewesen: Lasst uns im kommenden Schuljahr starten – mit den ersten Jahrgängen, mit den Fächern, die neu geschaffen wurden.

Wer sich in den Schulen umhört, der weiß, dass es einen unterschiedlichen Stand der Vorbereitungen gibt; aber viele Schulen sind mitten in der Arbeit und werden gut vorbereitet in dieses nächste Schuljahr gehen. Ich habe gerade zwei Dienstbesprechungen mit sämtlichen Schulleitern der Gymnasien gehabt. Wir sind in weiteren Dienstbesprechungen mit den Schulleitern. In vielen Kollegien, so sagen die Schulleiter, entsteht ganz eindeutig die Erkenntnis: Die Chancen sind größer als das, was natürlich an Belastung damit verbunden ist.

Nächster Punkt: Evaluation. Herr Röhm hat unsere Priorität genannt, und Sie haben sie in Ihrer Rede ja auch erwähnt.

Diagnosearbeiten, Vergleichsarbeiten dienen der Weiterentwicklung von Unterricht,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

sie dienen der Entwicklung von Förderkonzepten. In der Grundschule gehören Diagnosearbeiten inzwischen zum Alltag. Sie werden nicht benotet. Vergleichsarbeiten sollen benotet werden, weil wir gesagt haben: Wir wollen für die Schüler nicht immer mehr Arbeiten schaffen, in denen eine prüfungsähnliche Situation besteht. Aber diese Arbeiten haben eine doppelte Funktion: Die eine Funktion ist die der Bewertung von Schülerleistungen, die andere Funktion ist eben die der Vergleichbarkeit und der Evaluation. Deswegen werden Evaluationsergebnisse auch nicht einfach an die Schulverwaltungen gehen, sondern sie stehen vor allem der Schule zur Verfügung.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten die Ausschreibungen für die Evaluationsteams vornehmen. Sie wissen, dass derzeit die Gespräche mit den Personalräten stattfinden, um hier zu einem entsprechenden Konsens zu kommen. Das ist nicht leicht. Auch das wird den Schulen also zur Verfügung gestellt. Das ist notwendig, um die Vergleichbarkeit wirklich zu ermöglichen.

Deshalb möchte ich herzlich bitten, jetzt vor allem diese intensive Arbeit der Praktiker in unseren Schulen, in der Schulverwaltung und bei vielen Partnern auch einmal zu akzeptieren. Das ist ein neues Kapitel in der Schulgeschichte. Länder wie Nordrhein-Westfalen sind im Moment dabei, unsere Bildungspläne auszuwerten und für ihr Land zu übernehmen. Diese Bildungspläne sind kompatibel, und zwar nicht nur national, sondern, was den gesamten Fremdsprachenbereich angeht, auch international, denn sie sind abgestimmt mit dem europäischen Referenzrahmen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das machen alle!)

Damit ist eine große Chance verbunden, und wir sollten die Schulen stützen und unterstützen.

Es ist wahr: Der Weg ist noch nicht ganz gegangen. Wir beginnen diesen Weg jetzt alle miteinander,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

nachdem viele Schulen schon eine erhebliche Wegstrecke hinter sich haben. Diesmal können wir wirklich sagen: Das, was jetzt beginnt, ist in vielen Jahren bereits in vielen Schulen in der Praxis erprobt.

Deshalb meine herzliche Bitte: Bestärken Sie unsere Lehrer und Lehrerinnen, bestärken Sie unsere Schulen, und lassen Sie uns gemeinsam diesen wichtigen Weg in den Schulen von Baden-Württemberg gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Beate Fauser:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Frau Rastätter, Sie wünschen Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE – Bildungsstandards in Baden-Württemberg –, Drucksache 13/2009.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja!)

Können wir über den Antrag insgesamt abstimmen?

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bitte Abstimmung über Abschnitt II! Abschnitt I ist erledigt! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Was ist mit den Abschnitten III und IV?)

Können wir über die Abschnitte III und IV mit abstimmen, oder wünschen Sie getrennte Abstimmung?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Abschnitte I, III und IV sind erledigt!)

Meine Damen und Herren, die Abschnitte I, III und IV sind durch die Aussprache erledigt.

Ich lasse über Abschnitt II abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer

stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2009, ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Damit ist die Beratung dieses Antrags abgeschlossen.

Der Antrag der Fraktion der CDU – Bildung in Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich –, Drucksache 13/2325,

(Abg. Herrmann CDU: Erledigt!)

ist durch die Aussprache erledigt.

(Abg. Wacker CDU: Sehr gut!)

Punkt 8 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 6. Mai 2004, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:20 Uhr**